

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 1.18

Biomüll – Wertvoller Abfall _ 34

Wasserschutz – eine klare Sache? _ 40

Abgehängt? Umfrage in Brandenburgs Dörfern _ 46



Impulse für das neue Dorf

Inhalt



Seite 34 __
Wertvoller Abfall



Seite 40 __
Klare Sache?



Seite 46 __
Abgehängt?

Für das Netzwerk

INSIDE

- 05** __ Ideenreiche Landwirte gesucht
- 05** __ Vertretung im Umweltbereich
- 05** __ Armut und Teilhabe – Projekte gesucht
- 05** __ Kooperationsgesuche

DAS WAR

- 06** __ Gesellschaft selber machen
- 07** __ Vertraut euch!
- 08** __ Tierwohl und Klimaschutz

DAS KOMMT

- 09** __ Demokratie stärken!
- 09** __ Bürgerenergie im ländlichen Raum

Im Fokus

EINFÜHRUNG

- 10** __ INTRO
- 12** __ Das Dorf im Wandel
- 14** __ Wer gibt Impulse? – Interview
- 15** __ Welche Rolle spielt die Kirche? – Interview
- 16** __ Agieren statt reagieren mit „Sozialen Orten“

DORF UND LANDWIRTSCHAFT

- 18** __ Zurück ins Dorf
- 19** __ Und es geht doch!
- 20** __ Wir brauchen eine Vision!

NEUES DORF

- 21** __ Ein Dorfladen für Heuchlingen
- 22** __ Dorfgemeinschaftshaus wird international
- 24** __ Steinbacher schmieden an ihrer Zukunft
- 26** __ Infrastruktur ist nicht alles
- 28** __ Gellersen: Das Dorf mobilisiert



ab Seite 10 __

Im Fokus:

Früher waren Dörfer Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaften. Das hat sich vielerorts geändert, Versorgungsstrukturen sind weggefallen und traditionelle Treffpunkte verschwunden. Der Wandel bietet Dörfern aber die Chance, Neues entstehen zu lassen. Dafür braucht es eine lebendige Dorfgemeinschaft, Menschen, die sich kümmern und die andere dazu motivieren, das Vertraute neu zu betrachten.

IMPULSGEBER

- 30 __ Dorfentwicklung braucht Tische
- 32 __ Entwicklungen moderieren
- 33 __ In vielen kleinen Schritten – Interview

Aus der Praxis

- 34 __ **Wertvoller Abfall**
Ein österreichischer Milchbauer sammelt Biomüll und deckt mit dem daraus produzierten Kompost den Stickstoffbedarf seines Betriebs.
- 36 __ Entwicklungszusammenarbeit trifft Klimaschutz

Prozesse und Methoden

- 38 __ Vergabe ist sprachgewandt und mathematisch

Forschung trifft Praxis

- 40 __ **Klare Sache?**
Bis spätestens 2019 will die EU-Kommission die Wasserrahmenrichtlinie überprüfen. Wichtige Impulse hierfür kommen auch aus einer Fördermaßnahme des Bundesforschungsministeriums.

Perspektiven

POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 42 __ Das Verursacherprinzip

BILDUNG UND FORSCHUNG

- 44 __ Mehr Ärzte aufs Land
- 46 __ **Abgehängt?**
Insgesamt sind die Menschen in Brandenburgs ländlichen Räumen zufrieden. Doch die Entwicklung der kleinen Gemeinden und Dörfer ist Anlass zur Sorge.

PARTNER UND EXPERTEN

- 48 __ Wo können wir noch mitgestalten? – Interview
- 49 __ Die Position / Leserbrief

Service

- 50 __ angelesen
- 51 __ angekündigt
- 52 __ Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

ob der Wunsch nach einem Dorfladen, der Umgang mit Geflüchteten oder die Teilnahme an Wettbewerben: Einige der Beispiele in diesem Heft lassen staunen, unter welchen schwierigen Rahmenbedingungen Projekte angeschoben und die Dorfgemeinschaften eingebunden werden. Das Vorgehen der Akteure ist dabei nicht immer methodisch, sondern oft von Versuch und Irrtum geprägt – mit entsprechenden Härten, die überwunden werden müssen. Dahinter stehen häufig entschlossene, ausdauernde und frustrationstolerante Menschen. Ihr herausragendes Engagement und auch glückliche Begleitumstände verhelfen oftmals zum Gelingen der Projekte. Diese guten Beispiele geben Anregungen und transportieren neue, manchmal ungewöhnliche Ideen – aber man kann kaum voraussetzen, dass alle ehrenamtlichen Strukturen so funktionieren.

Neben dem Willen, eine Zeit lang Verantwortung zu übernehmen, ist die Motivation für ehrenamtliches Engagement vielfältig: Persönliche Betroffenheit, etwas anstoßen, Gestaltungsmöglichkeiten und Selbstverwirklichung können eine Rolle spielen, aber auch der Wunsch, nichts zu versäumen, Leute zu treffen und Spaß zu haben. Auch das kann der Dorfgemeinschaft helfen, die eigenen Fähigkeiten zu entdecken, gemeinsam zu lernen und den „bewahrenden Kräften“ gute Alternativen aufzuzeigen.

Durchgerüttelt zu werden, tut eben manchmal gut. Auch wenn Veränderungen erst einmal verunsichern, weil das „Neue“ eben noch nicht greifbar ist. Für Dorfgemeinschaften ist dabei entscheidend, ob sie so aufgestellt sind, dass sie auf solche Veränderungen reagieren können: Dann kann sich Vorhandenes weiterentwickeln, es entstehen neue Kooperationen, vielleicht wird auch die Wissenschaft eingebunden und bietet neue Entscheidungsgrundlagen. Jede Region muss ihren eigenen Weg finden.

Die Voraussetzungen dafür müssen aber stimmen. Eine davon ist, dass bundesweit vergleichbare Chancen bestehen müssen, sich als Person in einer Gemeinschaft frei entfalten zu können. Grundlegende Angebote der Daseinsvorsorge und der Zugang dazu sind dafür nötig. Die Personalausstattung betreffend, wird momentan über die Polizei und die Pflegedienste diskutiert. Zukunfts- und entwicklungsorientierter ist es, die Gestaltungspotentiale in kommunalen und dörflichen Strukturen wieder mehr zu stützen – neben den sicher hilfreichen LEADER-Managements, Dorfberatern oder Methodenschulungen für „Begleitakteure“. Auch die Beispiele im Heft zeigen, dass nicht nur die Arbeit vor Ort, sondern genauso die kompetente institutionelle Begleitung für den Erfolg von Projekten und Entwicklungsprozessen nötig ist. Ehrenamt alleine genügt nicht.

Viel Spaß beim Lesen!

Jan Swoboda

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 9 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS),

Redaktion: Anja Rath, Dr. Juliane Mante,
Andrea Birrenbach, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung:
neues handeln GmbH

Titelbild: isometricworld/iStock.com, bearbeitet
von MedienMélange: Kommunikation!
Grafik: MedienMélange: Kommunikation!
Rückseite: Foto: www.oekolandbau.de / Copyright
BLE / Dominic Menzler

Gestaltung: MedienMélange: Kommunikation!
www.medienmelange.de

Druck: Bonifatius GmbH
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3461, -3435, -3081
Fax: 030 1810 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte verzichten wir auf Doppelformen bei den Geschlechtern.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:

Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Isabell Friess: isf, Nina Jürges: nkj, Stefan Kämper: stk, Simon Keelan: sik, Moritz Kirchesch: mok, Isabella Mahler: ima, Juliane Mante: jum, Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Natascha Orthen: nao, Jost Pütz: jop, Anja Rath: arh, Bettina Rocha: ber, Susanne Schniete: sus, Jan Swoboda: jas, Anke Wehmeyer: awr

Neues aus der DVS

IDEENREICHE LANDWIRTE GESUCHT

Für das Fokusthema der kommenden LandInForm-Ausgabe 2.2018 suchen wir Landwirte, die Innovationen auf ihrem Betrieb testen, neue Verfahren entwickeln oder sich neben ihrem Betriebsalltag anderweitig für die Forschung engagieren. Wir freuen uns über zahlreiche Zuschriften bis 6. April 2018. [jum]



KONTAKT:
Dr. Juliane Mante, DVS
Telefon: 0228 6845-3081
landinform@ble.de



VERTRETUNG IM UMWELTBEREICH

Susanne Schniete ist seit Anfang des Jahres Teil des DVS-Teams. Unsere neue Kollegin hat Umweltplanung in Hannover studiert und befasst sich bei der DVS mit Naturschutz, Agrarumweltmaßnahmen und der Wasserrahmenrichtlinie. Sie vertritt Dr. Jan Freese während seiner Elternzeit. [abb]



KONTAKT:
Susanne Schniete, DVS
Telefon: 0228 6845-3477
susanne.schniete@ble.de



KONTAKT:
Andrea Birrenbach, DVS
Telefon: 0228 6845-3435
landinform@ble.de

ARMUT UND TEILHABE – PROJEKTE GESUCHT

LandInForm 3.2018 wird sich schwerpunktmäßig mit der Teilhabe im ländlichen Raum beschäftigen. Wir möchten dazu Projekte vorstellen, die alle Bevölkerungsteile einbeziehen – vor allem diejenigen, die drohen, durch Armut oder Arbeitslosigkeit den Anschluss zu verlieren. Wir freuen uns über Anregungen bis Ende Mai 2018! [abb]

KOOPERATIONSGESUCHE

Vermittlung von Kunst und Kultur mit neuen Technologien

Eine französische LAG, die im künstlerischen und kreativen Bereich aktiv ist, möchte gemeinsame Tools für die Vermittlung von Kunst und Kultur entwickeln. Dabei könnte es um den Einsatz neuer Medien gehen, um neue Methoden der Wissensvermittlung oder auch wissenschaftliche Studien. Wichtig ist der LAG, dass eine Reflexion mit der (jungen) Bevölkerung über Kultur der Zukunft stattfindet. Arbeitssprache kann Deutsch, Englisch und Französisch sein. [awr]



KONTAKT:
LAG Pay Vallée du Loir
Alexandre Menard
alexandre.menard@pays-valleeduloir.fr
<https://enrd.ec.europa.eu> > LAG Database > Suche: Vallée du Loir

Global denken – lokal handeln

Eine litauische LAG sucht Kooperationspartner, die Interesse daran haben, gemeinsam Kinder- und Jugendcamps im ländlichen Raum zu organisieren. Es sind kulturelle, soziale und gesundheitliche Aktivitäten geplant. Arbeitssprache ist Englisch. [awr]



KONTAKT:
LAG Šilalės rajono partnerystės
vietos veiklos grupė
Teresė Jankauskienė
silalesvvg@gmail.com
<https://enrd.ec.europa.eu> >
LAG Database > Suche: Šilalės

Outdoor art

Eine LAG aus Lettland sucht Kooperationspartner zur gemeinsamen Durchführung von Kreativworkshops für Hobbykünstler. Im Fokus stehen 3D-Malerei, kubistische Malerei in Kombination mit Fotografie, zeitgenössische Kunst in der Natur und der Erfahrungsaustausch zu Kunst und Kultur zwischen den Teilnehmenden. Arbeitssprache ist Englisch. [awr]



KONTAKT:
LAG Abula Rural
Partnership
Svetlana Rozīte
abulas_lp@inbox.lv
<https://enrd.ec.europa.eu>
> LAG Database
> Suche: Abula Rural
Partnership

Das war

GESELLSCHAFT SELBER MACHEN

Neue Produkte, neue Ideen, neue Gemeinschaften – die Aktivitäten im ländlichen Raum sind genauso vielfältig wie die Akteure. Ende November trafen sich 160 von ihnen in Berlin.

Wie werden Dörfer lebenswerter? Wie entsteht aus einem kleinen Projekt eine große Bewegung? Ist es die Aufgabe der Bürger, das Miteinander zu stärken? Und wo finden Freiwillige Rückhalt? Beim „Marktplatz für Dörfer“ suchten Aktive aus ländlichen Regionen gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien Antworten auf diese Fragen. Das Motto des dritten Marktplatzes lautete „Gesellschaft selber machen“; gemeinsam mit dem Forum des Programms „Neulandgewinner. Zukunft erfinden vor Ort“ der Robert Bosch Stiftung fand er in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern in Berlin statt.

Ideenlabore

Nach einführenden Worten hatten die Teilnehmer Gelegenheit, beim sogenannten Schwarzmarkt mehr über die Projekte und Ideen anderer zu erfahren. Das Nachmittagsprogramm wurde von Ideenlaboren bestimmt: In sieben Workshops diskutierten die Interessierten ihre Vorschläge und Perspektiven.

So stellte eines der Labore die Kultur in den Mittelpunkt: Welche Impulse kann sie für die Entwicklung der Region geben? Was benötigen Kulturschaffende, um erfolgreich wirken zu können? Mit vier provokanten Thesen setzten sich die Teilnehmer dieses Ideenlabors mitunter kontrovers auseinander: „Nichtsnutzigkeit bedarf der Pflege.“ „In Kultur investiertes Geld ist verlorenes Geld.“ „Konservation ist Veränderung.“ „Kultur bringt größtmögliche Kakophonie.“ Kultur bewegt – das Ideenlabor hat dies einmal mehr anschaulich gezeigt. Deutlich wurden außerdem die Unterschiede zwischen den Künstlern selbst und ihren Auffassungen, was Kunst leisten kann und dem, was andere von Kunst erwarten und welche Funktion Kunst und Kultur bei der Entwicklung ländlicher Regionen spielen könnte.

Im größten der sieben Ideenlabore ging es um die Frage, was ein lebenswertes Dorf ausmacht. Obwohl sich die Teilnehmer der vier Arbeitsgruppen grundsätzlich einig waren, brachten sie zum Teil sehr unterschiedliche Voraussetzungen mit: Während Breitbandanschluss, Dorfkeiße oder Kita in den Dörfern im Westen meist vorhanden sind, fehlen sie in denen im Osten häufig. Einen Konsens fanden die Gruppen dennoch. Sie präsentierten, was zukunftsfähige Dörfer brauchen: partizipative Dorfentwicklung, die alle einlädt, sich zu beteiligen; Orte der Begegnung, an denen Ideen entstehen können; Befähigung der Akteure durch Austausch und Schulungen; eine am Gemeinwohl orientierte Ökonomie; mehr Wertschätzung für die Chancen und Freiräume, die das Dorfleben bietet. Die Teilnehmer konzentrierten sich in den Arbeitsgruppen zuerst auf die Prozesse, Fördermöglichkeiten spielten erst hinterher eine Rolle in den Diskussionen.

Mehr Wertschätzung

In der abschließenden Diskussion der Veranstaltung wurde unter anderem gefordert, dass sich nicht die Ideen an Förderprogramme anpassen, sondern die Förderprogramme Raum für selbstinitiierte Entwicklungen bieten sollten. Kontrovers wurde in diesem Zusammenhang die Handhabbarkeit von LEADER-Mitteln diskutiert. Doch in einem Punkt waren sich alle einig: Akteure sollten mehr Wertschätzung erfahren. [mok]

Wie die Figuren auf der Deutschlandkarte zeigen, waren vor allem Teilnehmer aus Ostdeutschland bei der Veranstaltung vertreten.



KONTAKT:
Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de



VERTRAUT EUCH!

Wie stärkt man die Verantwortung regionaler LEADER-Akteure und wie schafft man das dafür notwendige Vertrauen auf allen beteiligten Ebenen? Das war die zentrale Fragestellung der DVS-Veranstaltung auf dem Zukunftsforum 2018 in Berlin.

Eine besondere Stärke von LEADER ist die Vielfalt von Menschen und Institutionen, die in den Lokalen Aktionsgruppen (LAG) zusammengeschlossen sind. Sie verfügen über das „regionale Know-how“, um die passenden Förderentscheidungen zu treffen. Damit sich diese Kompetenz entfalten kann, ist das Vertrauen zwischen allen am LEADER-Prozess Beteiligten notwendig: Es mehrten sich die Stimmen, die fordern, dass sich nicht nur die Förderpolitik generell stärker durch den Ansatz „Vertrauen statt Misstrauen“ auszeichnen soll, sondern auch die Förderpraxis vor Ort. Rund 150 Teilnehmer nahmen an der Veranstaltung teil; Mitveranstalter waren die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG) und die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG).

Europa vor Ort sichtbar machen

„Partnerschaft und Entwicklung von unten“ war in den 1990er-Jahren, so Heino von Meyer von der OECD in Deutschland, ein wesentliches Merkmal der jungen Gemeinschaftsinitiative LEADER. Um diesen Gedanken wiederzubeleben genüge es nicht, nur Methoden und Verwaltungsvereinfachungen zu diskutieren, erforderlich sei vielmehr eine intensive politische Debatte, mit dem Ziel, den europäischen Gedanken durch konkrete Aktionen vor Ort erfahrbar zu machen – und da bietet LEADER große Chancen. Aber nur dann, wenn der partizipative Prozess von unten lebendig bleibt und nicht als „Fake-LEADER“ lediglich der einfachen Verwaltung dient. Ohne Vertrauen, so von Meyer, gebe es kein „Revival von LEADER“, denn dies sei der wesentliche Bestandteil der regionalen Verantwortung.

„Vertrauen wirkt!“

Dass Vertrauen eine wichtige Ressource des sozialen Miteinanders ist, davon ist Professor Martin Schweer vom Zentrum für Vertrauensforschung (ZfV) an der Uni Vechta überzeugt.

Vertrauen wirke sich positiv auf Regionalentwicklungsprozesse aus, da es dazu beiträgt, Motivation, Selbstvertrauen und Selbstwirksamkeit der Akteure zu steigern, so Schweer; es sei auch förderlich für Austausch, Kreativität und die Identifikation mit den Zielen der Projekte.

Schweer betont, „dass sich vertrauensbildende Maßnahmen nur von Systemen initiieren lassen, die selber auf der Basis von Vertrauen funktionieren. Entscheidende Faktoren in diesem Zusammenhang sind Echtheit, Authentizität, Wertschätzung und Respekt“. Denn: „Vertrauen ist nichts, was sich ergibt. Man muss hart arbeiten, damit sich Vertrauen im Sinne einer Vertrauenskultur entwickelt.“ Auf organisatorischer Ebene sind Transparenz, Fairness und Gerechtigkeit dafür Voraussetzungen, außerdem sind offene Kommunikation und Informationen wichtig und dass die Akteure an relevanten Entscheidungsprozessen teilnehmen. Eine gelungene Förderpolitik kennzeichne aber auch „ein konstruktives Verständnis der notwendigen Kontrollmechanismen“; vor allem aber eine Stärkung von Verantwortung und Innovationsfähigkeit. Dies funktioniere jedoch nur, wenn das zwingend mit dem Vertrauen verbundene Risiko als Herausforderung und nicht als Bedrohung wahrgenommen werde.

Vertrauen in die Region

Worauf baut gegenseitiges Vertrauen bei den LEADER-Akteuren? Die Teilnehmer fassten es in zwei Thesen zusammen: Die LAG verdient Vertrauen, weil sie in der Region verankert ist, transparent arbeitet und gemeinsam Verantwortung übernimmt. Als Grundlage eignet sich das Regionale Entwicklungskonzept, weil es hinreichend verbindlich und konkret ist und in einem partizipativen Prozess entwickelt wurde. [stk]



Professor Martin Schweer ist sich sicher: „Vertrauen wirkt!“



SERVICE:

Dokumentation mit ausführlichem Bericht, Arbeitsgruppenergebnissen und Audio-Mitschnitten: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum

Dort finden sich außerdem Links zu aktuellen Forderungen zur Neugestaltung von LEADER.

KONTAKT:

Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

Das war



TIERWOHL UND KLIMASCHUTZ

Mit einer zweitägigen Tagung machte die DVS die Zusammenhänge zwischen Tierhaltung und Klimawandel zum Thema. Ein Fazit: Es gibt innovative Ansätze für mehr Klimaschutz – und noch viel zu tun.

Der Landwirtschaft kommt zunehmend eine Bedeutung beim Klimaschutz zu. Das betrifft auch die Tierhalter. Anpassungen an den Klimawandel und Strategien zur Reduktion von Treibhausgasemissionen seien nur mit einer nachhaltigen Tierhaltung möglich, betonte Richard Schreiner, Vizepräsident des Verbands der Deutschen Landwirtschaftskammern (VLK), der die Veranstaltung eröffnete. Zu der Tagung hatten VLK und DVS Anfang Dezember 2017 gemeinsam eingeladen. Rund 50 Teilnehmer, insbesondere aus Politik, Forschung und Beratung, befassten sich damit, wie Nutztierhaltung und Klimawandel miteinander zusammenhängen – und welche Möglichkeiten es für Tierhalter gibt, zum Klimaschutz beizutragen. Dabei ging es zunächst um einzelbetriebliche Stellschrauben, an denen die Tierhalter drehen können, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten: Konkret können dies die Futterzusammensetzung, die Stalltechnik, eine Stärkung regionaler Stoffkreisläufe oder die grünlandbasierte Fütterung sein. Insbesondere die gesetzlichen Rahmenbedingungen werden dabei allerdings mitunter zu Herausforderungen. In jedem Fall sind innovative Ideen gefragt, Ideen wie die zweier Projekte der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP-Agri), die sich mit der Fütterung heimischen Sojas und anderer Eiweißpflanzen sowie mit den damit zusammenhängenden Wertschöpfungsketten auseinandersetzen.

Thema war zudem ein aktuelles Spannungsfeld: Wie bringt man das gesellschaftlich erwünschte Mehr an Tierwohl mit dem Ziel eines Weniger an Emissionen in Einklang? Eine Möglichkeit ist technisch: Wer Gülle und Kot direkt voneinander trennt, abtransportiert und lagert, verringert Emissionen.

Vorbildliches Praxisbeispiel

Wie das gehen kann, zeigte ein Besuch bei Familie Gelb und ihrem „Schweinehotel“ in Steinach bei Augsburg. Um ihren Mastschweinen optimale

Haltungsbedingungen zu bieten und gleichzeitig den Anforderungen an den Klimaschutz gerecht zu werden, hat die Familie einen emissionsarmen Tierwohlstall mit 1 490 Mastplätzen gebaut. Nun bemühen sich Vater und Sohn darum, die Tiere gemeinsam mit regionalen Metzgereien zu vermarkten. Dabei setzen sie auf intensive Kommunikation mit dem Metzger, der die besondere Weise, in der die Gelbs ihre Schweine halten, an die Kunden vermitteln soll.

Das Mehr an Tierwohl erreicht der Stallneubau über einen überdachten Auslaufbereich, Einstreu von geringen Mengen gehäckseltem und entstaubtem Stroh in die Liegekojen und mit einer Dusche im Auslaufbereich, unter der sich die Tiere im Sommer abkühlen können. Eine neue Technik reduziert dabei den Ammoniakgehalt im Stall um bis zu 56 Prozent. Hierzu wird im Güllekanal durch ein leichtes Gefälle die flüssige von der festen Phase – also Gülle von Kot – getrennt und sofort abgeleitet.

Grundlagen schaffen

Für künftige Stallbauten wird das Emissionsminderungspotenzial der verwendeten Technik an Bedeutung gewinnen. Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft haben Messsonden aufgestellt, um die aktuellen und zukünftigen Emissionen aus dem Stall der Familie Gelb zu ermitteln. Die Werte sollen als Grundlage für weitere Entscheidungen im Rahmen von Genehmigungsverfahren herangezogen werden.

In den Gesprächen und Diskussionen am Rande der Veranstaltung, aber auch in der Bewertung der Veranstaltung wurde noch viel Bedarf zum Thema „Anpassung an den Klimawandel“ identifiziert. Dazu plant die DVS 2018 einen Praktiker-Workshop. [sik & ber]



„Schweinehotel“ mit großem Emissionsminderungspotenzial: Kot und Harn werden durch Gefälle im Güllekanal, Jaucherrinne und eine sogenannte Schrappertentmischung sofort getrennt.



SERVICE:

Bericht zum Betrieb der Familie Gelb im Bayerischen Rundfunk: www.br.de/mediathek
Suche: Josef Gelb

KONTAKT:

Bettina Rocha, DVS
Telefon: 0228 6845-3882
bettina.rocha@ble.de



Das kommt

DEMOKRATIE STÄRKEN!

Zusammen mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) planen wir eine weitere gemeinsame Veranstaltung, bei der sich Lokale Partnerschaften für Demokratie (PfD) mit LEADER-Aktionsgruppen (LAGs) über ihre Projekte und Aktivitäten im Bereich demokratische Gesellschaft austauschen können.

Ländliche Räume als attraktive, inklusive und demokratische Lebensregionen zu gestalten, ist das Ziel verschiedener Akteursgruppen, die aber oft (noch) nichts voneinander wissen. PfDs bringen zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort zusammen und stärken demokratische Strukturen. Zusammen mit LAGs können sie eine Plattform für Akteure aus Zivilgesellschaft und Kommunen bilden. Bei einem Barcamp in Bad Blankenburg brachten BBE und DVS 2016 die beiden Gruppen zusammen. Nun möchten wir die Vernetzung vertiefen. In der Folgeveranstaltung, die für Mitte des

Jahres geplant ist, fragen wir: Wie betroffen sind ländliche Räume von demokratiefeindlichen Strömungen? Welche Erfahrungen im Umgang damit gibt es? Welche Aktivitäten sind als Gegenmaßnahmen erfolgreich? Wie können wir gemeinsam an einem Strang ziehen? Eingeladen sind die Mitglieder und Regionalmanagements von LAGs, PfDs, aber auch andere Interessierte.

Projekte und Regionen, die Interesse haben, sich und ihre Aktivitäten bei der Veranstaltung vorzustellen, können sich gerne bei uns melden. [stk]



SERVICE:
Sobald Termin und Ort feststehen, sind die Informationen auf unserer Website zu finden, dort ist auch die Dokumentation des Barcamps in Thüringen abrufbar: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demokratie

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

BÜRGERENERGIE IM LÄNDLICHEN RAUM

Veranstaltung zu aktuellen Rahmenbedingungen und Finanzierungsansätzen am 14. und 15. Juni im Steinfurter Land

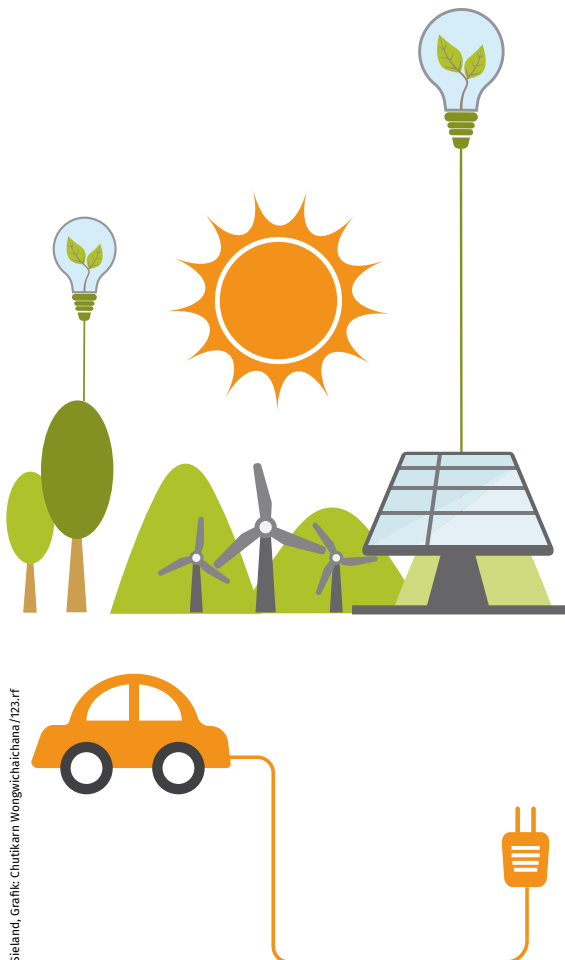
Am 14. und 15. Juni plant die DVS in Kooperation mit dem Bündnis Bürgerenergie e. V. eine Veranstaltung zur bürgerschaftlich getragenen Energiewende im Steinfurter Land in Nordrhein-Westfalen. Hier sollen Regionalmanager, Kommunalvertreter, Mitglieder von Energiegenossenschaften und andere Treiber einer nachhaltigen Energieversorgung die Möglichkeit finden, sich auszutauschen. Dabei wollen wir beleuchten, was die aktuellen Rahmenbedingungen für die bürgerschaftlich getragene Energiewende sind und welche Finanzierungsansätze es gibt. In Workshops nehmen wir anhand von Beispielen einzelne Energiebereiche unter die Lupe – etwa die Themen Energieeffizienz und Energieeinsparung, E-Mobilität im ländlichen Raum oder Energieerzeugung aus Wind und Sonne durch die Menschen vor Ort.

Auf einer Exkursion im Steinfurter Land werden wir mehr darüber erfahren, welche Wege die Region in der Energiewende beschreitet und wie die LEADER-Region vor Ort die Aktivitäten voranbringt. [stm]



SERVICE:
Weitere Informationen und Anmeldung unter www.netzwerk-laendliche-raeume.de/buergerenergie

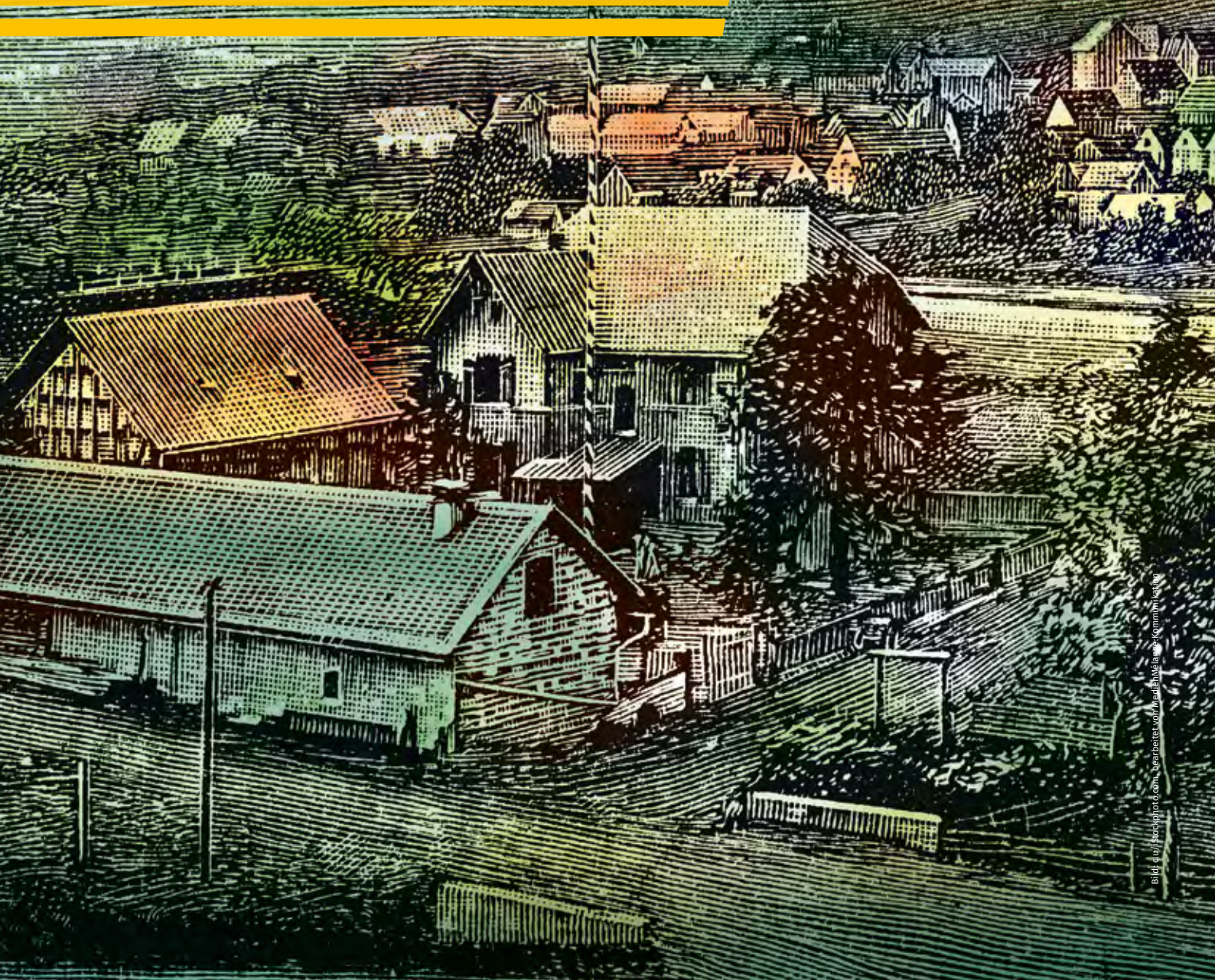
KONTAKT:
Stephanie Müller, DVS
Telefon: 0228 6845-3998
stephanie.mueller@ble.de



IM FOKUS

Impulse für das neue Dorf

Früher waren Dörfer Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaften. Das hat sich vielerorts geändert, Versorgungsstrukturen sind weggefallen und traditionelle Treffpunkte verschwunden. Der Wandel bietet Dörfern aber die Chance, Neues entstehen zu lassen. Dafür braucht es eine lebendige Dorfgemeinschaft, Menschen, die sich kümmern und die andere dazu motivieren, das Vertraute neu zu betrachten.







Das Dorf im Wandel



Dörfer haben sich in den vergangenen 200 Jahren grundlegend verändert. Mit einer starken Dorfgemeinschaft können sie sich trotzdem positiv entwickeln. [VON SWANTJE EIGNER-THIEL]

In Deutschland gibt es über 30 000 Dörfer, rund ein Drittel der Bevölkerung lebt hier. Dörfer unterscheiden sich in ihrer Größe und Lage, hinsichtlich ihrer Kulturlandschaft, ihrer historischen Entwicklung und ihrer wirtschaftlichen Schwerpunkte. Eines aber haben sie alle gemein: Die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten 200 Jahren grundlegend gewandelt. Während es im Dorf früher eine Einheit von Arbeit und Leben gab, sind die Menschen heute mobil und pendeln.

Das Dorf früher

Noch vor 200 Jahren waren die meisten Menschen (circa 80 Prozent) in den Dorfgemeinschaften als Selbstversorger in der Landwirtschaft tätig. Die dafür benötigten Geräte wurden im Ort, unter anderem von Schmied und

Stellmacher hergestellt. Viele Bewohner übten mehrere Berufe gleichzeitig aus; so waren sie zum Beispiel Handwerker, Kleinbauer und im Winter auch Waldarbeiter. Das Dorf war autark, es gab kaum Auspendler. Das wirtschaftliche und soziale Leben regelte eine eigene Dorfordnung. Man war aufeinander angewiesen, alle saßen in einem Boot – zum Beispiel in der Nutzung der Allmende oder bei Aufgaben wie Wegebau oder Feuerschutz. Das Leben war von Armut und Krankheiten, nicht von Wohlstand geprägt. Die Menschen halfen einander und teilten Freud und Leid, etwa, wenn jemand heiratete oder starb. In Dörfern ab 300 Einwohnern gab es meist eine Schule und Kirche.

Mit Beginn der Industrialisierung um 1830 haben sich aus Dorfhandwerk und Handel Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe entwickelt. Die Landwirtschaft benötigte immer weniger Arbeitskräfte, sodass hier um 1900 nur noch etwa 35 Prozent der Menschen tätig waren. Später kam in manchen Gegenden der Tourismus als ein weiteres Arbeitsfeld hinzu. Um weiterhin bestehen zu können, haben viele Landwirte neben der Nahrungs- und Futtermittelproduktion die Energieproduktion als drittes Standbein für sich entdeckt. So auch das Bioenergiedorf Jühnde in Niedersachsen, wo die

Dorfgemeinschaft genossenschaftlich Biomasse für die Wärme- und Stromproduktion nutzt. Klassische ökonomische Dorftypen wie das Winzerdorf werden dabei immer seltener, stattdessen gibt es zunehmend Mischtypen.

Herausforderungen heute

Weil sie in den vergangenen 200 Jahren viele Arbeitsplätze verloren haben, sind Dörfer oft nur noch Pendlerdörfer. Trotzdem gibt es regional immer noch etliche Handwerksbetriebe; in der Landwirtschaft arbeiten aber nur noch etwa drei Prozent der Bewohner. Zusätzlich haben sich mittelständische Industrie- und Gewerbebetriebe im ländlichen Raum angesiedelt. So gibt es Schwerpunkte des deutschen Maschinenbaus und der Elektroindustrie in Baden-Württemberg, Westfalen und Niedersachsen.

Die veränderten Arbeits- und Lebensgewohnheiten der Menschen, vor allem ihre zunehmende Mobilität, haben auch die Infrastruktur verändert: Viele Läden, Kneipen oder Poststellen sind verschwunden. Hinzu kommt, dass der ländliche Raum vom demografischen Wandel besonders betroffen ist. Weil junge Menschen berufsbedingt eher abwandern, wird die Dorfbevölkerung immer älter. Es gibt weniger Kinder, und Kindergärten und Schulen schließen ebenfalls. Manche Menschen, gerade ältere oder ärmere, fühlen sich zudem von der öffentlichen Daseinsvorsorge abgehängt, wenn das Dorf gleichzeitig nicht genügend durch öffentliche Verkehrsmittel angebunden ist.

Außerdem fehlen vermehrt soziale Treffpunkte, wo die Menschen Neuigkeiten erfahren oder sich verabreden können. Man lebt in den Dörfern nicht mehr ein gemeinsames Leben, sondern trifft sich nur noch punktuell oder sporadisch. Und trotzdem gibt es nach wie vor das Bedürfnis, sich mit Nachbarn zu treffen, sich auszutauschen und sich gemeinschaftlich für sinnvolle Angelegenheiten des Dorfes zu engagieren. Hier kommt die Dorfgemeinschaft ins Spiel, die vermehrt auf Unterstützung von außen angewiesen ist.

Angelpunkt Dorfgemeinschaft

Obwohl jedes Dorf anders ist, ist die Dorfgemeinschaft zumeist Dreh- und Angelpunkt für die Identifikation der Menschen mit ihrem Ort. Hier manifestieren sich soziale Einstellungen und Verhaltensweisen der Bewohner; im Idealfall bilden sie eine Solidargemeinschaft mit einem hohen Zusammenhalt und Wir-Gefühl. Während sie früher stark durch bestimmte Normen und Sitten geprägt war, ist sie heute meist offener. Trotzdem ergeben sich manchmal Konflikte beim Zusammentreffen von Einheimischen, die meinen, das Sagen im Ort zu haben, und Zugezogenen. Heterogene Lebensstile treffen aufeinander, die sich miteinander arrangieren müssen. Das gelingt besser, wenn die Dorfgemeinschaft sich aufgeschlossen zeigt und Zugezogene zum Beispiel in die lokalen Vereine eintreten oder über ihre Kinder Kontakte zu anderen Dorfbewohnern aufbauen.

Was Dorfentwicklung fördert

Für den Austausch und die Begegnung im Dorf ist eine bestimmte Infrastruktur nötig: Zum einen bedarf es Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Vereine, Läden, Kneipen oder Veranstaltungen. Aber auch die entsprechenden Örtlichkeiten müssen vorhanden sein: ein Dorfgemeinschaftshaus, das kirchliche Gemeindehaus oder eine Sporthalle kommen dafür in Frage. Im Sommer bieten ein Dorfplatz mit Bänken, ein Spiel- oder ein Sportplatz Möglichkeiten der Begegnung und geben Raum für neue Initiativen.

Je mehr sich die Menschen mit ihrem Dorf und der Region identifizieren, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie sich auch für die Weiterentwicklung ihres Ortes einsetzen. Wenn schon die Kinder im Heimatunterricht Ausflüge zu den wichtigsten Orten in der Gegend unternehmen oder Bäume pflanzen, an die man sich später erinnern kann, wird dies ortsbindenden Einfluss haben.

Neben einer aktiven ehrenamtlichen Dorfgemeinschaft beeinflussen auch neue Dorf- oder Bürgervereine mit übergeordneten Zielen die Dorfentwicklung positiv. Gerade in Dörfern, in denen es keinen Ortsrat mehr gibt, formieren sich solche Gruppen oft erfolgreich. Man spricht von Selbstresponsibilisierung, wenn Bürger Verantwortung in der Daseinsvorsorge übernehmen, indem sie zum Beispiel einen Bürgerbus organisieren oder genossenschaftlich einen Dorfladen betreiben. Viele Fähigkeiten und Potenziale sind dazu vorhanden; sie müssen nur gehoben oder zusammengeführt werden. Oft gibt es Zugpferde, die in der Lage sind, andere im Ort zu begeistern und so Gemeinschaftsaktivitäten zu initiieren.

Ist dies nicht der Fall, benötigen Dörfer ideelle und finanzielle Unterstützung etwa durch die Kommune oder den Landkreis – auch für politische und gesellschaftliche Prozesse, wie Dorferneuerungsprogramme. Eine Form der Förderung stellt auch die Qualifizierung von Dorfmoderatoren dar, die Entwicklungsprozesse mit vorantreiben. Denn so aktiv sie auch selbst sind: Die Menschen auf dem Land sollten vom Staat nicht allein gelassen werden. Nur dann wird es ihnen weiterhin möglich sein, ein erfülltes Leben in ihren Dörfern zu führen.



KONTAKT:

Dr. Swantje Eigner-Thiel
Hochschule für Angewandte
Wissenschaft und Kunst
Hildesheim/Holzminde/Göttingen (HAWK)
Telefon: 0551 5032-175
swantje.eigner-thiel@hawk.de
blogs.hawk-hhg.de/dorfforschung/

Wer gibt Impulse?



Mitunter beteiligen sich an „erfolgreichen“ Dorfprojekten nur wenige Einwohner. Führt das zu einer Spaltung? Entsteht ein „altes“ und ein „neues“ Dorf?

Marcus Heinz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Der Kultursociologe arbeitet momentan an seiner Promotion mit dem Arbeitstitel „Lokale Akteure in der Entwicklung ländlicher Räume“. www.sozphil.uni-leipzig.de/cm/kuwi/

”

Gemeinsame Projekte helfen dabei, dass sich die Menschen vor Ort kennenlernen.“

Herr Heinz, sind es Ihrer Erfahrung nach oft Zugezogene, die Impulse in einem Dorf geben?

Die Begriffe „Zugezogene“ und „Alteingesessene“ erfassen die aktuelle Entwicklung nicht immer passend. Denn viele Menschen sind beides. Viele Dorfbewohner gehen zur Ausbildung oder zum Studium weg. Irgendwann kommen sie zurück in ihr Dorf oder in ländliche Räume, weil sich die Chance auf einen Job ergibt oder wesentlich wahrscheinlicher, weil es dort günstige Grundstücke gibt. Sehr häufig auch, weil sie eine Familie gründen wollen. Daran kann man sehen, wie komplex Wanderungs- und Biografiemuster sind. Viele Impulse kommen heute aus dem Wechselspiel zwischen innen und außen, aus der Biografie, der Vernetzung durch das Internet und die Kontakte, die man pflegt.

Spaltet sich das Dorf also heute in diejenigen auf, die immer dortgeblieben sind und diejenigen, die gewandert sind?

Ich würde nicht von einer Spaltung sprechen, weil der Begriff negativ konnotiert ist. Welches Verhältnis die unterschiedlichen Gruppen vor Ort haben, muss man im Einzelfall schauen. Aber ich würde nicht sagen, dass es eine grundlegende Spaltung in den Dörfern gibt. Man müsste sich sogar sehr anstrengen, um ein Dorf zu finden, in dem nur „Alteingesessene“ wohnen. Die Zahl der Menschen, die nur an einem Ort gelebt haben und dort auch ihren Lebensabend verbringen, ist gering. Solche Dorfbewohner werden in Zukunft kaum noch zu finden sein.

Dann problematisieren wir also, wenn wir von Gräben im Dorf sprechen?

Wir überproblematisieren. Auch der Diskurs über die sterbenden Dörfer ist zum Selbstläufer geworden. Es hat Konsequenzen für das Selbstverständnis, wenn Menschen die ganze Zeit hören, dass ihre Dörfer sterben werden. Schließlich reden wir hier ja über ihren Lebensraum. Das führt dazu, dass Engagement

abebben kann oder dass man sich gar nicht engagiert. Der Begriff des Sterbens ist irreführend. Dörfer sterben, wenn sie beispielsweise für Energieprojekte abgebagert werden. Die wenigsten Dörfer sterben aber, weil ihre Bewohner alt werden und tatsächlich versterben. Dieser Begriff suggeriert zudem, dass Dorfentwicklung auf Jahrzehnte hin planbar und absehbar ist. Die Erfahrung zeigt aber, dass das nicht der Fall ist. Auch bei Dörfern mit ganz wenigen Einwohnern habe ich Gegenbeispiele gefunden, etwa in der Altmark. Eine Familie zog dorthin und die Wahrnehmung im Ort änderte sich, es kam wieder Leben in das Dorf. Von solchen Beispielen und ihren positiven Effekten für die ganze Region berichten auch Engagierte vor Ort.

Was sollte man tun, statt das Sterben zu beschwören?

Man sollte stattdessen ein Bewusstsein in Politik und Wissenschaft für solche Begriffe entwickeln, daran arbeiten und über die Konsequenzen nachdenken. Nur wenn man die konkrete Problematik vor Ort realistisch beschreibt, können daraufhin Projektideen entstehen, die dann auch nachhaltig umgesetzt werden. Diese Ideen sollte man fördern, aber ein Großteil der Förderinstrumente ist zu kompliziert und aufwendig. Wichtig ist vor allem, die Aktiven für das anzuerkennen, was sie vor Ort tun.

Wie wichtig ist es für diese Projekte, dass möglichst alle Bürger an einem Strang ziehen?

Ob das wichtig ist, ist eine schwierige Frage. Natürlich ist es schön, wenn das so ist. Aber das Bild vom „intakten Dorfleben“ ist vermutlich eine urbane, überholte Vorstellung von einer Gemeinschaft, in der sich alle verstehen und kennen. So etwas findet man vermutlich nirgends. Gemeinsame Projekte helfen aber dabei, dass sich die Menschen kennenlernen, weil Projekte immer eine vermittelnde Funktion haben – auch zwischen Leuten, die schon lange dort leben und solchen, die erst zugezogen sind. Untersuchungen zeigen, dass es vielleicht sogar – überspitzt gesagt – egal ist, worum sich ein Projekt dreht. Wichtig für die Dorfgemeinschaft ist das gemeinsame Machen.

Herr Heinz, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Andrea Birrenbach.

Welche Rolle spielt die Kirche?

Über Jahrhunderte war der Geistliche eine zentrale Figur im Dorf. Er gestaltete das Zusammenleben und die Geschicke des Ortes mit. Ist das noch so?



Norbert Lazay ist evangelischer Pfarrer. Seit 33 Jahren lebt und wirkt er in Gladigau in Sachsen-Anhalt. Dass das Dorf mit rund 300 Einwohnern beim Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ 2016 eine Goldmedaille gewonnen hat, ist auch sein Verdienst. www.mein-gladigau.de

Herr Lazay, Kirche und Dorf gehören sprichwörtlich zusammen. Auch jedes der zwölf Dörfer im Pfarrbereich Gladigau hat eine eigene. Welche Bedeutung hat die Kirche heute noch?

Egal wo oder wie groß die Kirche ist, sie ist immer ein vertrauter Raum für die Menschen im Dorf. Sie verbindet Familien über Generationen hinweg. In ihr waren schon die Eltern, die Großeltern und die Urgroßeltern zur Hochzeit und zur Taufe der Kinder. Die nächste Generation betritt die Kirche in dem Wissen, dass die Vorgänger schon da waren. Kirchen sind in den Dörfern ein Garant für Kontinuität, Sicherheit und Vergewisserung im Alltag. Und auch Orte der Teilhabe an Freud' und Leid: Die Dorfbewohner erleben dort gemeinsam Taufen, Trauungen, Konfirmationen, Beerdigungen und Festtage.

Sie betreuen die zwölf Kirchen inzwischen alleine. Welche Rolle nehmen Sie als Geistlicher für die Dorfgemeinschaften ein?

Als Pastor bin ich ein Generationenbegleiter, ein Kenner und ein Bewahrer von Traditionen, ein Vermittler von Geschichte, Impulsgeber für Jubiläen, Gedenktage und für Festtage unterschiedlicher Natur. Und ich bin eine Informationsquelle zu vielfältigen Themen und für unterschiedliche Kreise und Generationen.

Sie leiten auch mehrere Vereine – Gladigau hat beim Dorfwettbewerb insbesondere mit seinem intensiven Vereinsleben überzeugt.

Die Teilnahme haben unser Bürgermeister und ich gemeinsam verantwortet. Ich war federführend dabei, weil ich schon so lange im Dorf bin, dazu gehöre und an wesentlichen Dingen mitarbeite: Ich bin Vorstand und Gründungsmitglied des Dorftheaters Gladigau. Das ist eine niederdeutsche Bühne, die dieses Jahr in die 16. Spielzeit geht und bisher immer vor ausverkauftem

Haus gespielt hat. Die Premierenfeiern sind zu einem gesellschaftlichen Parkett geworden und der Ministerpräsident ist seit mehreren Jahren regelmäßig bei uns zu Gast. Seit dem vergangenen Jahr ist das Dorftheater immaterielles Kulturerbe der UNESCO.

Das gilt auch für den Posaunenchor von Gladigau.

Ja. Er wird in diesem Jahr 87 Jahre alt und ich leite ihn seit 1985, genauso wie den Kirchenchor. Beide Chöre waren mehrfach im Fernsehen zu erleben. Daneben engagiere ich mich in der Arbeitsgruppe Denkmal „Albrecht der Bär“ – dem Gründer der Mark Brandenburg –, war im Rahmen der Dorferneuerung im Bürgerkreis und in LEADER-Gremien. Ich bin auch Vizepräsident des Landesheimatbundes Sachsen-Anhalt, Mitglied im Bundesrat für Niederdeutsch und seit 1993 Vorsitzender des Altmärkischen Heimatbundes. Sie merken schon, ich bin da ziemlich involviert.

Dieses Engagement gehört aber nicht zu Ihren originären Aufgaben?

Es gibt in unserer Landeskirche die Aufforderung, dass jeder Geistliche mindestens in einem örtlichen oder regionalen Verein Mitglied sein sollte, um die Dinge dort aus einer anderen Perspektive zu erleben und sich einzubringen. Meine sozusagen weltlichen Tätigkeiten hängen mit meinen beruflichen zusammen – das eine befruchtet das andere.

Also soll sich die Kirche in die Dorfentwicklung einmischen?

Ja, natürlich. Zum einen mit der Kenntnis um die Tradition des Dorfes und zum anderen mit der Kenntnis um die Situation der Gegenwart. Beides ist wichtig. Wenn es gelingt, beides immer wieder miteinander in Balance zu bringen, dann kann man daraus in der Regel gute Schlüsse ziehen und die richtigen Entscheidungen fällen. Dafür, denke ich, ist ein Geistlicher geradezu prädestiniert, weil er – wenn er sich für seinen Bereich und sein Amt ordnungsgemäß interessiert – sowohl Traditionen kennt als auch sehr genau um die Nöte und die Bedingungen der Gegenwart weiß.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath.

”

Ein Geistlicher ist für Dorfentwicklung geradezu prädestiniert.“

Agieren statt reagieren mit „Sozialen Orten“

Die Flüchtlingskrise 2015 hat in einer hessischen Kleinstadt wieder etwas in Bewegung gebracht. Über Diemelstadt und was man daraus ableiten kann. [VON CLAUDIA NEU UND LJUBICA NIKOLIC]

Das Jahr 2015 ist den meisten Menschen, wohl vor allem wegen der Flüchtlingskrise und Angela Merkels Ausspruch „Wir schaffen das!“, in Erinnerung geblieben. Wie andere Gemeinden auch, stellten Kommune, Kirchengemeinde und Bürger im nordhessischen Diemelstadt zügig Hilfsangebote für Geflüchtete bereit. Aber danach entwickelten sich die Dinge in der Kleinstadt ungewöhnlich: Diemelstadt nutzte die Ankunft von 155 Menschen dazu, einen Entwicklungsprozess für die gesamte Gemeinde anzustoßen.

Im demografischen Wandel

Dabei ist die Kleinstadt mit rund 5 000 Einwohnern wirtschaftlich und demografisch eher unauffällig – verkehrsgünstig an der A44 gelegen, mit etlichen klein- und mittelständischen Unternehmen sowie weitgehend intakter Infra- und Vereinsstruktur. Doch auch hier wirkt der demografische Wandel seit Langem. Die Gemeinde verliert seit circa 20 Jahren kontinuierlich an Einwohnern: „Pro Jahr eine Busladung“, rund 50 Personen, wie Bürgermeister Elmar Schröder feststellt. Das Thema Demografie hat die Verwaltung mit den Bürgern in Diemelstadt in den vergangenen Jahren aktiv kommuniziert und diskutiert. Diese Bemühungen gipfelten in einer ersten Zukunftswerkstatt im Frühjahr 2015. Deshalb war die Bevölkerung für das Thema Migration bereits etwas sensibilisiert, als im Laufe des Jahres die ersten Flüchtlinge in Diemelstadt eintrafen. Durch das besondere Engagement aller Beteiligten – Kommune, Kirche, Bürgerschaft, Unternehmen, Medien – gelang es dann sogar, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als Diemelstadt zugewiesen wurden. Im Sommer 2016 wurde die Gemeinde, gemeinsam mit sieben weiteren, als Modellkommune „Flüchtlinge im ländlichen Raum“ des Landes Hessen ausgewählt. Seither gestaltet sie den Integrationsprozess noch aktiver. Ein strategisches Zukunftsprogramm wurde aufgesetzt, dessen Fokus auf die Entwicklung einer altersgerechten Stadt, die Organisation von neuen Wohnformen, die Kommunikation unter den Generationen und Kulturen, sowie die Integration geflohener Menschen zielt. Im Januar 2017 organisierte die Gemeinde dann die zweite Zukunftswerkstatt, an der Asylsuchende als Sprecher der Nationen teil-

nahmen. Diemelstadt ist es gelungen, den Zuzug von Asylsuchenden nicht als Bedrohung ihrer Gemeinschaft zu sehen, die es abzuwehren gilt, sondern als Chance. Tatsächlich haben die vielfältigen Aktivitäten den Zusammenhalt in der Gemeinde gestärkt.

Neue Lösungen für alte Probleme

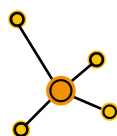
Unterstützt von der Friedrich-Ebert-Stiftung, leiteten die Wissenschaftler der Universität Göttingen Claudia Neu, Lehrstuhl Soziologie ländlicher Räume, und Berthold Vogel, Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) e.V., 2016 und 2017 eine Befragung in Diemelstadt: Vor allem die Aktiven haben die Erfahrung, etwas gemeinsam zu stemmen, als sehr positiv erlebt. Sie betonten, dass es sehr konstruktiv war, sich gemeinsam – Alt- und Neubewohner – an einen Tisch zu setzen und Lösungen für konkrete Probleme zu entwickeln. Dabei ging es nicht mehr nur um Lösungen für das sogenannte Flüchtlingsproblem, sondern auch um neue Gestaltungsräume und Begegnungsorte – darum „wie wir in Zukunft leben wollen“. So sind durch die Aktivitäten für Asylsuchende neue soziale Orte entstanden, alte wurden wiederbelebt. Sie stehen heute allen Bürgern offen: den Asylsuchenden, aber auch den Ehrenamtlichen, die intensiver zusammenarbeiten und kommunizieren als vorher. Die Vereine vernetzen sich stärker und haben durch ihre interkulturelle Öffnung neue Mitglieder gewonnen. Die geplante Schließung des Gemeinschaftshauses ist vom Tisch, seitdem es nun als Veranstaltungs- und Begegnungsstätte wieder eine wichtige Rolle spielt. Das kirchliche Gemeindehaus wurde mit der neu entstandenen Kleiderkammer und dem wöchentlichen interkulturellen Kochtreff ein zentraler Treffpunkt für Neu- und Altbürger.

Motor für Integration

Diemelstadt macht deutlich: Engagement, Integration und sozialer Zusammenhalt entstehen nicht im luftleeren Raum, vielmehr sind sie das Ergebnis vielfältiger Vorleistungen in Form von Gebäuden, Mobilitätsangeboten oder in der Verwaltung. Insbesondere diese Strukturen sind in vielen ländlichen Räumen gefährdet oder sogar schon verschwunden. Dabei waren die



Voraussetzungen für das Entstehen und den Erhalt sozialer Orte



Öffentliche Infrastruktur (in der Fläche),
die sich selbst tragende Prozesse ermöglicht



Überdurchschnittlich engagierte und
innovationsfähige Akteure



Öffentliche Verwaltung, die offen
ist für partizipative Prozesse und
innovative Kooperationen



Überregionale Aufmerksamkeit
und Einbindung

Leistungen zur Daseinsvorsorge stets Motoren der sozialen Integration. Fehlt es an ihnen, dann mangelt es auch an Orten der Begegnung und Kommunikation im öffentlichen Raum. Hinzu kommt: Mit der Schließung von lokalen Verwaltungseinrichtungen, Sparkassen, Schulen und Arztpraxen gehen auch die lokalen Trägergruppen und Milieus des Engagements verloren, die sozialen Zusammenhalt produzieren. Verstetigte Kontakte, die Aushandlung des ortsüblichen Konsenses sowie die Entwicklung von Kooperationen – alles Basiselemente des sozialen Zusammengehörigkeitsgefühls, des Engagements und nicht zuletzt der Demokratie an sich – werden sukzessive erschwert, bis unmöglich. Regionen, Kleinstädte und Dörfer verlieren ihre Mitte: Es bedarf neuer (Infra-)Strukturen und Institutionen.

Soziale Orte als Konzept

Wie kann es also gelingen, konstruktiv auf die Herausforderungen zu reagieren und neue Formen des Zusammenhalts zu entwickeln? Das Beispiel aus Diemelstadt zeigt, wie wichtig eine engagierte Kommunalpolitik bei der Entstehung und dem Erhalt sozialer Orte ist. Es geht dabei eben nicht nur um einzelne Projekte, sondern darum, kontinuierlich und flexibel Antworten auf konkrete Herausforderungen zu finden. Durch finanzielle Unterstützung, Koordination und Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit lässt sich die Entstehung sozialer Orte ganz entscheidend fördern.

Genau hier setzt das Soziale-Orte-Konzept von SOFI und Universität Göttingen an. Die hierarchisch organisierte Infrastruktur im Rahmen des etablierten „Zentrale-Orte-Konzepts“ muss um ein lokales – nicht hierarchisches – Netz sozialer Orte ergänzt werden. Es gilt, diesen Kristallisationspunkten gelebter Gemeinschaft das Beliebigste zu nehmen. Ein Ziel ist dabei auch, soziale Orte als Prozess zu verstehen. Es geht darum, dass das Zusammenspiel von Kommunen, lokalen Wirtschaftsunternehmen und der Zivilgesellschaft strukturiert geschieht und jederzeit aktiviert werden kann, so dass Gemeinden mit umgesetztem Soziale-Orte-Konzept nach dem Vorsorgeprinzip besser

auf den demografischen Wandel reagieren können. Dafür braucht es auch eine Politik des Zusammenhalts, die insbesondere in sich leerenden ländlichen Räumen dazu beiträgt, dass soziale Orte entstehen können.

Seit Oktober 2017 entwickeln SOFI und Universität Göttingen das Soziale-Orte-Konzept im Rahmen des durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Programms „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“ weiter. Dabei stehen der hessische Landkreis Waldeck-Frankenberg und der thüringische Landkreis Saalfeld-Rudolstadt exemplarisch für ländliche Regionen im ökonomischen und demografischen Wandel. In den Untersuchungsregionen werden Befragungen, Expertengespräche, Interviews, Workshops und künstlerische Interventionen durchgeführt.

SERVICE:

BMBF Projekt:
Das Soziale-Orte-Konzept –
Neue Infrastrukturen für
gesellschaftlichen Zusammenhalt
www.sofi-goettingen.de
Suche: Soziale-Orte-Konzept



KONTAKT:

Prof. Dr. Claudia Neu
Ljubica Nikolic
Universität Göttingen
ljubica.nikolic@uni-goettingen.de
Telefon: 0551 39-24818

Elmar Schröder
Bürgermeister Diemelstadt
Telefon: 05694 9798-13
schroeder@diemelstadt.de

Zurück ins Dorf

Das Bündnis Junge Landwirtschaft will die Rolle von Landwirten in den Dörfern wieder stärken. [VON WILLI LEHNERT]

Die Landwirtschaft prägt den ländlichen Raum. In den vergangenen Jahrzehnten wurde sie jedoch stetig industrialisiert. Dadurch verloren die Betriebe ihre Einbindung in die Dorfgemeinschaften, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, wo der örtliche Großbetrieb der Hauptarbeitgeber war. Mit der Rationalisierung von Arbeitsplätzen und mancherorts auch dem Verkauf des Betriebs – häufig an Investorengesellschaften – ist die Landwirtschaft aus dem sozialen Gefüge des Dorfes verschwunden. Das Bündnis Junge Landwirtschaft e. V. will dem etwas entgegensetzen: 2012 gegründet, vertritt es die Interessen der Jungbauern in Ostdeutschland. Die 30 Mitglieder des Vereins haben primär einen landwirtschaftlichen Hintergrund, aber auch Studierende, Aktivisten oder Wissenschaftler bringen sich ein.

Mehr als Bauer sein

Ziel ist es, die gesellschaftspolitische Situation von Junglandwirten zu verbessern, Existenzgründer zu begleiten sowie Verbraucher aufzuklären. Dazu arbeiten die Mitglieder in Politik und Verwaltung mit, betreiben Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, kooperieren mit lokalen Initiativen und organisieren Workshops zu bäuerlichen Arbeitsweisen bei der Lebensmittelherstellung. Der Verein möchte vor allem Betriebe fördern, die lokal eingebunden sind und ihre Lebensmittel regional vermarkten. Denn über die Lebensmittel entstehen Brücken zu Verbrauchern und Beziehungen zur lokalen Bevölkerung. Die Bäuerinnen und Bauern des Bündnisses bringen sich darüber hinaus in den Dorfgemeinschaften ein – zum

Beispiel im Gemeinderat – und gestalten ihr Lebensumfeld mit. Für das soziale und kulturelle Leben ist dies ein großer Gewinn.

Regional gut eingebunden

Anja und Janusz Hradetzky gründeten beispielsweise ihren Hof Stolze Kuh im Jahr 2015 in Lunow-Stolzenhagen am nordöstlichen Rand des Landkreises Barnim in Brandenburg (www.stolzekuh.de). Sie halten 90 Rinder gefährdeter Rassen naturnah auf den Naturschutzflächen des Nationalparkvereins Unteres Odertal: mit ammengebundener Kälberaufzucht, behornten Tieren, Vollweide, einem Bullen in der Herde und Heufütterung im Winter. Die Milch verarbeiten sie in einer eigenen Käserei; einen Großteil der Milch- und Fleischprodukte sowie die Eier ihrer Hühner verkaufen sie ab Hof. Anja und Janusz Hradetzky sind gut vernetzt und in der Dorfentwicklung engagiert. Mit dem benachbarten Gemüsebauern haben sie einen Bauernmarkt gegründet, auf dem sich Alteingesessene und Zugezogene begegnen. Außerdem geben sie in Workshops und Seminaren ihr Wissen über Lebensmittelherstellung weiter.

Die Junglandwirte Hanna und Johannes Erz gründeten 2013 ihren Gemüsebaubetrieb mit Hühnerhaltung und Direktvermarktung in Rathstock im brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland. Seit 2015 bewirtschaften sie ihn im Haupterwerb (www.bauernhoferz.de). Insbesondere ältere Dorfbewohner schätzen sehr, dank des Ab-Hof-Verkaufs wieder im Dorf einkaufen gehen zu können. Und im Gespräch am Hoftor werden dabei gleich die neuesten



Dorfinformationen ausgetauscht. Hanna und Johannes Erz engagieren sich in der Kirchengemeinde und bei der Existenzgründerförderung, zudem pflegen sie zahlreiche Kontakte zu lokalen Akteuren.

Ankommen braucht Zeit

Die Erfahrung der Jungbauern zeigt: Für Neuankömmlinge ist es zuweilen nicht leicht, die sozialen Beziehungen unter den Alteingesessenen in den Dörfern zu erkennen. Das kann zu anfänglichen Unstimmigkeiten führen. Zum Kennenlernen braucht es Zeit, dann kann ein gutes Miteinander entstehen. Wichtig ist, offen zu bleiben und die Alteingesessenen mitzunehmen. Es ist ein Prozess, bis sich Zugezogene in Dörfern etabliert haben.

Auf dem Bauernhof Erz: Insbesondere ältere Dorfbewohner schätzen es, dank des Ab-Hof-Verkaufs wieder im Dorf einkaufen zu können.



KONTAKT:

Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.
buendnisjungelandwirtschaft@outlook.com
www.stopp-landgrabbing.de

Und es geht doch!



Kirsten Voß ist 23, als sie aus Wolfsburg nach Rendswühren zieht: Sie erhofft sich auf dem Land Ruhe, möchte studieren. Doch dann startet sie ein Großprojekt, um den Hof ihrer Vorfahren wiederzubeleben. [VON ANJA RATH]

Heute ist Kirsten Voß-Rahe 37 Jahre alt. Auf Hof Viehbrook hält sie alte Haustierrassen wie Rotbunte Husumer Schweine, Moorschnucken, Schottische Hochlandrinder und in den Sommermonaten Geflügel. Ehemann Christian Rahe betreibt Acker- und Futteranbau sowie Wild-Gehegehaltung. „Wir vermarkten alle Produkte über unser Restaurant und den Hofladen“, sagt Kirsten Voß-Rahe. Als sie vor zehn Jahren das Konzept dafür entwarf, wurde sie belächelt, denn „damals war der Hof eine Baracke“.

Leuchtturm der jungen AktivRegion

Bis in die 1950er-Jahre war die Hofstelle mit Schmiede regional bedeutsam gewesen, wurde aber seit 1990 nicht mehr genutzt. Sie hatte Kirsten Voß' Vorfahren und zuletzt ihrem Großonkel gehört. Ihre Großeltern hatten ein Wohnhaus dazu gebaut, das Kirsten Voß' engere, mittlerweile in Wolfsburg ansässige Familie als Feriendomizil nutzte. Dorthin zog Kirsten Voß 2004. In Kiel studierte sie Pädagogik, Soziologie und politische Wissenschaft. Dann steht nach dem plötzlichen Tod ihres Großonkels der Resthof 2008 unerwartet zum Verkauf. Tochter und Eltern beschließen, die Hofstelle zu kaufen. „Wir wollten sie anfangs nur ein bisschen umbauen“, sagt sie. Daraufhin entwirft die Studentin ein umfangreiches Konzept und läuft damit unverhofft offene Türen ein: In Schleswig-Holstein sind 2008 die nach dem LEADER-Prinzip agierenden AktivRegionen an den Start gegangen; das Regionalmanagement und das für ländliche Räume zuständige Landesamt ermutigen sie, sich als Projekt mit Vorbildcharakter zu bewerben. „Dadurch, dass andere Akteure dazu stießen, entwickelte das Projekt eine Eigendynamik.“ Kirsten Voß' Konzept wird als „Leuchtturmprojekt“ ausgewählt: Mit 500 000 Euro Förderung beginnen die Voßens damit, den Hof zu restaurieren und umzubauen.

Hartnäckig und gemeinsam Bedenken ausräumen

„Ich habe die Baustelle geleitet, dabei hatte ich anfangs keine Ahnung“, erinnert sich Kirsten Voß-Rahe. Neben ihrem Studium eignete sie sich Fachwissen dazu an, wie man ein altes und zudem denkmalgeschütztes

Gebäude saniert. Innerhalb der Gemeinde und der Verwaltung stieß sie anfangs auf Skepsis und Vorbehalte. „Häufig war die erste Aussage: ‚Das können wir so nicht machen‘“, sagt sie. 2009 hat sie ihren Ehemann Christian kennengelernt – gemeinsam und hartnäckig verfolgten sie das Ziel, sich eine berufliche Zukunft auf Hof Viehbrook aufzubauen. Ein landesweites Vorzeigeprojekt zu sein, habe dabei oft geholfen. „Wir haben immer wieder Menschen in den Verwaltungen und der Politik getroffen, die mit uns nach einer Lösung gesucht haben.“ Bürgermeister, Landrätin und Kreispräsident trafen dann mitunter richtungsweisende Entscheidungen. „Das war sehr anstrengend, aber auch sehr spannend.“ Mittlerweile lacht keiner mehr, wenn Kirsten und Christian Rahe neue Ideen präsentieren – der Gemeinderat tagt sogar auf dem Hof.

Eigendynamik und Motivatoren

Neben Veranstaltungsräumen gibt es auf Hof Viehbrook bauernhofpädagogische Angebote, Ferienfreizeiten und Übernachtungsmöglichkeiten. Eine Kochschule und ein Bauernhofkindergarten sind in Arbeit. Die beiden haben zehn Arbeitsplätze geschaffen. Und 2017 das Diskussionsforum „Land.Leben.Zukunft“ mit prominenten Rednern aus Wirtschaft und Politik ins Leben gerufen: Beim ersten Termin sprach Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther. „Wir dachten, so etwas einmal im Jahr zu machen“, so Voß-Rahe, „aber es hat eine Eigendynamik entwickelt.“ Für 2018 sind vier Termine geplant.

Unterstützung bekommt sie von der Familie.

„Mein Mann und ich geben uns gegenseitig Kraft, wenn einer mal einen Tiefpunkt hat“, sagt sie.

„Ich sehe eine Sinnhaftigkeit in dem, was ich tue – das ist ganz wichtig.“ Und wenn sie einen Motivationsschub braucht, dann denkt Kirsten Voß-Rahe an diejenigen, die einmal gesagt haben: „Das geht so nicht.“



KONTAKT:

Kirsten Voß-Rahe
Hof Viehbrook
Telefon: 04394-992356
kirsten.voss@hof-viehbrook.de
www.hof-viehbrook.de



**Wir
brauchen
eine
Vision!**

Als „Naturgemeinde“ den Ort stärken – diese Vision teilen die beiden Bürgermeister im bayerischen Ketttershausen. Dafür müssen sie auch die Landwirte in der Region für Naturschutz begeistern. [VON ANDREA BIRRENBACH]

Zunächst prallten die Ansichten von Naturschützern und Landwirten aufeinander, als sich der Ort Ketttershausen durch den Beinamen „Naturgemeinde“ ein neues Image geben wollte. Die Landwirte hatten Sorge, dass neue Auflagen ihre Arbeit erschweren könnten. Seit rund drei Jahren, seit der Bürgermeisterwahl 2014, verfolgt die kleine Gemeinde im Unterallgäu diese Neuausrichtung, denn Ketttershausen hat etwa 1700 Einwohner, ein großes Naturschutzgebiet und viel Gemeindewald. Ging es zunächst um die Verdichtung der Bebauung im Ortskern, so steht seit 2017 vermehrt Naturschutz auf der Agenda. Die Aktivitäten sollen dem Dorf ein neues Profil geben. „Wir waren uns einig, dass wir eine gemeinsame Vision für die Zukunft brauchen“, sagt Susanne Schewetzky, Erste Bürgermeisterin von Ketttershausen, seit 2014 im Amt. Mit „wir“ meint sie auch Markus Koneberg, den Zweiten Bürgermeister. Gemeinsam mit dem Gemeinderat haben sie ein Gemeindeentwicklungskonzept

erarbeitet, wobei die Idee der „Naturgemeinde“ entstand. Die Vision besteht darin, Ökonomie, Ökologie und Soziales zu vereinen.

Hitzige Diskussionen

Der erste Infoabend im März 2017 gab jedoch einen Vorgeschmack darauf, dass der Naturschutz in einem Ort mit zahlreichen Landwirten Diskussionsstoff bergen kann. Statt über die Inhalte von möglichen Grünlandprojekten zu sprechen, wurde hitzig über die Begleiterscheinungen von Naturschutz diskutiert. „Es ging keine fünf Minuten um das eigentliche Thema“, erinnert sich Schewetzky. „Nach der Veranstaltung war ich ernüchtert und dachte, es wird kaum jemand mitmachen.“

Noch im gleichen Jahr wendete sich das Blatt und nun sind 15 Landwirte an Bord – im Ort arbeiten 45 Landwirte, die meisten im Nebenerwerb, sowie zehn Imker. Ein Förderprojekt, das die Gemeinde gemeinsam mit der Stiftung Kulturlandschaft Günztal gestartet hat,

Die Kirche von Ketttershausen im Unterallgäu

unterstützte das Umdenken. Dieses Projekt fördert Landwirte, die Flächen aus der Intensivnutzung nehmen sowie Blühstreifen und Grünland anlegen oder die gefährdete Rinderrasse „Original Braunvieh“ unter der Bezeichnung „Günztal Weiderind“ extensiv halten. Ein besonderer Erfolg: Ein drei Hektar großes Maisfeld wurde in eine Wiese umgewandelt. Insgesamt wurden 2017 rund zwölf Hektar umgenutzt.

Zusammenarbeit mit Landwirten

Dass das Projekt nun angenommen wird, führen Schewetzky und Koneberg darauf zurück, dass die Landwirte die Projekt-Richtlinien gemeinsam mit der Stiftung entwickeln konnten. Anschließend wurden die Ergebnisse im Fachbeirat der Deutschen Bundestiftung Umwelt geprüft, der das Projekt auch fachlich begleitete. „Diese Art Projekt ist nicht ganz so einschränkend wie der Vertragsnaturschutz. Wenn ein Landwirt entgegen der Absprache zwei Schnitte von einer Wiese braucht, dann fällt die Förderung für ein Jahr weg – aber es ist keine Strafe zu erwarten“, sagt Schewetzky. „Und natürlich haben auch die Gelder überzeugt.“ Beispielsweise werden für einen späten ersten Heuschchnitt nach dem 25. Mai 450 Euro oder nach dem 15. Juni 550 Euro als Prämie pro Hektar bezahlt. Finanziert wird das Projekt von der Stiftung Günztal und der Gemeinde, wobei die Gemeinde die Gelder als zweckgebundene Spende an die Stiftung gibt. Das Projekt ist zunächst auf drei Jahre befristet, über eine Aufstockung und eine Fortsetzung diskutiert man bereits.

Gleichzeitig werden derzeit Erlebnisstationen für Wanderer und Radfahrer entlang des Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebiets Alte Günz entwickelt. Die Gemeinde überlegt außerdem, Beobachtungsstationen aufzubauen, damit Landwirte, Naturschützer und auch Erholungssuchende etwas von diesem Projekt haben.

Foto: Naturgemeinde Ketttershausen



KONTAKT:

Susanne Schewetzky
Naturgemeinde Ketttershausen
Telefon: 08333 8665
schewetzky@ketttershausen.de
www.naturgemeinde-ketttershausen.de



Die angebotenen Lebensmittel im Dorfladen Heuchlingen stammen nicht ganz, aber zu einem großen Teil aus der Region.

Ein Dorfladen für Heuchlingen

Wie sich ein kleiner Ort auf der Schwäbischen Ostalb die Grundversorgung zurückgeholt hat. [VON HESTER RAPP-VAN DER KOOIJ]

Heuchlingen auf der Schwäbischen Ostalb hat mit seinen rund 830 Einwohnern noch einiges an Infrastruktur zu bieten: einen Kindergarten, eine Gaststätte mit Metzgerei und eine weithin bekannte Kultur- und Musikkneipe. Einen landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieb gibt es zwar nicht mehr, dafür aber einige Handwerks- und Gewerbebetriebe. Auch das Vereinsleben ist vielfältig. Ehrenamtliche Wirte betreiben am Wochenende ein Vereinsheim und es gibt eine Feuerwehr und einen Sportverein. Die Fußballmannschaften und die Chöre kooperieren mit den Nachbarorten. Also eigentlich alles in bester Ordnung. Eigentlich.

Verlust als Chance

Denn: Das letzte Lebensmittelgeschäft im Ort schloss bereits 1998, nachdem im Nachbarort ein Discounter eröffnet hatte. Im Jahr 2014 schloss außerdem die Grundschule wegen zu geringer Schülerzahlen und, parallel dazu, die letzte Bankfiliale im Ort. Der Ortsvorsteher, der Ortschaftsrat und weitere engagierte Bürger sahen in dem Verlust auch eine Chance. Sie wollten aus dem ehemaligen Schulgebäude und der benachbarten Mehrzweckhalle ein neues Dorfzentrum mit Dorfladen machen. Zunächst unterstützte der Regionalverband Ostwürttemberg das Vorhaben mit 3 000 Euro. Diese Mittel waren in der Gründungsphase für Informationsfahrten und -veranstaltungen sowie Rechts- und Steuerberatung hilfreich. Dann kam die LEADER-Aktionsgruppe (LAG) Brenzregion ins Spiel. In mehreren Gesprächen entwickelten die Beteiligten gemeinsam das Projekt "Dorfladen". Insgesamt entstanden Kosten in Höhe von 128 000 Euro, die die LAG Brenzregion zu 60 Prozent förderte.

Bürger geben Ideen und Kapital

Der Dorfladen wurde von Anfang an durch Bürger getragen: Sie bildeten zwei Arbeitskreise, „Gründung“ und „Ladenplanung“. Bei zwei Informationsveranstaltungen und einer Fragebogen-Aktion konnten die Einwohner ihre Ideen einbringen. 2017 begann schließlich der Umbau des ehemaligen Schulgebäudes zum neuen Dorfzentrum. Der Dorfladen wird durch eine Unternehmungsgesellschaft getragen, bestehend aus vier Gesellschaftern. Einer davon

besitzt Erfahrungen im Einzelhandel und agiert als ehrenamtlicher Geschäftsführer. Daneben können sich die Bürger als stille Gesellschafter mit 150 Euro je Anteil beteiligen – insgesamt sind über 200 Anteile gezeichnet.

Ende September 2017 öffnete der Dorfladen. Er bietet Lebensmittel für den täglichen Bedarf, überwiegend aus der Region. Neben einer regionalen Firma beliefern ihn beispielsweise eine Bäckerei, eine Käserei, eine Metzgerei, eine Mühle und verschiedene Imker aus den Nachbarorten. Die Bürger können hier aber nicht nur einkaufen: Ein Café und Sitzgelegenheiten im Freien bieten Platz zum Treffen und Reden. Außerdem wurde die Bushaltestelle hierher verlegt und im Eingangsbereich des Dorfladens befinden sich ein Geldautomat und ein Kontoauszugdrucker.

Insgesamt fünf Teilzeitkräfte konnten eingestellt werden. Die Herausforderung für die Bürger ist es nun, den Laden wirtschaftlich zu betreiben. Die von der Gemeinde erhobene günstige Miete bietet eine gute Ausgangsposition. Hilfreich ist auch die durch den weiter bestehenden Arbeitskreis „Ladenplanung“ organisierte ehrenamtliche Unterstützung. Klar ist bereits heute: Der Prozess hat das Miteinander im Dorf belebt. Derzeit planen die Bürger besondere jahreszeitliche Events in Kooperation mit Vereinen, Organisationen und den Lieferanten.



KONTAKT:

LEADER-Aktionsgruppe Brenzregion
Hester Rapp-van der Kooij
Telefon: 07321 321-2494
leader@landkreis-heidenheim.de
www.brenzregion.de
www.dorfladen-heuchlingen.de

Dorfgemeinschaftshaus wird international

Die Einwohnerzahlen des ländlichen Raums sinken in ganz Deutschland. In ganz Deutschland? Nein! Es gibt viele unbeugsame Dörfer, die nicht aufhören, Widerstand zu leisten! Eines von ihnen liegt im Sauerland. [VON JOACHIM HEIDRICH UND SYLVIA LETTMANN]

Früher war das Dorf Hirschberg eigenständig – heute ist es ein Ortsteil der Stadt Warstein. Die kommunale Neugliederung 1975 ist dem selbstbewussten Bergdorf, wie anderen kleinen Gemeinden, schwergefallen, nicht zuletzt wegen des damit verbundenen Verlusts des Selbstbestimmungsrechtes.

Seit 1997 befindet sich die Stadt Warstein mit kurzer Unterbrechung im Zustand der Haushaltssicherung. Im Rahmen der Konsolidierungsbemühungen musste auch Hirschberg früh unangenehme Entscheidungen hinnehmen, beispielsweise die Schließung des schuleigenen Lehrschwimmbeckens. Gleichzeitig erlebt das Dorf seit Jahren ein Einwohnerwachstum – seit 2000 um 23 Prozent. Hirschberg hat heute rund 1 900 Einwohner; während die Zahl der deutschen Einwohner seit Jahren um die 1 800 schwankt, ist die Anzahl ausländischer Mitbürger von 15 im Jahr 2009 auf derzeit rund 80 gestiegen.

Lebendige, aktive Vereine

„Nach und nach besannen sich die Hirschberger auf ihre alten Dorfqualitäten und ihren Zusammenhalt“, sagt Dieter Bräutigam. Er ist Vorsitzender des „Vereinsring Hirschberg e. V.“. In dem Dachverband sind heute 18 dörfliche Vereine zusammengeschlossen; rechnerisch hat er damit 2 500 Mitglieder. Der Vereinsring koordiniert die Aktivitäten der Vereine, organisiert Veranstaltungen und vertritt neben dem Ortsvorsteher die Hirschberger Belange nach außen.

Ein bedeutsames Ereignis für den Dachverband war die Organisation der Festwoche zum 700-jährigen Stadtjubiläum im August 2008. „Dank gutem Wetter und einer anspruchsvollen und abwechslungsreichen Programmwoche haben wir kräftige Kasseneinnahmen erzielt, die wir später in eine eigene Bürgerstiftung überführt haben“, berichtet Dieter Bräutigam. Diese Großveranstaltung blieb keine einmalige Aktion: Die Gemeinschaft veranstaltet den Hirschberger Weihnachtsmarkt und präsentiert sich bei der Sauerland Rundfahrt,

einem Bundesliga-Radrennen, das an der Hirschberger Wand einen sportlichen Höhepunkt hat. Der Sauerländische Gebirgsverein organisiert die sogenannten Köhlerwochen, ein vierjähriges Großereignis im Wald, das an das traditionelle Köhlerhandwerk erinnert. Diese Veranstaltungen sind über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und sichern die Finanzierung weiterer Hirschberger Anliegen.

Für die Aktiven sind das Highlights, aber es gab auch Tiefpunkte. In den Jahren 2010 und 2012 wurden nach- einander trotz Fördervereinen und unzähliger ehrenamtlicher Stunden das Waldfreibad und die Grundschule geschlossen. „Mit einem Bürgerworkshop zum Jahreswechsel 2013 gab es aber eine Art Trotzreaktion der Hirschberger“, sagt Ortsvorsteher Franz Linneboden. Wichtigster Impuls: Die Hirschberger organisierten sich jetzt in verschiedenen Arbeitsgruppen und kümmern sich seitdem selbst darum, ihre Interessen zu wahren, etwa bei Marketing und Infrastruktur. So wurden der Internetauftritt www.hirschberg-sauerland.de und Hirschberg-Souvenirs wie Jacken und T-Shirts entwickelt.

Flüchtlingskrise als Impuls

Als Gemeinschaftshaus für das Dorf dient seit Juli 2015 das aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts stammende Gebäude der ehemaligen Schule. Verschiedene Vereine, der Jugendtreff und die Senioren AG haben hier ein neues Zuhause gefunden. Daneben gibt es noch einen Anbau aus den 1960er-Jahren. „Bei der Nutzung müssen ganz verschiedene Interessen in Einklang gebracht werden“, sagt Linneboden. „Anfangs plante die Stadt Warstein, den Anbau der Schule abzureißen. Im Zuge der Flüchtlingskrise hat sie ihn 2016 dann zu einer Sammelwohnstätte für bis zu 60 Personen umgebaut.“ Für die ersten Kriegsflüchtlinge fanden sich schnell engagierte Hirschberger, die die Neuan-kömmlinge bei ihren Integrationsbemühungen unterstützen. „Es war aber ebenso Zurückhaltung wie verein-zelt Ablehnung spürbar“, sagt der Ortsvorsteher.



In dieser Situation entstand die Idee für das Projekt „Hirschberg macht Platz“. Der Grundgedanke: Wäre es möglich, den alten Schulhof so zu gestalten, dass er Menschen aller Altersgruppen und Nationen anspricht?

Eine Umgestaltung des Grundschulhofes war bereits 2002 diskutiert worden: Für die damals noch in Hirschberg unterrichteten Schulkinder sollte die Aufenthaltsqualität verbessert und das Gelände gleichzeitig durch die Entsiegelung des Asphaltbelags ökologisch aufgewertet werden. Örtliche Planer und Landschaftsökologen erarbeiteten ein Konzept, kalkulierten die Kosten und erkundeten die Förderfähigkeit. „Diese war zwar im Prinzip gegeben, erforderte jedoch einen mindestens zehnprozentigen Eigenanteil der Stadt als Förderempfänger“, erinnert sich Stadtplaner Joachim Heidrich, der sich von Beginn an ehrenamtlich in die Planungen zum Schulhof einbrachte. „In Zeiten der Haushaltssicherung wäre ein solcher Beitrag den freiwilligen Ausgaben zuzurechnen und insofern nicht darstellbar“, sagt er. Da die Stadt Warstein Teil der 2015 ausgewählten LEADER-Region „5verBund – Innovation durch Vielfalt“ ist, bestand nun hingegen die einmalige Chance, das Projekt mit 65 Prozent brutto zu fördern und damit ohne Finanzmittel der Stadt zu schultern. „Mit den integrativen Ideen waren die LEADER-Kriterien erfüllt und das Projekt förderfähig“, so Linneboden, der im Vorstand der LEADER-LAG „5verBund“ aktiv ist. Viele Elemente der ursprünglichen Pläne konnten bei dem neuerlichen Vorhaben genutzt und gezielt ergänzt werden – insbesondere um Elemente, die den Platz zum sozialen Treffpunkt beleben sollen.

Finanzierungs-Mix

Mit zehn verschiedenen integrativen Einzelprojekten konnten 41 Punkte gemäß der Entwicklungsstrategie der LEADER-Region erzielt und damit eine Förderung in Höhe von 100 000 Euro abgerufen werden. Der Vereinsring als Projektträger muss rund 53 000 Euro an Eigenmitteln und Arbeitsleistung beisteuern. „Im Förderjahr 2017 wurden bereits 120 000 Euro förderfähige Gesamt-

ausgaben umgesetzt“, sagt Franz Linneboden, der stolz auf die Hirschberger ist. Die Bürger haben bei einer Crowdfunding Aktion über die örtliche Volksbank selbst rund 14 000 Euro dazu beigesteuert. „Viele örtliche Stiftungen haben sich ebenfalls von der Projektidee überzeugen lassen und den Vereinsring finanziell unterstützt.“ Zudem konnten bis jetzt bereits 614 Ehrenamtliche Arbeitsstunden abgerechnet werden, sodass das Förderjahr 2017 hinsichtlich der Kalkulation mit einer Punktlandung abgeschlossen wurde.

Auch die „Aktion Mensch“ hat sich an einer neuen Rampe beteiligt. Diese ermöglicht nun den barrierefreien Zugang zum Schulgebäude. Außerdem gibt es ein Mini-Soccer-Feld mit „Westtribüne“, das insbesondere von den jungen Hirschbergern aller Nationen intensiv genutzt wird. Ein amerikanischer Sinnspruch ist als Wandtattoo weiterhin sichtbar. Übersetzungen in viele Weltsprachen, aber auch ins Plattdeutsche hängen darunter, ebenso eine Tafel mit dem sich speziell an junge Menschen richtenden Gedicht „Wir sind Kinder einer Erde“. Auch der Integrations-Sitzkreis, der beispielsweise zum Sprachunterricht im Freien genutzt wird, sowie gartenbaulich aufgewertete Wege und Räume zum Nachdenken sind bereits angelegt und neu bepflanzt.

Es bleiben noch einige Restarbeiten, zum Beispiel der Freisitz – eine sonnenbeschienene Bank im Zentrum des Geschehens auf dem Platz. Die Hirschberger gehen sie optimistisch an und planen schon einmal in Ruhe die gemeinsame internationale Eröffnungsfeier.

SERVICE:

Mehr Infos zum Projekt unter www.hirschberg-sauerland.de/de/aktuelles/hirschberg-macht-platz/



KONTAKT:

Dieter Bräutigam
Vereinsring Hirschberg e. V.
Telefon: 0160 5558267
dbraeutigam48@gmail.com

Steinbacher schmieden an ihrer Zukunft

Die Idee eines Rennsportvereins, gefördert über LEADER, bringt neue Hoffnung: Im thüringischen Bergdorf Steinbach, das seine Handwerksbetriebe und einen Großteil seiner Einwohner verlor, wächst die Bevölkerung nun neu zusammen.

[VON STEFANIE KIESSLING UND MICHAEL BRODFÜHRER]

„Eyn dorff, do die smyde wonen“: So charakterisieren Urkunden aus dem 14. Jahrhundert Steinbach. Das Bergdorf liegt am Südwesthang des Thüringer Waldes unterhalb des Rennsteigs und ist seit 2013 ein Ortsteil der Stadt Bad Liebenstein. Viele Jahrhunderte ernährten das Messer- und Schlosserhandwerk sowie der Bergbau die Einwohner mal mehr mal weniger gut. Immer wieder setzten Krisen den Steinbachern wirtschaftlich zu: Im Zuge der Industrialisierung, der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs mussten viele Firmen schließen. Zu DDR-Zeiten erfolgte der Umbau der Handwerksbetriebe zu staatlichen Großbetrieben. Zeitweise produzierten im Ort bis zu 1 000 Menschen Messer, Bestecke, Metallwaren und mehr. Nach der deutschen Wiedervereinigung folgte der Umbruch: die Schließung und Abwicklung der Betriebe, Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung. Für viele der rund 1 500 Einwohner gab es keine Zukunftsperspektiven. Wer konnte, suchte sich woanders Arbeit, oft ging die Familie mit. So begann ein 25 Jahre dauernder Teufelskreis, in dessen Sog Steinbach mehr als ein Viertel seiner Einwohner verlor. Geblieben ist trotzdem ein Stück Tradition: Das einzige Messerhaus des Ortes beschäftigt heute 30 Mitarbeiter.

Sorge um das kollektive Gedächtnis

Wenn aus einem Dorf die Menschen wegziehen, verschwindet langsam das Leben.

Dienstleister verlieren Kunden, Geschäfte schließen. Das macht den Ort unattraktiv für alle, die hier aufwachsen, wohnen, arbeiten und alt werden. Sie gehen und kehren nicht wieder, gründen woanders ihre Familien. Und wo der Nachwuchs fehlt, fehlt die Zukunft.

Nicht anders erging es Steinbach: Erst schloss ein Gasthaus, dann das zweite, dann der Blumenladen, der Dorfladen und der Bäcker. Was blieb, waren Leerstand, Verfall und Brachflächen – trübe Aussichten für die, die noch da waren oder überlegten, zurückzukehren. Mit jedem Wegzug starb ein Stück Steinbacher Zukunft. Resignation machte sich breit: Wann würde der Friseur aufgeben, wann der Fleischer? Würde das Dorf bald zu einer leblosen Museumskulisse werden?

Eine weitere Sorge ging um: Dass Steinbach mit der Zukunft auch sein Gedächtnis verliert. Was passiert, wenn keiner mehr den Erzählungen der Alten lauscht, die Trachten aus Omas Truhen kramt, Kurioses im Heimatmuseum bestaunt und die Geschichte öffentlich macht? Im besten Falle schlummert die Vergangenheit des Ortes in Archiven, bis jemand sie wieder ans Licht holt. Im schlimmsten Fall geht sie mit den letzten „Alten“ unwiederbringlich verloren.

Vereine als Ideenschmieden

Eine der großen Stärken Steinbachs liegt in seinen Vereinen: 15 gibt es, mit insgesamt mehr als 500 Mitgliedern. Rund um das Jahr setzen sie Veranstaltungshöhepunkte und machen damit sogar national und international auf ihr „Bergdorf“ aufmerksam. Dabei beweisen sie Mut zu Großem: zum Beispiel mit dem „Internationalen ADAC Glasbachrennen“, einer Motorsportveranstaltung mit mehr als 10 000 Besuchern, oder der immer ausverkauften „besten“ Kirmes der Region.

Die Vereine schmieden stets neue Ideen, um das Dorfleben aufrecht zu halten. Sie haben dem Ort mit dem „Steinbacher Messerstübchen“ wieder ein Herz gegeben: Nach der Schließung von Bäcker und Dorfladen Ende 2016 ergriff die Rennsportgemeinschaft Altensteiner Oberland e. V. die Initiative und eröffnete im Mai 2017 das Café mit Dorfladen, Werksverkauf und Fanshop – auch dank LEADER-Fördermitteln. Damit setzte sie den Grundstein für eine neu zusammenwachsende Dorfgemeinschaft. Andere Vereine wollen einen Jugendanger schaffen und aus dem Baustellenfossil Bürgersaal eine „Steinbacher Stube“ machen.

Keine Schnapsidee – der Steinbacher Zukunftsstammtisch

Wo unterschiedliche Köpfe sich treffen, da können Ideen sprudeln: In Steinbach galt es,





- 1 Zum Jurytag im Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ organisierte das Dorf ein zünftiges Fest.
- 2 Die idyllische Lage des Bergdorfes ist Chance und Herausforderung zugleich.

die richtigen zusammenzubringen und zu vernetzen. Der Impuls dazu kam vom Bürgermeister der Stadt Bad Liebenstein, Dr. Michael Brodführer. Das beste Format schien ihm ein Zukunftsstammtisch im neu eröffneten Messerstübchen zu sein. Einmal im Monat treffen sie sich nun: Jung und Alt, Männer und Frauen, Urgesteine und Zugezogene – wobei Steinbach auch im Jahr 2017 noch über 30 Bürger verloren hat. Ende 2017 zählte der Ort 1 074 Einwohner. Die Termine werden im Messerstübchen, in der Presse und online bekanntgemacht. Rund 30 Personen kommen regelmäßig, in Einzelfällen auch mal 120. Sie entwickeln, diskutieren und koordinieren die Zukunftsprojekte und lösen Probleme. Während der Stammtische gründen sich projektbezogene Arbeitsgruppen. Sie nennen sich unter anderem „Trachtenkapelle“, „Steinbach hilft“, „Steinbacher Persönlichkeiten“ oder „Jurytag“. Die Einzelgruppen schmieden zwischen den Terminen an ihren Projekten und berichten bei den Treffen darüber. So sind alle über die Fortschritte und Schwierigkeiten informiert.

Der Bundeswettbewerb als Schwungrad
Damit ein ganzes Dorf in Schwung kommt, braucht es einen Schubs und positive Vorbilder. Den Anshub hat in Steinbach der Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ gegeben; ein anspruchsvolles Vorbild für den „Steinbacher Aufbruch“ ist der österreichische Namenspaten Steinbach a.d. Steyer, dem mit dem „Steinbacher Weg“ vor 20 Jahren Ähnliches gelang.

Schnell waren viele Steinbacher von der Wettbewerbsteilnahme überzeugt. Nach der Premiere des Zukunftsstammtischs im Mai 2017 packten sie erste Projekte an: Sie erstellten ein Nutzungskonzept

für das Heimatmuseum, stellten Förderanträge und schneiderten eine moderne Variante der Steinbacher Tracht.

Dass sich das ganze Dorf zum Jurytag mit einem zünftigen Fest auf dem Markt präsentiert, stand außer Frage. Schließlich bringt Steinbach das Selbstverständnis mit, als Gemeinschaft sogar Großveranstaltungen wie das Glasbachrennen stemmen zu können. Steinbach bereite der Jury ein eindrucksvolles Fest – so eindrucksvoll, dass das Dorf den Südthüringer Regionalauscheid für sich entschied.

Der Steinbacher Aufbruch und Pioniergeist

Mittlerweile bekommt Steinbach viel Aufmerksamkeit von den Bürgern der anderen Ortsteile und Nachbargemeinden, von Politikern, ebenso von Vertretern der thüringischen Wirtschaft. Die Steinbacher freuen sich darüber und geben gerne Einblick. Wenn es gelingt, in den umliegenden Ortsteilen und Gemeinden Ähnliches anzustoßen, wäre das ein Gewinn für die ganze Region.

Der Sieg im Regionalauscheid, die Presseberichte und Nachfragen spornen weiter an. Bereits in wenigen Wochen will das Dorf seine Straßenbeleuchtung allein mit Wasserkraft betreiben. Etwa 200 000 Euro kostet dieses ambitionierte Vorhaben. Um das finanziell zu stemmen, haben die Köpfe hinter dem Projekt einen großen Teil des nötigen Geldes über Landes- und EU-Fördermittel eingeworben. Es ist ein Glücksfall für den Ort, dass einer dieser Köpfe Mitglied des Thüringer Landtags ist und sich in der Förderlandschaft bestens auskennt.

Ein Ort, in dem man aufwachsen und alt werden kann

Dem Ort wieder eine Zukunft geben: Das wünschen sich die Steinbacher. Sie wollen nicht nur in ihrem Dorf wohnen, sie wollen es wiederbeleben. Steinbach soll ein Ort sein, in dem man gut aufwachsen, leben und alt werden kann. Darum machen sich die Menschen hier jetzt Gedanken, wie Steinbach sich aufstellen muss, damit es den neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsen ist. Eine große Aufgabe in ihrem „Vitalisierungskonzept“ sehen die Steinbacher darin, ab 2018 die bauliche Dorfstruktur zu erfassen und weiterzuentwickeln. Für all das braucht es großen Willen und Durchhaltevermögen. Beides haben die Menschen in dem Bergdorf und sie sind überzeugt: Steinbach hat Zukunft.

SERVICE:

Informationen zum Regionalwettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ in Thüringen:
www.thueringen.de
Suche: Unser Dorf hat Zukunft



KONTAKT:

Stefanie Kießling
Stadt Bad Liebenstein
Telefon: 036961 361-30
kiessling@bad-liebenstein.de
www.bad-liebenstein.de

Infrastruktur ist nicht alles

Christine Wenzel und ihre Mitstreiter machen seit 13 Jahren das kleine Quetzdölsdorf in Sachsen-Anhalt zu einem bunten Ort. Ihre Devise: Menschen befähigen, ist mindestens genauso wichtig wie Infrastrukturen schaffen. [VON JULIANE MANTE]

Das kleine Quetzdölsdorf mit seinen rund 400 Einwohnern liegt im sachsen-anhaltinischen Nirgendwo zwischen Halle und Bitterfeld. Doch vermutet man Tristesse, liegt man völlig falsch: Das Dorf ist rund ums Jahr Treffpunkt für Jugendliche aus aller Welt. Der Grund für den Trubel: Christine Wenzel und ihre Mitstreiter des Vereins Land.Leben.Kunstwerk e. V.

Gemeinsam Selbermachen

Alles begann mit dem Umzug der Agraringenieurin vor 15 Jahren aus Berlin zurück in ihre Heimat. Aufgewachsen zwölf Kilometer von Quetzdölsdorf entfernt, zog es Christine Wenzel mit ganz bestimmten Ambitionen zurück: „Ich wollte etwas für die Jugendlichen auf dem Land tun, um dem Wegzug etwas entgegenzusetzen und habe den passenden Ort dafür gesucht.“ Um rechtsfähig zu sein, gründete sie 2002 den Verein Land.Leben.Kunstwerk. Nachdem sie und ihre Freunde – eine bunte Mischung aus Einheimischen und Zugezogenen – zunächst einige mobile Jugendkunstprojekte umgesetzt hatten, wurden sie schließlich 2005 in Quetzdölsdorf fündig – das dortige Schloss stand leer, war aber völlig verwahrlost. Nachdem sie es gemietet und mit Geldern aus der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL bewohnbar gemacht hatten, konnte es losgehen. Seitdem dreht sich in Quetzdölsdorf alles um Jugendbildung und internationalen Jugendaustausch. In einem Hochseilgarten mit von Jugendlichen selbst gebauten Baumhäusern können diese Abenteuer erleben und Teamtrainings absolvieren. Im Freiluftatelier können sie Kurse zum Zeichnen, Bildhauen, Mosaiken oder Tanzen belegen oder mit selbstgebauten Flößen den Dorfteich unsicher machen. Alles dreht sich hier um das gemeinschaftliche Selbermachen und Erleben. Der Verein ist als außerschulischer Bildungs- und Praktikumsort etabliert – es gibt Kooperationsverträge mit Schulen und dem paritätischen Bildungswerk, über das angehende Erzieher mit ausgebildet werden. Einmal im Jahr verwandeln die Kunstwerkstätten des zweiwöchigen

Kunstsommers für Kinder und Jugendliche das Dorf in Atelier, Bühne und Spielfeld.

Pfarrhof als neues Zentrum

2006 konnten Christine Wenzel und einige Freunde noch einen Schritt weitergehen: Mit privaten Krediten kauften sie den ehemaligen Pfarrhof in Quetz und sanierten ihn nach und nach mit jeder Menge Eigenleistung und im Rahmen internationaler Baucamps mit Jugendlichen. Der Pfarrhof bietet nun Raum für vieles: Es finden Seminare zur Berufsorientierung statt und regelmäßige Treffen verschiedener Gruppen wie der Frauen im Dorf oder der Ortsbeiräte. Neben drei ausgebauten Wohnungen hat auch die Quetzer Manufaktur dort ihren Platz gefunden. Hier wird vieles, was es in der Umgebung an Obst und Gemüse gibt, zu Aufstrich verarbeitet oder anderweitig konserviert. Erhältlich sind die Produkte dann im Hofladen, der sonntagnachmittags für zwei Stunden geöffnet hat. Das Hofcafé, um dieselbe Zeit geöffnet, bietet Kaffee und von Quetzern selbstgebackene Kuchen und Torten. Die mit LEADER-Mitteln sanierte Pfarrscheune beherbergt auch die Küche, in der die Jugendlichen das, was der große Biogarten hergibt, gemeinsam verarbeiten können. Ein Biogärtner vertreibt einen Teil des Gemüses zusätzlich an verschiedene Kooperativen in Halle. Neben dem Biogarten hat der Verein verschiedene Gärten im Dorf gepachtet, in denen kleine Seminarhäuschen stehen, wo dorfeigene Produkte hergestellt und über den Hofladen vermarktet werden können.

Immer in Bewegung

Der Mietvertrag für das Quetzer Schloss lief 2017 aus. „Aber auch mit dem Pfarrhof als neuem Zentrum sind wir in der Region gut akzeptiert“, sagt Christine Wenzel. Der Weg bis hierher war nicht immer leicht. „In der Anfangszeit haben wir uns mit viel Kreativität durchgehangelte“, erinnert sie sich. Die größte Schwierigkeit waren dabei nicht unbedingt mangelnde Akzeptanz oder fehlende Mitstreiter, sondern die Finanzen. Wenn



In Quetzdölsdorf dreht sich alles um das gemeinschaftliche Selbermachen und Erleben. Der Verein Land.Leben.Kunstwerk e. V. ist als außerschulischer Bildungs- und Praktikumsort etabliert.

Förderung endet, ist dies oft ein brisanter Zeitpunkt, denn dann gehen einige weg und für die Bleibenden ist es schwierig, die trotzdem notwendigen Arbeiten zu schaffen. Immer wieder jedoch und manchmal unerwartet fand sich eine neue Förderquelle. Die jetzige Ebbe vor der nächsten größeren Förderung überbrückt eine Schweizer Stiftung.

Derzeit laufen außerdem wichtige Pachtverträge aus, dies betrifft auch den Hochseilgarten. Deshalb ist der Verein gerade an einem Punkt, an dem er sich neu orientieren muss. Es müssen neue erlebnispädagogische Angebote her, für die er neue Räume braucht. Mit einer alten Hofstelle im Dorf, die er hofft, mithilfe von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds sanieren zu können, wurde er fündig. Hier sollen die Landwirtschaft und das Handwerk in den Fokus der Jugendbildungsarbeit rücken. Demnächst geht außerdem ein Abenteuer-, Bau- und Kochmobil an den Start, damit der Verein mit seinen Angeboten in der Region mobil sein kann.

Vier der Vereinsmitglieder sind nach Quetzdölsdorf gezogen und finanzieren sich mehr oder weniger über Projektgelder. „Das geht, wenn man es will und manchmal eben über Verzicht.“ Ein wenig frustriert ist Christine Wenzel aber manchmal doch, denn Infrastruktur zu bauen, sei für viele Entscheidungsträger immer noch förderungswürdiger als Jugendliche zu befähigen. „Dabei brauchen wir doch die Menschen vor Ort, die bleiben und etwas auf die Beine stellen.“

Verbessern, nicht angleichen

Die Dorfgemeinschaft war von Anfang an zugewandt, ein Großteil nimmt heute an den Aktivitäten teil oder beteiligt sich mit eigenen Ideen und Projekten. Beispielsweise am einmal im Jahr stattfindenden, gut besuchten Tag des Offenen Dorfes, an dem jeder Quetzer, der es möchte, seine Türen den Besuchern aus der Region öffnet und zeigt, was es Neues bei ihm gibt. Die



Bezeichnung „turbointegriert“ habe sie schon häufiger über sich gehört, schmunzelt Christine Wenzel, die seit 2016 Ortsbürgermeisterin von Quetzdölsdorf ist. Auf die Frage, was es noch braucht, um mit kreativen Projekten wie ihren den ländlichen Raum zu bewegen, antwortet sie: Dass die Förderung immer bürokratischer und die Bearbeitungszeiten der Förderanträge immer länger werden, sei verstörend. Bis das Geld fließe, sei schon so mancher kleinen Initiative die Luft ausgegangen. Hier bräuchte es Möglichkeiten zur Vorfinanzierung. Und: Der Blick aufs Land sei immer der städtische. Dabei wolle man keine Angleichung an die Lebensverhältnisse der Stadt, sondern einzelne spezifische Verbesserungen. Eine förderunabhängige Stelle auf regionaler Ebene wäre hilfreich, die diese eruiert und versucht umzusetzen.



KONTAKT:

Christine Wenzel
Land.Leben.Kunst.Werk. e. V.
Telefon: 034604 25178
info@landlebenkunstwerk.de
www.landlebenkunstwerk.de



Auf die lange Geschichte des Kirschendorfs weist das neue Schild am Ortseingang von Gellersen hin.

Das Dorf mobilisiert

Zunächst waren es Visionen bei einem Thekengespräch. Inzwischen bringt im Kirschendorf Gellersen eine Zukunftswerkstatt regelmäßig die Dorfbewohner zusammen, um gemeinsam Aufgaben anzupacken. [VON ANDREA BIRRENBACH]

Wer im niedersächsischen Gellersen eine Mitfahrgelegenheit braucht, ruft nicht etwa ein Taxi oder sucht im Internet nach einer Fahrgemeinschaft. Die Gellerser schauen auf die dorfeigene Fahrdienstliste. Sie listet alle Bürger auf, die sich bereiterklärt haben, andere von A nach B zu bringen. Die Liste ist eines der Ergebnisse der „Zukunftswerkstatt“ – so nennt sich eine Gruppe von Bürgern, die sich vor drei Jahren in Gellersen zusammengefunden hat, um ihr Dorf lebenswerter zu machen.

Begonnen hat der Prozess mit einem Thekengespräch nach der Jahreshauptversammlung der Feuerwehr Anfang 2015 im Dorfgemeinschaftshaus. Dabei kam die Diskussion auf das Thema Zukunft. Die Runde fragte sich: Wie könnte Gellersen in 20 Jahren aussehen? Wie mobil sind die Bürger dann? Wird es noch mehr Leerstand geben? Klaus Nagel, Leiter einer

Jugendhilfeeinrichtung, diskutierte damals mit Beate Kimpel-Groppe, Kauffrau im Groß- und Außenhandel: Er fand die Visionen eines neuen Dorfes, in dem sich die Generationen gegenseitig unterstützen, so inspirierend, dass er Dr. Thomas Forche davon erzählte. Forche hatte viele Jahre in der Regionalentwicklung gearbeitet und interessierte sich für die Ideen, weil er sich – nun im Ruhestand – für das eigene Dorf engagieren möchte. Zusammen bilden sie seitdem den harten Kern der Bürgerinitiative, die sich „Zukunftswerkstatt“ nennt. Ihr Ziel ist, die Bürger in ihrem 200-Einwohner-Ort im Weserbergland zusammenzubringen, das Kulturangebot zu vergrößern und den Ort attraktiver zu machen.

Dorfbefragung und Ideenaustausch

Mit einer Dorfbefragung starteten die drei im Mai 2015 ihre Aktivitäten.

Sie klingelten bei jedem der rund 100 Haushalte und fragten die Bewohner, was ihnen im Dorf wichtig ist und was sie sich wünschen. Die Liste mit etwa 60 Wünschen, die dabei entstand, bildete die Diskussionsgrundlage für einen ersten Ideenaustausch mit knapp 60 interessierten Bürgern im Juli 2015. Vor allem die Problematik der eingeschränkten Mobilität stand weit oben auf der Agenda. „Spontan haben sich acht Personen aus unserem Dorf bereit-erklärt, andere zu fahren“, sagt Beate Kimpel-Groppe. Seitdem hängt in den Gellerser Haushalten die ehrenamtliche Fahrdienstliste mit den täglichen Routen der Berufstätigen; auch die Rentner sind benannt, die Zeit und Lust haben, Kinder zum Sport fahren oder ältere Menschen zum Arzt zu bringen.

Beim ersten Ideenaustausch wurden darüber hinaus zahlreiche Aufgaben

im Dorf verteilt: an Eigentümer von Flächen, an Vereine, an die Gemeinde, an die Mitglieder der Zukunftswerkstatt. „Dieses Treffen hat viel länger gedauert, als wir dachten. Die Leute wollten gar nicht mehr weg, sondern haben begeistert mitgemacht“, erinnert sich Klaus Nagel. Bei den mittlerweile etablierten Dorffrühstücken, die sich aus diesem ersten Ideenaustausch entwickelt haben und nun zweimal jährlich stattfinden, wird besprochen, ob die Aufgaben zufriedenstellend erledigt wurden und ob neue anstehen. Zum letzten Dorffrühstück waren 75 der rund 200 Einwohner gekommen.

Mittlerweile haben sich neben der Zukunftswerkstatt auch Themengruppen gebildet, etwa zu „Mobilität“, „Angeboten für Kinder und Jugendliche“, „Natur/Umwelt/Ökologie“, „Soziales/Aktivitäten“ und „Naherholung und Tourismus“. Einwohner, die sich nicht in diese Gruppen einbringen, finden andere Wege, der Zukunftswerkstatt mitzuteilen, was sie umtreibt. „Die persönliche Ansprache hat sich mittlerweile selbstständig“, sagt Nagel. „Egal, wohin wir unterwegs sind, wir werden angesprochen: ‚Gibt’s wieder was Neues von der Zukunftswerkstatt? Kommt doch mal rein!‘“ Beate Kimpel-Groppe sieht maßgeblich im persönlichen Kontakt den Erfolg der Aktivitäten der Zukunftswerkstatt. „Es ist daher für uns ein ganz großes Bedürfnis, jeden Bewohner persönlich anzusprechen.“

Nagel ist sich sicher, dass die Zukunftswerkstatt auch deshalb als Sprachrohr ernstgenommen wird, weil sie nicht nur aus Altbürgern, sondern vor allem aus „Zugezogenen“ besteht. Zwar ist es bereits 24 Jahre her, dass Nagel nach Gellersen zog, doch das Image des „Neuen“ werde er nicht los. Der Vorteil: Die Mehrheit der Einwohner versteht die Zukunftswerkstatt als objektiv – ein großes Gut, denn in Gellersen gibt es, wie wahrscheinlich fast überall, Fehden und Streitereien unter einigen Alteingesessenen. Schon

beim ersten Ideenaustausch sei der positive Effekt der gemischten Zusammensetzung der Zukunftswerkstatt spürbar gewesen: Es waren auch diejenigen gekommen, mit denen die Initiatoren aufgrund ungelöster Streitigkeiten nicht gerechnet hatten. „Es gibt aber natürlich in jedem Ort auch Personen, die grundsätzlich gegen alles sind“, so Kimpel-Groppe. „Ich werfe unseren Infobrief trotzdem in jeden Briefkasten. Es soll später nicht heißen: ‚Wir haben von nichts gewusst, bei uns war keiner.‘“

Gellersen lädt ein

Aus den bisherigen Treffen sind zahlreiche Aktivitäten erwachsen. Dazu gehören das Kinderferienprogramm mit Bildungsangeboten, der Spieltreff für Jung und Alt und der Höfeflohmarkt. 2016 fand er zum ersten Mal auf fünf Bauernhöfen des Orts statt, Vereine und Institutionen präsentierten an 25 Ständen ihr Angebot und verkauften allerlei. „Standgebühr“ war ein Pfund Kaffee oder selbstgebackener Kuchen. Die 45 Kuchen und Torten waren gegen 14:30 Uhr aufgegessen, etwa 400 Bratwürstchen schon um 11 Uhr vormittags gegrillt – die Nachfrage war groß, da rund 1 000 Besucher nach Gellersen strömten. Mit diesem Erfolg hatte die Zukunftswerkstatt nicht gerechnet. Alle zwei Jahre soll es den Höfeflohmarkt nun geben – beim nächsten Mal mit größerem kulinarischem Angebot.

Im Mai 2017 luden die Gellerser rund 40 Akteure aus der LEADER-Region Westliches Weserbergland zu sich ein. Im Rahmen des „Aktions-tags DorfErleben“ stellten sie bei einem Dorfspaziergang die Zukunftswerkstatt und ihr Dorf vor. Ein gemeinsames Projekt mit der LEADER-Region wird momentan angedacht: Die Radwege der Region sollen für E-Bikes ausgebessert werden. Eine weitere Idee der Gellerser ist, die Radwege durch ihren Ort an den bekannten Weserradweg und den Hellwegradweg anzubinden, der bis in die Niederlande führt.

Dadurch sollen mehr Rad-Touristen durch den Ort kommen.

Zudem suchen die Gellerser momentan nach einer Partnergemeinde in den Niederlanden, um sich zu vernetzen. Dass die Wahl auf die Niederlande fiel, hängt mit Jelmer Polman zusammen: Er ist Niederländer und hat dort gemeinsam mit Kim Forche Physik studiert. Die beiden 26-Jährigen sind seit über einem Jahr Mitglieder der Zukunftswerkstatt und betreuen beispielsweise die Facebook-Seite. Sie haben sich bewusst für das Landleben entschieden und sind in einen leerstehenden Bauernhof in Gellersen gezogen, den sie nun renovieren. Kim Forche hofft, dass sich durch die neuen Aktivitäten in Zukunft auch junge Menschen für ihr Heimatdorf interessieren.

Alles in Eigenregie

Fördermittel für Projekte in ihrem Dorf beantragen die Gellerser nicht. Sie bevorzugen kleine Projekte, die sie in Eigenregie managen. Um Touristen und auch die eigene Bevölkerung im Ort willkommen zu heißen, haben sie beispielsweise neue Ortsschilder aufgestellt, die den Ortsnamen und das Gellerser Wappen mit Kirschbaum zeigen. Auf diese Weise machen sie auf die Geschichte des Kirschendorfs aufmerksam, das bis in die 1950er-Jahre aufgrund seiner Lage im Tal für eine üppige Kirschenerte bekannt war. „So etwas ist uns viel lieber als große Projekte, denn wir haben keine Lust, umfassende Anträge auf Förderung zu stellen“, sagt Klaus Nagel. „Wir fragen uns stattdessen: Was können wir selbst tun, damit sich hier etwas bewegt?“



KONTAKT:

Zukunftswerkstatt Gellersen
zukunftswerkstatt-gellersen@mailbox.org
www.facebook.de/Kirschendorf

Dorfentwicklung braucht Tische

Weil sie ihre Schule retten wollten, kamen Bürger aus dem niedersächsischen Oberndorf auf eine ausgefallene Idee – und setzten sie um. Die Dokumentarfilmerin Antje Hubert hat sie dabei begleitet. Ihr Film kann anderen Dörfern Impulse geben.

[VON ANJA RATH]

Die Vorführung eines ihrer Filme verschlug Filmemacherin Antje Hubert 2013 eher zufällig ins niedersächsische Oberndorf. Der Kampfgeist der Dorfbewohner angesichts örtlicher Probleme imponierte ihr. Zwei aus der Stadt zugezogene Frauen lernte sie besser kennen. „Die beiden stellten sich damals Fragen, die auch mich bewegten: Wie wollen wir eigentlich leben? Und inwiefern können wir selbst gestalten, wie die Welt, in der wir leben, aussehen soll?“, erinnert sie sich. Fasziniert habe sie, dass in Oberndorf nicht gejamert werde. „Die Leute bemühten sich trotz aller Niederlagen um die Lösung ihrer Probleme und ließen sich dabei auch auf die Expertise von Auswärtigen ein.“

Die Oberndorfer gründeten 2013 die Ostewert AG – eine Bürgeraktiengesellschaft, die in regionale Projekte investiert. Das Projekt, mit dem alles begann, war der Bau einer Biogasanlage, die zu 100 Prozent mit Gülle aus der Region betrieben wird und deren Abwärme eine Aquakultur mit afrikanischen Welsen ermöglicht. Ein Stück des Weges der Protagonisten aus Oberndorf hat Antje Hubert in dem 90-minütigen Film „Von Bananenbäumen träumen“ dokumentiert.

Oberndorf

Das Dorf liegt im ländlichen Niedersachsen und hat rund 1 400 Einwohner. Einer von ihnen ist Bert Frisch,

Marketing-Chef im Ruhestand und inzwischen Pressesprecher der Ostewert AG. Ein anderer ist Jörn Nagel, Busfahrer und Landwirt, der sich wegen des Höfesterbens in der Region sorgt. Auf seinem Hof steht heute die Biogas- und Fischzuchtanlage. Neue Ideen brachten auch zwei Zugezogene aus der Stadt ein: Die Designerin Sibyll Amthor – sie ist inzwischen zurück nach Bremen gezogen – und die Grafikerin Barbara Schubert. Schubert ist eine der Eigentümer der gemeinschaftlich geführten „Kombüse 53° Nord“, eine kleine Kulturkneipe und Keimzelle der Dorferneuerung. Seit 2011 trifft sich hier einmal im Monat eine überschaubare Zahl von Aktiven zum „Oberndorfer Forum“.

Rückblick: Im Jahr 2012 erwägt die Samtgemeinde „Am Dobrock“, der Oberndorf von 1970 bis 2016 angeschlossen war, die Grundschule des Ortes zu schließen, um den Haushalt zu entlasten. In der Kombüse 53° Nord überlegt man: Wenn Oberndorf finanziell unabhängig wäre, könnte es Projekte selbst finanzieren – und damit auch die Schule erhalten. Aber wie wird ein Dorf wirtschaftsfähig? Eine Antwort darauf findet die mit privaten Geldern finanzierte „be solutions GmbH“ aus Berlin. Ihr Konzept: Mit der Gülle aus der durch Milchviehwirtschaft geprägten Region lässt sich Strom und Wärme gewinnen. Die Wärme könnte eine Aquaponik-Anlage heizen, die sich in einem Kreislaufsystem mit dem

Anbau exotischer Früchte kombinieren lässt. Endprodukte wären Fische, Bananen sowie Dünger. Die Idee ist ausgefallen – und sie inspiriert: Die Oberndorfer lassen sich auf das Vorhaben ein und gründen die Ostewert AG.

Dann entscheidet der Rat der damaligen Samtgemeinde 2014 die Grundschule tatsächlich zu schließen. Der Beschluss ruft Bestürzung hervor, aber er schweißt die Dorfgemeinschaft auch zusammen. „Das war wie früher bei der Deichverteidigung“, sagt Bert Frisch. Wenn das Meer bei Sturm das Dorf bedrohte, fassten alle an, vom Knecht bis zum Deichgraf. Es gelingt den Aktiven, in der ehemaligen Schule die „Kiwitte“ zu etablieren – ein ehrenamtlich getragenes Angebot von Nachmittagsbetreuung und Mittagessen, das inzwischen rund 50 Kinder nutzen. Und sie halten die mit dem Aquaponik-Projekt begonnene Dynamik aufrecht. Ein Motivator ist dabei Markus Haastert, Projektentwickler von be solutions und heute im Vorstand der Ostewert AG. Er kann Landwirte aus der Region für das Vorhaben gewinnen: Die Ostewert AG bezieht jährlich 500 bis 1 000 Kubikmeter Gülle, die Landwirte bringen sich mit hohen fünfstelligen Beträgen ein. Mit einem Basiskapital von 375 000 Euro beantragt die Bürger AG das Bauprojekt. Sie muss einen langen Atem haben, denn das Genehmigungsverfahren zieht sich über ein Jahr hin. Im Frühjahr 2016



feiert der Ort Richtfest. Bis heute hat die Ostewert AG rund zwei Millionen Euro in ihre Projekte investiert. Etwa 20 000 Kubikmeter Gülle verarbeitet sie pro Jahr, der Strom der fertigen Biogasanlage wird eingespeist, die Fischzucht produziert zwischen 700 und 1 000 Tiere je Woche und es gibt einen Fischladen. Acht Arbeitsplätze sind entstanden.

Es gibt weitere Aktionen im Dorf. „Aktuell laufen über 20 Projekte“, sagt Bert Frisch. Eine, insbesondere von zwei jungen Oberndorfern angetriebene, Bürgerinitiative will die Schule ins Dorf zurückholen. Das Engagement wirkt nach innen und außen, drei junge Familien sind neu in den Ort gezogen. Dort kennt man beides: Erfolge aber auch Rückschläge, dass Entwicklungsprozesse langwierig sein und Einzelne ermüden können. Die Geschichte der Ostewert AG kann Mut machen.

Impulse aus dem Kino

Im März 2017 wurde „Von Bananenbäumen träumen“ erstmals in Kinos ausgestrahlt. Antje Hubert hat ihn zudem auf acht Festivals präsentiert. Sie möchte, dass er dort gesehen wird, wo er etwas bewegen kann: auf dem Land. Im vergangenen Jahr zeigte sie ihn in über 100 kleinen und großen Orten in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Häufig folgte anschließend eine Diskussion. Mit dabei waren dann auch des Öfteren Protagonisten aus dem Film. Wie Bert Frisch und

seine Frau Marlene, die bisher neun Mal mitdiskutierten. Antje Hubert kann sich für die ideenreichen Aktivitäten in den Dörfern begeistern. Und immer wieder, so ihr Eindruck, gehen neue Impulse von langen Tischen aus. „Dörfer brauchen gemeinschaftliche Orte, wie die Kneipe im Film, als Treffpunkt für regelmäßigen Austausch wilder Ideen und für gemeinschaftliche Teilhabe an konkreten Projekten, aber auch als Ort, wo man es sich gut gehen lassen kann bei leckerem Essen und Kulturprogramm“, sagt sie.

Solche Treffpunkte eigneten sich auch für eine Filmvorführung: Für Orte ohne eigenes Kino hat Antje Hubert ein „Dorfkino-Paket“ entwickelt. Die Preise für die Dienstleistungen hat sie nach Zuschauerzahlen gestaffelt, als Fixkosten fallen den lokalen Veranstaltern die Lizenz- und Gema-Gebühren an. In Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern bieten die dort aktiven „Mobilen Kinos“ einen Komplett-Service an. Ein Eindruck von Antje Huberts erster Kinotour durch Niedersachsen war, dass sich in immer mehr Dörfern die Einwohner fragen, was sie tun können, um das Gemeinwohl selbst in die Hand zu nehmen. „Diese Selbstermächtigung ist für unsere Gesellschaft ein ermutigendes Zeichen, braucht aber auf Dauer den kritischen Diskurs, damit es ein demokratischer und für alle Menschen offener Prozess bleibt“,

sagt sie. „Und man darf die Politik von oben nicht aus der Verantwortung entlassen.“

Auch deshalb ging eine Kinotour mit Unterstützung der Behörden in Aktiv-Regionen Schleswig-Holsteins und es waren politische Entscheider eingeladen. Ein besonderer Gast war Umweltminister Robert Habeck, der die Diskussionsrunde im Kino in Rendsburg eröffnet hat. „So kann der Film auch politische Impulse setzen und Diskussionen befruchten“, hofft Antje Hubert. „In Oberndorf hat er einen gewaltigen Pressehype ausgelöst“, sagt Bert Frisch. „Den Oberndorfern selbst hat er weiteren Auftrieb gegeben, noch mehr Mut gemacht zu noch mehr Projekten.“ Wie die Gründung der neuen Schule: Im August 2018 wird sie eröffnen.

- 1 Auf dem Weg zur Biogas-Anlage mit Wels: die Akteure aus Oberndorf beim ersten Spatenstich
- 2 Sommerkino im niedersächsischen Estorf: Antje Hubert will ihren Film in Dörfer bringen, um gemeinsame Diskussionen in Gang setzen.

SERVICE:

Informationen zum Film, Verleih-Service, Porträts, Statements und Links: www.vbbt-derfilm.de

Mehr zu den Oberndorfern: www.die-oberndorfer.de



KONTAKT:

Ostewert AG
Telefon: 04772 8799820
info@ostewert.ag
www.ostewert.ag

Entwicklungen moderieren

Dorfentwicklung ist mehr, als in Bausubstanz zu investieren: Es geht auch um das Gemeinschaftliche, um soziale und gesellschaftliche Aspekte. Ein „Kümmerer“ kann die Menschen dabei unterstützen, die Entwicklung ihres Dorfes selbst in die Hand zu nehmen. [VON MORITZ KIRCHESCH UND ANJA RATH]



Dorfgemeinschaften werden häufig ehrenamtlich getragen. So hat Regionalmanagerin Marion Klein durchaus Vorbehalte wie „Wann sollen wir das denn noch machen?“ oder „Der Aufwand ist mir zu groß!“ gehört, als es 2017 in der hessischen LEADER-Region Lahn-Dill-Bergland um die neue Fortbildung „Dorfaktivisten“ ging. Doch letztendlich interessierten sich mehr für die Schulung zu Methodenkompetenzen, als Plätze zur Verfügung standen – und die Resonanz der Teilnehmer war durchweg positiv. Bundesweit gibt es inzwischen viele Ansätze zur Moderation von Dorfprozessen, die häufig auch gefördert werden. Seit 2017 ist die Dorfmoderation im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) förderfähig.

Vielfältige Methoden

Dabei kann eine Dorfmoderation unterschiedlich strukturiert sein. In Rheinland-Pfalz und Hessen moderieren externe Berater Beteiligungsprozesse im Rahmen der Dorfentwicklungsförderung. In der „Schule der Landentwicklung“ Mecklenburg-Vorpommerns diskutieren Experten der Universität Rostock mit Bürgern in den Dörfern über Probleme und entwickeln Lösungsstrategien. An dem Ort setzt man wie im Lahn-Dill-Kreis darauf, die Akteure vor Ort selbst zu schulen, um einen Entwicklungsprozess aus der Dorfgemeinschaft heraus zu starten. Das Ziel aller Ansätze ist, das Engagement, die Eigenverantwortung und die Eigeninitiative im Dorf zu aktivieren. Und es geht darum, Dialogprozesse zu moderieren.

Beispiel: Region Oberberg

Im Oberbergischen Kreis in Nordrhein-Westfalen gibt es seit 2009 die „Zukunftswerkstatt Dorf“. An fünf halben Tagen können jeweils zwei bis drei Personen aus fünf Dörfern teilnehmen. Sie tagen reihum in den Orten: Ortsrundgänge mit dem Bürgermeister gehören zum Konzept, ebenso die Bewirtung der Teilnehmer durch die jeweils gastgebende Dorfgemeinschaft. Die Teilnahme ist kostenlos. Vermittelt werden Techniken zur Kommunikation, Moderation und um Ideen zu entwickeln; es gibt Informationen zu Ansprechpartnern, Institutionen und Fördermöglichkeiten – und am Ende ein anerkanntes Bildungszertifikat, das der Landrat persönlich überreicht. Das Ziel des Kreises: Dörfer können sich selber helfen und demografiebedingte Veränderungen systematisch

planen und steuern. Die Fortbildung zeigt Früchte, beispielsweise einen genossenschaftlichen Dorfladen in Wipperfurth-Thier, ein Dorfbüro in Reichshof-Mittelagger und Dorfzeitungen in vier verschiedenen Kommunen. Zudem geht es um die Vernetzung der Dörfer: Die Weiterbildung ist in einen strategischen Rahmen eingebettet, dem kreisweiten Dorfmanagement der LEADER-Region „Oberberg: 1000 Dörfer – eine Zukunft!“.

Unterstützung vom Land

Auch in Niedersachsen vertritt man den Grundgedanken, dass aktive Dorfgemeinschaften sich selbst erneuern können – und dass dieser Prozess kein Selbstläufer ist, der automatisch von den in Dörfern vorhandenen Strukturen und Akteuren getragen wird. Das Land hat deshalb die Dorfmoderation als Förderbestandteil in der Dorferneuerung aufgenommen: Kofinanziert aus Mitteln der GAK kann eine Förderung für eine Prozessbegleitung durch entsprechend qualifizierte Anbieter beantragt werden. Zudem hat die Dorfmoderation von Akteuren aus dem Dorf an Bedeutung gewonnen: In dem vom Land Niedersachsen geförderten und wissenschaftlich begleiteten Modellvorhaben „Dorf ist nicht gleich Dorf“ untersuchen vier Landkreise, welche Faktoren Dörfer prägen und welche Methoden für eine erfolgreiche Moderation von Dorfprozessen geeignet sind. Dabei wurde 2017 landesweit eine Qualifizierung zum Dorfmoderator angeboten – für politisch und ehrenamtlich Tätige, aber auch für Bürger, die sich für ihr Dorf engagieren wollen.

SERVICE:

Eine Linkliste zum Thema finden Sie unter:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorfmoderation



KONTAKT:

Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de

In vielen kleinen Schritten



Mit vielfältigen Projekten engagieren sich „Raumpioniere“ für ihre ländliche Heimat. Was sie brauchen, sind Wertschätzung und unabhängige Beratungsangebote.

Elke Annette-Schmitt ist Fachreferentin beim Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern (MV) und begleitet das Entwicklungsprogramm für den Ländlichen Raum in MV unter Gleichstellungsaspekten.
www.landesfrauenrat-mv.de

Frau Schmidt, der Landesfrauenrat MV hat die Wanderausstellung „Raumpioniere in MV gesucht ...“ konzipiert. Was war Ihr Beweggrund?

Das Thema Daseinsvorsorge auf dem Land liegt in unserem ureigenen Interesse, denn wir wollen die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben im ländlichen Raum stärken. Wir haben festgestellt, dass es viele Studien zur Daseinsvorsorge auf dem Land gibt, uns fehlte aber der Blick auf die Umsetzung. Was gibt es vor Ort, ungesteuert von staatlichen Vorgaben oder Strukturen? So entstand die Idee zur Wanderausstellung, die engagierte Menschen im ländlichen Raum vorstellt. Einen Großteil der Kosten übernahm die Friedrich-Ebert-Stiftung, neben der Ehrenamtsstiftung, unserem Eigenanteil und ganz viel ehrenamtlicher Arbeit unsererseits. Seit November 2017 ist die Ausstellung jetzt unterwegs, überwiegend auf Veranstaltungen oder Kreistagssitzungen.

Bei Ihrer Arbeit sind Sie auf viele Frauen und Männer gestoßen, die sich im ländlichen Raum engagieren. Nach welchen Kriterien haben Sie die vorgestellten Raumpioniere ausgewählt?

Über eine Postkartenaktion in unseren Mitgliedsverbänden und auf Veranstaltungen sowie über die Ehrenamtsstiftung haben wir über 100 Tipps erhalten und ausgewertet. Dabei spielten verschiedene Kriterien eine Rolle: Die Ausstellung sollte zum einen die vielfältigen Handlungsfelder widerspiegeln – wie Kunst und Kultur, Gesundheit, Mobilität und Nahversorgung, aber auch eine breite regionale Ausrichtung sowie unterschiedliche Finanzierungsformen. Zum anderen kam es auf die soziale Komponente an – beispielsweise, dass lokale Kooperationen entstanden sind. Wichtig war auch, dass die Erfahrungen anderer Akteuren helfen können. Wir haben zunächst eine Grobauswahl getroffen und sind dann noch einmal zu den Menschen vor Ort gefahren. Manche von ihnen wollten gar nicht vorgestellt werden. Das Ergebnis waren schließlich 14 Beispielprojekte und ihre Initiatoren.

Was eint diese Menschen in ihrer Persönlichkeit?

Es ist vor allem ihre Suche nach Veränderung und ihr Wille, Verantwortung zu übernehmen, nach dem Motto: „Wir wollen, dass hier etwas anders wird und machen das selber.“ Das tun sie in der Regel gemeinsam mit anderen und sind regional sehr gut vernetzt. Sie tun nichts Aufgesetztes, was gerade in irgendein Förderprogramm passt, sondern sind sehr nah an den Notwendigkeiten dran. Gleichzeitig suchen sie Freiräume und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung. Dabei entwickeln sie eine ungeheure Energie, Ausdauer

und Hartnäckigkeit. Durch ihre positive Einstellung machen sie anderen Mut.

Mit welchen Schwierigkeiten haben diese Menschen Ihrer Erfahrung nach hauptsächlich zu kämpfen und welche Unterstützung wünschen sie sich?

Häufig stoßen sie anfangs auf wenig Akzeptanz, müssen viel Skepsis überwinden und die Leute dafür begeistern, etwas Neues zu tun. Besonders schwierig – aber genauso wichtig ist es beispielsweise, Unterstützer in der Region zu finden und Entscheidungsträger zu gewinnen. Um sich dabei nicht entmutigen zu lassen, muss man in vielen kleinen Schritten denken können, sich viele kleine Erfolgserlebnisse schaffen und sehr geduldig sein. Schwierig ist es auch, sich die finanziellen Grundlagen für das Engagement zu schaffen. Deshalb wünschen sich viele eine förderunabhängige Fördermittelberatung und -begleitung sowie einen Topf zur Vor- oder Zwischenfinanzierung von Projekten, bevor die beantragten Fördergelder fließen. Viele Projekte erreichen außerdem irgendwann eine Größe, die über das ehrenamtliche Engagement nicht mehr zu stemmen ist. Dann braucht es professionellere Strukturen. Ganz wichtig ist aber auch öffentliche Anerkennung, denn sie ist ein Kraftquell der Raumpioniere!

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.

„
Öffentliche
Anerkennung
ist ein
Kraftquell der
Raumpioniere.“



1



2

Wertvoller Abfall

Ein österreichischer Milchbauer sammelt Biomüll und deckt mit dem daraus produzierten Kompost den Stickstoffbedarf seines Betriebs. [VON ROMAN MUSCH]

Es ist Mittwochmorgen im oststeirischen Rohrbach, nur ein weißer Müllwagen stört die Ruhe. Wie jede Woche leert Peter Ringhofer-Rechberger die Biomülltonnen des Ortes. Auf den ersten Blick nichts Besonderes, könnte man meinen – lediglich der Müllwagen ist etwas klein geraten. Das Außergewöhnliche am Biomüll-express ist aber nicht der LKW, sondern der Fahrer: Peter Ringhofer-Rechberger ist eigentlich Milchbauer. Seit seinem Meisterkurs vor knapp 20 Jahren ließ ihn das Thema Kompostierung nie mehr so richtig los. 2012 begann er, professionell Biomüll zu veredeln. Heute entsorgt und verwertet er den Abfall von 380 Haushalten, die in den Ortskernen der drei österreichischen Gemeinden Friedberg, Dechantskirchen und Rohrbach liegen. Er wird für die Entsorgung bezahlt und erhält durch die Kompostierung einen wertvollen Dünger für seinen Milchviehbetrieb.

Von der Gemeinschaft zum Einzelunternehmer

An diesem Tag hat er 240 Mülltonnen ausgeleert. Den Biomüll lagert er auf seinem Kompostplatz abseits aller Wohnhäuser. Zusammen mit anderen Bauern kompostierte er bis 2006 nur Stallmist. Dann ergab sich die Möglichkeit, den Biomüll der Heimatgemeinde Friedberg zu verwerten. Der Bauer, der das bislang machte, ging in Pension. Peter Ringhofer-Rechberger fasste kurzfristig den Entschluss, den Betriebszweig auszubauen, und nahm auch Geld dafür in die Hand. Letztlich bekam er die Genehmigung für die Kompostierung für eine Laufzeit von 15 Jahren.

50 000 Euro investierte er in den asphaltierten Kompostplatz mit Auffangbecken für das abfließende Wasser. Auflage war eine acht Zentimeter dicke Asphalt-schicht, auf die nochmals vier Zentimeter Spezialasphalt

aufgebracht werden mussten, damit Rissfestigkeit und Dichtheit gewährleistet sind.

Auflage ist auch, dass der Kompost während des Prozesses nach dem Wenden mindestens dreimal über 60 Grad Celsius erreicht. „Damit werden Keime abgetötet wie bei der Pasteurisierung. In der Regel ist das überhaupt kein Problem. Da muss man eher aufpassen, dass die Miete nicht zu heiß wird“, beschreibt der Experte. „Nur, wenn es extrem kalt ist, kann die Kompostierung stehen bleiben. Das ist diesen Winter einmal passiert, als die Temperaturen über Wochen im Minusbereich lagen.“

Der Kompost wird jährlich beprobt, was den Bauern 800 Euro kostet. Untersucht wird die gesundheitliche Unbedenklichkeit, also ob Kolibakterien oder Salmonellen vorkommen. Zudem sind natürlich Nährstoffgehalt und eventuelle Schwermetallrückstände wichtige Parameter.

Verunreinigungen als Herausforderung

2016 hat er aus 1 700 Kubikmeter Rohmaterial 450 Kubikmeter Kompost erzeugt. Bevor er den Kompost ausbringen darf, müssen Verunreinigungen wie Plastik oder Metall herausgesiebt werden. Das Sieben geschieht einmal im Jahr und wird als Dienstleistung zugekauft. Eigentlich müsste das Substrat auch noch durch einen Windsichter geschickt werden, um feine Plastikteile abzuscheiden. „Diesen Vorgang kann ich mir aber sparen, weil ich einen sehr sauberen Biomüll habe“, lobt er die Bewohner seiner Gegend.

Der saubere Müll war aber keine Selbstverständlichkeit. „Ich habe mir meine Leute ein wenig erzogen. Die

1 Für das Aufsetzen der Miete braucht Ringhofer-Rechberger einen Tag. Nach sechs Wochen ist der Kompost fertig.

2 Für das Sammeln des Abfalls hat sich der findige Landwirt im Vorjahr einen gebrauchten Müllwagen angeschafft. Der lief zuvor in Marseille.

meisten kennen mich persönlich und ich erkläre ihnen gerne, was sie in die braune Tonne geben können und was nicht, wenn ich sie antreffe. Aber auch die Gemeinde weist noch einmal gesondert darauf hin.“

Die speziellen Biomüllbeutel aus Maisstärke, die man im frischen Biomüll hier am Platz häufig sieht, verrotten laut Ringhofer-Rechberger problemlos. Aber natürlich finden sich in der braunen Tonne auch mal andere Dinge, wie die Bierdose, die er gleich aufhebt und in eine Restmülltonne am Ende der Miete wirft.

Traurig findet es der Landwirt, wenn er volle Milchpackungen oder originalverpackten Salat im Müll findet. „Dass die Verpackung nicht in die Tonne gehört, stört mich dann weniger als die Verschwendung von Produkten, die wir Landwirte produzieren und oft zu niedrigen Preisen verkaufen müssen“, bedauert der Milchbauer.

Saisonale Unterschiede

Im Sommer sammelt er einmal pro Woche, weil dann auch Gartenabfälle dazukommen. Im Winter fährt er nur alle zwei Wochen die Gemeinden ab.

Für das Aufsetzen der Miete mit einem Hoflader braucht Ringhofer-Rechberger einen Tag. Die Kompostierung selbst dauert sechs Wochen, wobei die ersten zwei Wochen die meiste Arbeit bedeuten. „Ich setze insgesamt sechs- bis siebenmal um, 90 Prozent davon in den ersten zwei Wochen. Wann ich durchmische, bestimme ich über die Temperatur im Inneren der Miete“, erzählt der Biomüllverwerter.

Ein Vlies schützt vor oberflächlicher Austrocknung und Auswaschung durch Niederschläge. Wenn der Kompost zu trocken wird, gießt er ihn mit Wasser aus dem Auffangbecken. Derzeit muss es noch jedes Mal per Hand abgedeckt und anschließend wieder über die Miete gezogen werden, aber mit seinem Sohn Roman bastelt er an einer Eigenbaulösung für diese Arbeit.

Eine Herausforderung ist die sich ständig verändernde Zusammensetzung des Rohmaterials. Im Winter sind hauptsächlich Lebensmittelabfälle im Biomüll, im Sommer ist viel Grünschnitt dabei. Trotz jahrelanger

Erfahrung: „Jede Miete ist anders und ich muss ständig dazulernen“, sagt Peter Ringhofer-Rechberger. Er besucht aktuell einen Kompostkurs und bildet sich auch an der Humus-Akademie der Ökoregion Kaindorf weiter.

Sauberer Schnitt

Etwa 19 Arbeitsstunden pro Woche nimmt der Betriebszweig im Jahresschnitt in Anspruch. Er sorgt bei den schwächelnden Milchpreisen aber für die Hälfte des Betriebseinkommens. Für die Müllverwertung erhält Ringhofer-Rechberger je Tonne Gewicht 42 Euro. Von den Gemeinden kassiert er für die Müllabholung zudem 2,73 Euro pro Entleerung. Daher denkt er auch intensiv über einen weiteren Ausbau nach, damit er zwei Mieten gleichzeitig führen kann. Entscheidend dafür ist auch, dass sich sein 18-jähriger Sohn Roman die Arbeitszeit bei seinem außerlandwirtschaftlichen Arbeitgeber so einteilen kann, dass er ihn im Milchviehbetrieb entlasten kann.

Gewinn für Boden und Image

Kompost ist der wertvollste Wirtschaftsdünger. Er fördert den Humusaufbau und somit die Bodenfruchtbarkeit, bedeutet umgekehrt aber auch Arbeit und Investitionen in die Technik. Was den Betrieb von Peter Ringhofer-Rechberger so besonders macht, ist, dass er den zugrundeliegenden Rohstoff selbst einsammelt und kompostiert, um ihn auf den eigenen Flächen auszubringen. Durch den persönlichen Kontakt zu den Haushalten kann er die Reinheit des Biomülls verbessern, was anschließend den Aufwand für das Aussieben von Fremdstoffen verringert.

Ein wichtiger Zeitfaktor für das Einsammeln sind auch ausreichend große Ortskerne. Denn verstreute Sammelstellen würden zu viel Strecke und damit Zeitverlust bedeuten. Peter Ringhofer-Rechberger hat regionales Kreislaufdenken erfolgreich zu einem wirtschaftlichen Betriebszweig entwickelt. Damit trifft er auch den Zeitgeist und leistet einen nicht unwesentlichen Beitrag für ein positives Image der Landwirtschaft in der Bevölkerung. ■

Dieser Beitrag erschien im Original im dlz agrarmagazin 6/2017.

BETRIEBSSPIEGEL:

Betriebszweig: Grünlandbetrieb (Milchproduktion)

Ø Milchleistung: 8 800 kg bei 22 Fleckviehkühen

Landwirtschaftliche Nutzfläche (ha): 27, davon 22 Acker und acht Wald

Fruchtfolge: Getreide (Weizen, Triticale, Hafer, Gerste), Mais und Feldfutter

Sonstiges: 50-kWp-Fotovoltaikanlage



KONTAKT:

Peter Ringhofer-Rechberger
RR Biomüllexpress e.U.
8240 Friedberg/Österreich

Entwicklungs- zusammenarbeit trifft Klimaschutz

Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Deshalb setzt sich der Enzkreis im Nordschwarzwald auch international für ihn ein – zum Beispiel gemeinsam mit dem Masasi-Distrikt in Tansania.

[VON ANGELA GEWIESE UND JULIA LAUER]

Bereits seit 2009 stellt sich der Enzkreis den Herausforderungen des Klimawandels und engagiert sich im Klimaschutz. Unter dem Motto „Enzkreis Klimawendekreis“ hat er sich ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: Bis 2020 möchte er seine CO₂-Emissionen um 25 Prozent reduzieren; bis 2050 strebt er Klimaneutralität an. Bei der Umsetzung dieser Ziele geht der Kreis in drei Schritten vor: Klimaschädliche CO₂-Emissionen aktiv vermeiden, reduzieren und nicht vermeidbare Emissionen kompensieren.

Regional und international

Ein wichtiger Baustein der Klimaschutzaktivitäten des Enzkreises sind Kooperationen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Koordination dieser Aktivitäten übernimmt die Stabsstelle Klimaschutz und Kreisentwicklung des Landratsamtes. Dabei verbindet der Kreis aktiven Klimaschutz mit inklusiver Bildung, sozialem Engagement – und mit Entwicklungszusammenarbeit: Seit 2011 hat er beispielsweise eine Klimapartnerschaft mit dem Masasi Distrikt im Süden Tansanias.

Diese entstand im Rahmen des Projektes „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“, das die Engagement Global gGmbH und die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ initiierten und das mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert wird. Grundlage der Zusammenarbeit der

Verwaltungen im Enzkreis und im Masasi Distrikt ist ein gemeinsam erarbeitetes Handlungsprogramm mit dem Fokus, in der tansanischen Kommune verstärkt erneuerbare Energien einzusetzen.

Zeitgleich einigte sich die Kreisverwaltung in einem emissionsrechtlichen Verfahren mit einem im Enzkreis ansässigen, energieintensiven Unternehmen auf freiwillige CO₂-Kompensationszahlungen. Ein Klimafonds wurde eingerichtet, um Klimaschutzprojekte umzusetzen, von denen sowohl der Enzkreis als auch Projektpartner profitieren können. Seit Einrichtung des Klimafonds 2012 fließen nun jährlich 15 000 Euro in die Finanzierung unterschiedlicher Kompensationsprojekte. Ein zentrales Ziel der Projekte ist es, das Bewusstsein für Klimawandel und das Wissen über erneuerbare Energien sowohl im Enzkreis als auch bei den jeweiligen Partnern zu stärken.

Solarkraft und Bäume

Eine der lokalen Aktivitäten im Enzkreis ist ein inklusives Projekt zum Thema Solarenergie, an dem sich vier kreiseigene Schulen für benachteiligte Schüler beteiligen. Junge Menschen mit unterschiedlichem Förderbedarf lernen hierbei gemeinsam, wie Solarkocher und Solar-Home-Systeme funktionieren, wie sie produziert werden und welchen Zweck sie in Entwicklungsländern erfüllen können. So kann ein Solarkocher eine offene Holz-Feuerstelle ersetzen und damit bis

zu drei Tonnen CO₂ im Jahr einsparen. Solar-Home-Systeme sind kleine Anlagen, die Sonnenenergie als Strom in einer Batterie speichern und bei Bedarf für Kleingeräte und Lampen bereitstellen. Die Systeme sind eine klimafreundliche Alternative zu den in Entwicklungsländern herkömmlichen Petroleumlampen und ermöglichen beispielsweise Kindern, auch nach Sonnenuntergang zu lernen. Die Geräte selbst werden momentan in Masasi, aber auch von anderen Projektpartnern aus Kamerun und Burkina Faso auf ihre Alltagstauglichkeit getestet. Langfristig möchten die Partner die Systeme direkt vor Ort bauen. Dafür arbeitet der Enzkreis mit Berufsschulen in den afrikanischen Projektgebieten zusammen. Im Rahmen des entwicklungspolitischen Austauschprogramms „ASA-Kommunal“ unterstützten bereits vier deutsche Studierende die Schüler der Berufsschule in Masasi beim Bau von Solar-Home-Systemen.

Neben seinem Engagement für den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien investiert der Enzkreis in Aufforstungsprojekte. In Kooperation mit dem Forstamt pflanzte er im Landkreis bereits mehrere Bäume – stets im Rahmen einer Unterrichtseinheit verschiedener Schulen zum Thema „Wald- und Klimaschutz“. Dabei zeigen die zuständige Waldpädagogin und Revierförsterin gemeinsam mit der Klimaschutzmanagerin des Kreises den Schülern, welche Bedeutung das Ökosystem Wald für Mensch





und Klima hat. Daneben setzt der baden-württembergische Landkreis international Aufforstungsprojekte um, beispielsweise auf der philippinischen Insel Leyte. Auch im Kongo werden seit Anfang 2018 gemeinsam mit einer Schule Nutzbäume gepflanzt, um die Abholzung aufzuhalten und gleichzeitig eine finanzielle Grundlage vor Ort zu schaffen.

Nachhaltiger Strom in Tansania

Besonders intensiv arbeitet der Enzkreis mit seinem Klimapartner, dem Masasi Distrikt, zusammen. Eines der ersten Projekte war 2014 die Installation von zwei Photovoltaik-Anlagen auf dem Dach des Krankenhauses und der Schwesternschule in Masasi. Die Hauptanlage ersetzt einen dieselbetriebenen Notstromgenerator und sichert die Stromversorgung in zentralen Bereichen des Krankenhauses bei Stromausfällen, die zum tansanischen Alltag gehören. Parallel wurden vier kleine Biogasanlagen installiert, um aus Kuhdung Biogas zum Kochen zu erzeugen. Seit 2017 werden insgesamt 27 Gesundheitszentren im gesamten Distrikt und in der Stadt Masasi mit Solarstrom-Systemen ausgestattet. Damit die Projekte nachhaltig bleiben, wird Fachpersonal darin geschult, die Anlagen zu warten. Finanziert werden die Aktivitäten sowohl aus dem Klimafonds des Enzkreises als auch mit Hilfe von Fördermitteln.

Im Laufe der Partnerschaft mit dem Masasi Distrikt haben sich weitere Kooperationen entwickelt. So auch

die zwischen den Enzkreiskliniken Mühlacker und dem Mkomando Hospital in Masasi. Ziel ist es, das Krankenhauspersonal in der Partnerkommune regelmäßig von deutschen Ärzten und Krankenschwestern schulen zu lassen. Auch eine Partnerschaft zwischen dem Hebel-Gymnasium in Pforzheim und einem tansanischen Mädcheninternat konnte erfolgreich aufgebaut werden.

Nur gemeinsam erfolgreich

Die Kooperation auf Augenhöhe ist besonders wichtig, um große und kleine Klimaschutzprojekte in der Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich umzusetzen. Alle Projekte, die der Enzkreis unterstützt, sind von den jeweiligen Projektpartnern initiiert und werden gemeinsam mit dem Kreis umgesetzt. Die Verwaltung übernimmt vor allem die Projektakquise und die Netzwerkarbeit; sie ruft außerdem die Projektgelder ab und leitet sie weiter. Große Herausforderungen bei diesen internationalen Kooperationen sind die Kommunikation und die zum Teil unterschiedlichen verwaltungstechnischen Anforderungen.

Der Enzkreis will seinen Teil zum Klimaschutz beitragen – sowohl in der Region als auch gemeinsam mit den Projektpartnern im internationalen Kontext. Im Juli 2017 hat sich der Kreistag zu den UN-Nachhaltigkeitszielen der „Agenda 2030“ bekannt; deren Umsetzung wird in den kommenden Jahren im Leitbild des Landkreises verankert. Für sein

globales Engagement erhält der Enzkreis viel Anerkennung: Die Auszeichnung zur „Klimaaktiven Kommune 2016“ und die wiederholte Verleihung des European Energy Award in Gold bestätigen die Aktiven darin, auf dem richtigen Weg zu sein.

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise bekommen Klimapartnerschaften und internationale Kompensationsprojekte zudem eine weitere Bedeutung: In weniger entwickelten Ländern können sie dazu beitragen, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern, Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen und Fluchtursachen zu bekämpfen. ■

1 Kinder tragen einen Solarkocher zu ihrer Schule: Damit lassen sich bis zu drei Tonnen CO₂ im Jahr einsparen.

2 Projektpartner an einem Tisch

SERVICE:

Mehr zu den Kommunalen Klimapartnerschaften unter:
<https://skew.engagement-global.de/kommunale-klimapartnerschaften.html>



KONTAKT:

Landratsamt Enzkreis
Stabsstelle Klimaschutz und
Kreientwicklung
Kompensationsprojekte und Klimafonds
Julia Lauer
Telefon: 07231 3081836
julia.lauer@enzkreis.de
Klimapartnerschaft Masasi
Angela Gewiese
Telefon: 07231 3089486
angela.gewiese@enzkreis.de
www.enzkreis.de/klimaschutz

Vergabe ist sprachgewandt und mathematisch

Im Rahmen der Artikelserie in LandInForm erklärt Jurist Frank Wolter Elemente aus dem Vergaberecht. Ab dieser Ausgabe stellt er vor, welche Schritte zu einem korrekten Vergabeverfahren gehören. Den Anfang machen die Dokumentation, die Auftragswert-Schätzung und die Auswahl der richtigen Vergabeart. [VON FRANK WOLTER]

Viele Akteure aus öffentlich geförderten Projekten eint beim Gedanken an das Vergaberecht eine Sorge: Fehler in den einzelnen Arbeitsschritten können zur Kürzung der Förderung führen. Grund ist die Finanzkorrekturen-Leitlinie der Europäischen Kommission, die die nationalen Förderinstitutionen bei ihren Vergabeprüfungen von EU-geförderten Maßnahmen anwenden.

Die Leitlinie listet 25 typische Fehler einer Vergabe auf, die mit Kürzungen zwischen fünf und bis zu 100 Prozent der Fördersumme – sowohl der EU-Mittel als auch der nationalen Kofinanzierung – belegt werden. Nicht in dieser Liste aufgeführte Fehler sollen die Prüfbehörden in Anlehnung ahnden. Treten mehrere Fehler in einem Verfahren auf, wird automatisch der höchste Korrektursatz angewendet. Kürzungen wirken sich zudem auf die Zukunft aus: Ist die Förderung wegen eines Vergabefehlers gekürzt worden, so wird eine später beantragte Fördersumme eines neuen Förderantrages für dasselbe Projekt im Vorhinein gekürzt. Wie gelingt also ein Förderantrag?

Dokumentation – oder: Seien Sie akribisch und ausführlich!

Ob förmlich (gem. § 20 VOB, § 20 VOL oder § 6 UVgO, siehe dazu LIF 4.17) oder durch eine Auflage im Zuwendungsbescheid festgelegt – jeder Verfahrensschritt ist zu dokumentieren. Denn die Bewilligungsstelle nutzt die Dokumentation zur Prüfung: Alles, was wahrheitsgemäß dokumentiert wird, gilt als stattgefunden, was nicht dokumentiert wurde, als unterlassen – selbst wenn es real stattgefunden hat. Wann immer möglich, sollten Verfahrensschritte belegt werden, beispielsweise mit Screenshots von Internetrecherchen, Kopien von versendeten Angebotsaufforderungsschreiben oder dem Zeitungsausschnitt einer veröffentlichten Ausschreibung.

Von besonderer Bedeutung ist die Dokumentation dann, wenn die Beschaffung von Regelfällen abweicht. Wenn es beispielsweise die Auflage gibt, mindestens drei Unternehmen zur Abgabe von Angeboten aufzufordern, muss die Dokumentation nachvollziehbar und begründet

darlegen, warum dies gegebenenfalls nicht möglich ist. Wird eine besondere Vergabeart durchgeführt (siehe unten), so muss die Dokumentation aufzeigen, dass die hierzu berechtigenden Ausnahmevorsatzungen vorliegen. Sie muss zudem veranschaulichen, welche Auswahl- und Wertungskriterien warum festgelegt werden (diesen Verfahrensschritt werde ich in der nächsten LandInForm-Ausgabe behandeln).

Auftragswert-Schätzung – wer korrekt schätzt, ist klar im Vorteil

Wer bei der Schätzung des Auftragswertes einen Fehler macht, der macht in der Regel automatisch Folgefehler in den weiteren Verfahrensschritten. Es gilt also, realistisch und damit korrekt zu schätzen. Dies setzt eine ausführliche Markterkundung voraus.

Die maßgebliche Norm für die Auftragswertschätzung ist der § 3 der Vergabeverordnung (VgV). Im Bereich der Unterschwellen-Vergabe ist er von Bedeutung für die dort benannten „Wertgrenzen“: Inner-

halb bestimmter Wertgrenzen ist es möglich, statt einer „Öffentlichen Ausschreibung“ eine „Beschränkte Ausschreibung“ oder eine „Freihändige Vergabe“ (siehe unten) durchzuführen.

Insbesondere die Kosten für Projekte, die sich im Grenzbereich der EU-Schwellenwerte oder der nationalen Wertgrenzen bewegen, sollten möglichst genau geschätzt werden. Die Schätzung muss sich stets auf einen sogenannten funktionalen Auftragswert beziehen. Dies bedeutet: Zusammengehörige Teilstücke eines Gesamtprojekts sind auftragswertmäßig zusammen zu betrachten, also zu addieren – inklusive etwaiger Optionen, Vertragsverlängerungen und Sonderzahlungen. Ergeben einzeln beschaffte Teilstücke eines Gesamtprojekts jeweils für sich betrachtet einen funktionalen oder wirtschaftlichen Sinn? Dann handelt es sich um eine komplexere Beschaffung, nicht um mehrere kleine Beschaffungen. In Bezug auf ein funktionsfähiges Dorfgemeinschaftshaus würde sich der Auftragswert beispielsweise aus den Kosten aller hierfür benötigten Gewerke zusammensetzen.

Dass die Beschaffung funktional betrachtet wird, hat einen Hintergrund: Der Gesetzgeber will eine künstliche Aufteilung verhindern. Das versuchen Antragsteller immer wieder, um beispielsweise eine EU-weite Beschaffung oder eine Öffentliche Ausschreibung – also die Vergabeverfahren mit dem größten Aufwand – zu vermeiden. Dadurch wird die realistische Schätzung des Auftragswerts bei der Prüfung nicht selten infrage gestellt, was in der Regel eine Kürzung der Förderung nach sich zieht.

Zum Teil gestatten die Vergabevorschriften der Bundesländer und gesonderte Zuwendungsbescheid-Bestimmungen aber eine Splittung von Auftragswerten. Dann kann ein komplexer Beschaffungsvorgang in unterschiedliche, sogenannte Teil- oder Fachlose aufgeteilt werden. Dabei hilft ein Blick in den Zuwendungsbescheid: Er verweist auf das jeweils anzuwendende Recht. Die Regelungen gelten aber nur, solange der Gesamtauftragswert die EU-Schwellenwerte nicht überschreitet.

Ob VOB, VOL oder UVgO – die korrekte Vergabeart wählen

Das Vergaberecht legt für die Wahl der korrekten Vergabeart ein Kaskadenprinzip fest, das den Wettbewerb zwischen den Bietern von Stufe zu Stufe verringert. Der Zuwendungsempfänger kommt nicht umhin, sich mit den für ihn geltenden Auflagen – VOB, VOL, UVgO, VgV – auseinanderzusetzen: Welche Norm er anwenden muss, geht aus dem Zuwendungsbescheid hervor, welches Verfahren er wählt, muss er selbst entscheiden.

- „ Der Regelfall ist die „Öffentliche Ausschreibung“, die nicht gerechtfertigt werden muss. Hierbei wenden sich Projektträger mit umfangreichen Vergabeunterlagen (Näheres dazu in einer der nächsten LIF-Ausgaben) an eine unbestimmt große Anzahl potenzieller Bieter, erzeugen also den größtmöglichen Wettbewerb.
- „ Bei einer „Beschränkten Ausschreibung mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb“ bekundet der Projektträger in einer ersten öffentlichen Bekanntmachungsphase an einen potenziell unbestimmt großen Markt seinen Bedarf. Nachdem Bieter ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet haben, werden dann nach vorher festgelegten Kriterien geeignete Unternehmen ausgewählt und in der zweiten Verfahrensphase darum gebeten, ein konkretes Angebot abzugeben.
- „ Bei einer „Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb“ wählt der Projektträger nach vorab festgelegten Eignungskriterien Unternehmen aus, die er dann zur Angebotsabgabe auffordert.
- „ Ähnlich ist schließlich die „Freihändige Vergabe“, die in der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) als Verhandlungsvergabe bezeichnet wird. Auch hier fordern Projektträger zuvor ausgewählte geeignete Unternehmen zur Angebotsabgabe auf. Der Unterschied zur „Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb“ besteht darin, dass kein förmlicher Angebotsöffnungsverfahren (Submissionstermin) stattfinden muss. Zum anderen ist diese Vergabeart die einzige, bei der mit den Bietern über ihre ab-

gegebenen Angebote verhandelt werden darf.

Die drei letztgenannten Vergabearten sind Ausnahmen: Sie sind nur dann gestattet, wenn die hierfür in den Rechtsnormen geregelten Voraussetzungen vorliegen. Das ist dann der Fall, wenn sie innerhalb der oben erwähnten Wertgrenzen liegen. Weitere sachliche Gründe sind beispielsweise Dringlichkeit, ein extrem kleiner Anbieterkreis für die nachgefragte Leistung und urheber- oder patentrechtliche Gründe. In allen Ausnahmefällen gilt, dass das Vorliegen der betreffenden Ausnahmevoraussetzungen genau zu dokumentieren ist.

Bei Lieferungen und Dienstleistungen gibt es noch den Sonderfall des Direktkaufs. Gemäß der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) ist er bis zu einem Auftragswert von 500 Euro, gemäß UVgO bis 1000 Euro gestattet. ■

SERVICE:

Finanzkorrekturen-Leitlinie online:
www.ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/cocof/2013/cocof_13_9527_de.pdf
www.ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/cocof/2013/cocof_13_9527_annexe_de.pdf

VORSCHAU:

Vergabe ist diskriminierungsfrei! Frank Wolter erklärt in der nächsten Ausgabe, wie man die richtigen Eignungs- und Zuschlagskriterien definiert, Leistungsbeschreibungen und sonstige Vergabeunterlagen formuliert. Kennen Sie ein konkretes Projekt, das wir dazu beispielhaft aufgreifen dürfen? Dann freuen wir uns über Kurzinformationen an: landinform@ble.de



KONTAKT:

Frank Wolter
 TEAM3 Telkamp, Wolter & Telkamp
 Unternehmensberater-Partnerschaft
 Telefon: 0551 5078974
wolter@team3-unternehmensberatung.de

Klare Sache?

Bis spätestens 2019 will die EU-Kommission die Wasserrahmenrichtlinie überprüfen. Wichtige Impulse hierfür kommen auch aus einer Fördermaßnahme des Bundesforschungsministeriums.

[VON JANINA ONIGKEIT, DOMINIK RÖSCH, ULRIKE SCHULTE-OEHLMANN UND OLIVER OLSSON]

Europäische Gewässer schützen und geregelt bewirtschaften: Dies will das Europäische Parlament mit der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) aus dem Jahr 2000 erreichen. Ziel ist es, Oberflächengewässer, inklusive der zugehörigen Übergangs- und Küstengewässer, sowie das Grundwasser bis Ende 2015 – spätestens aber bis Ende 2027 – in einen guten chemischen und ökologischen Zustand zu versetzen. Trotz der vielfältigen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen erreichten im Jahr 2015 nur etwa sieben Prozent der deutschen Gewässer den angestrebten Zustand.

Was hemmt die Umsetzung?

Die Ursachen hierfür sind vielfältig: Viele Verbesserungen sind selbst nach umfangreichen Maßnahmen

zur Verbesserung der Gewässermorphologie und der chemischen und biologischen Gewässerqualität nicht nachweisbar, wenn die Beobachtungszeiträume nicht lang genug sind. Häufig werden Fließgewässer nur sektoral betrachtet und bewirtschaftet. So können Maßnahmen im Mittellauf eines Gewässers unwirksam bleiben, wenn diese im Ober- oder Unterlauf nicht unterstützt werden.

Besonders schwierig ist es, die Qualität extrem veränderter Gewässer zu verbessern. Queren diese innerstädtische Bereiche, wären dafür im Vorfeld infrastrukturelle Veränderungen erforderlich. Aus Kosten-, Denkmalschutz- oder verkehrspolitischen Gründen ist das häufig nicht möglich. Unsicher-

heiten über die Wirkung der Maßnahmen vermindern vielfach die Akzeptanz der notwendigen Investitionen. Zudem mangelt es häufig an übergreifendem Fachwissen und Methodenverständnis, um alle Stakeholder zu beteiligen, sowie an Personal in den Verwaltungs- und Genehmigungsbehörden. Außerdem scheitern die Maßnahmenträger oft daran, ihren Eigenanteil aufzubringen. Eine der größten Hürden ist allerdings das Fehlen ausreichender Flächen zur Durchführung von Maßnahmen.

Input aus der Wissenschaft

Für die Umsetzung der WRRL hat die EU einen Zeitplan mit drei jeweils sechsjährigen Bewirtschaftungszyklen vorgegeben. Derzeit befinden wir uns am Ende des zweiten Zyklus

Oberlauf der Horloff,
eines Zuflusses der
Nidda



– und damit mitten in der Umsetzungsphase. Bis spätestens 2019 soll die WRRL überprüft werden. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Fördermaßnahme „Regionales Wasserressourcen-Management für den nachhaltigen Gewässerschutz in Deutschland“ (ReWaM) gestartet. Damit fördert es seit 2015 insgesamt 15 Verbundprojekte, die von Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Behörden und Verwaltung gemeinsam bearbeitet werden.

So läuft's an der Nidda

Wie der Projektverbund NiddaMan: Dieser forscht exemplarisch an der Nidda in Hessen, deren Einzugsgebiet von zahlreichen Nutzungskonflikten geprägt ist. Dabei entwickelt der Verbund ein nachhaltiges Wasserressourcen-Management und ein webbasiertes System für die Wasserwirtschaft, das Entscheidungshilfen zur Planung und Durchführung von Maßnahmen liefern soll.

Die Renaturierung begradigter, künstlich abgesicherter und gehölzfreier Gewässerabschnitte ist in solchen Fällen oft das Mittel der Wahl, um Fließgewässer wieder in einen naturnahen Zustand zu bringen. Allerdings zeigt das Projekt: Das allein reicht nicht aus. Es spielt eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung der Wasserqualität, punktuelle wie diffuse stoffliche Belastungen zu reduzieren.

Die Wissenschaftler maßen in renaturierten Bereichen zum Teil höhere ökotoxische Effekte als außerhalb. Mögliche Ursachen werden derzeit untersucht. Eine könnte sein, dass belastete Sedimente in den Renaturierungen abgeschwemmt oder umgelagert werden. Möglich ist auch, dass Bodenerosion und eingetragene chemisch belastete Feinsedimente aus Ackerflächen positive Effekte überlagern. Dies ließe sich zum Beispiel durch bewachsene Randstreifen an Flüssen minimieren, die gleichzeitig Lebensraum für Tiere und Pflanzen bieten.

MUTReWa – an der Quelle ansetzen

Unter den Schadstoffen, die sich in Flussläufen finden, bereiten den Wasserbehörden vor allem Pestizide Kopfzerbrechen. In den vergangenen zwei Jahren untersuchte das Verbundprojekt MUTReWa in zwei landwirtschaftlich geprägten und einem urbanen Studiengebiet die aktuelle Belastung der Grund- und Oberflächengewässer durch Pestizide und deren Abbauprodukte, die sogenannten Transformationsprodukte (TPs). In Laborstudien zu jeweils vier ausgewählten Pflanzenschutzmitteln und Bioziden identifizierten die Wissenschaftler insgesamt 32 TPs, von denen 13 bislang unbekannt waren. Zwölf der 32 ermittelten TPs wurden im Grundwasser und in Oberflächengewässern nachgewiesen. In den Grundwasserproben lag die Konzentration einiger Verbindungen teilweise dauerhaft über den jeweiligen gesundheitlichen Orientierungswerten. Die Rückstände in Oberflächengewässern waren deutlich abhängig von Niederschlägen sowie von der saisonal- und witterungsbedingten Anwendung der Pflanzenschutzmittel.

Eine exemplarisch gestaltete Verbesserungsmaßnahme wirkte nur begrenzt: Das an einem Bachlauf umgestaltete Hochwasserrückhaltebecken – bestehend aus einer dicht bewachsenen Schilffläche und einer offenen Wasserfläche – wurde nacheinander durchströmt. Bei Niederschlägen hielten diese Feuchtflächen Pflanzenschutzmittel zurück, sonst jedoch kaum. Dies zeigt: Nachgeschaltete-Maßnahmen haben nur begrenzten Einfluss; wichtiger ist es, Einträge an der Quelle zu verringern.

Information wirkt

Die Ergebnisse und mögliche Maßnahmen zur Reduzierung des Eintrags von Pestiziden waren Thema in Gesprächen mit Landwirten und Wasserwirtschaftlern. Dabei zeigte sich, dass Landwirte aufgrund betriebswirtschaftlicher Nachteile viele Vorbehalte gegenüber Gewässerbewirtschaftungsmaßnahmen

haben. An dieser Stelle könnte die gesetzliche Verpflichtung, sich zum Thema zu informieren, für Aufklärung und damit auch für mehr Akzeptanz sorgen. Die verpflichtende „Fortbildung zur Sachkunde Pflanzenschutz“ etwa informierte Landwirte unmittelbar vor Beginn der Spritzmittelsaison über die MUTReWa-Ergebnisse aus dem Jahr 2016 und empfahl zum Beispiel, auf oft wiederkehrende Wirkstoffeinsätze zu verzichten. Die Kommunikationsmaßnahme zeigte Wirkung: Das nachfolgende chemische Monitoring deutete darauf hin, dass die Landwirte im Einzugsgebiet Pflanzenschutzmittel bewusster eingesetzt haben.

Eine Generationenaufgabe

Selbst wenn die Umsetzung der WRRL weiterhin so ambitioniert verfolgt wird wie bisher – es bleibt eine große Herausforderung, den Gewässerzustand bis 2027 zu verbessern. Auch wird er in Deutschland nicht flächendeckend erreicht werden können. Wichtig wäre zunächst eine wirksame Strategie, um Flächen für die naturnahe Gewässerentwicklung bereitzustellen. Darüber hinaus braucht es weitere Erkenntnisse zu ökologischen Prozessen in der Wechselwirkung zwischen Gewässern und Umland sowie eine zügige und intersektorale Kooperation bei der Übersetzung neuer Erkenntnisse aus der Forschung in die regulatorischen Rahmenwerke. ■

SERVICE:

Weitere Erkenntnisse und Informationen aus der Fördermaßnahme ReWaM unter: <https://bmbf.nawam-rewam.de/>



KONTAKT:

Janina Onigkeit und Dominik Rösch
Bundesanstalt für Gewässerkunde
Vernetzungs- und Transfervorhaben
ReWaMnet
Telefon: 0261 1306-5331
rewamnet@bafg.de

Das Verursacherprinzip

Erhöhte Nitratgehalte im Grundwasser treiben die Trinkwasserpreise in die Höhe – vor allem in Regionen mit intensiver Viehhaltung. Verbraucher sind besorgt, Landwirte schnell als Hauptverursacher identifiziert. Doch so einfach wie es scheint, ist die Verantwortung nicht zu klären.



Karsten Specht ist Vizepräsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Der VKU vertritt rund 1460 kommunale Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. www.vku.de



Philip Heldt ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Gruppe Umwelt der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Die Verbraucherzentralen sind unabhängige, überwiegend öffentlich finanzierte, gemeinnützige Organisationen, die Verbraucher in Fragen des privaten Konsums informieren, beraten und unterstützen. www.verbraucherzentrale.nrw

Durch erhöhte Nitratgehalte im Grundwasser steigen die Wasserentgelte teilweise massiv. Geht das nicht einseitig zulasten der Verbraucher?

Specht: Die Grundwasserdatenbank Nitrat, die die Interessenverbände der Wasserwirtschaft im November 2016 auf den Weg gebracht haben, zeigt: An 25 Prozent der Vorfeldmessstellen wird der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter überschritten, besonders in Regionen mit vielen großen Agrarbetrieben, die ihre Gülle auf die Felder bringen. Eine Untersuchung des Umweltbundesamtes zeigt, dass es wesentlich teurer ist, das Nitrat wieder aus dem Wasser zu entfernen, als die Einträge vorher zu reduzieren. Es schätzt, dass in betroffenen Regionen die Trinkwasserkosten um 55 bis 76 Cent pro Kubikmeter steigen könnten. Es ist also im Interesse aller, dass wir die Nitratreinträge möglichst rasch reduzieren. Und das nicht nur, weil die EU-Kommission Deutschland ansonsten mit einer Klage droht.

Heldt: Die Verbraucher müssen die höheren Wasserentgelte unverhältnismäßig schultern, die Industrie zahlt viel niedrigere Wasserpreise. Wir als Verbraucherzentrale merken, dass Nitrat im Trinkwasser die Verbraucher sehr bewegt. Häufig geben sie dem Wasserversorger die Schuld für hierdurch bedingte höhere Wasserpreise. Außerdem

schlagen sich die Kosten der Wasseraufbereitung zu wenig in den Produktpreisen nieder. Die Fleischpreise beispielsweise sollten solche Probleme widerspiegeln.

Neben Biogasanlagen ist die verstärkte Gülleausbringung in Tierhaltungsregionen Hauptursache für erhöhte Nitratwerte. Der Großteil der Verbraucher kauft jedoch weiterhin billiges Fleisch an der Ladentheke. Ist das Verursacherprinzip hier nicht konsequent angewendet?

Specht: Beim Verursacherprinzip geht es darum, die Einträge möglichst frühzeitig zu vermeiden oder die Verursacher an den Kosten für deren Beseitigung zu beteiligen. In den Regionen mit Tierhaltungen müssen wir die Güllemenge dringend reduzieren. Was derzeit passiert, ist, dass die Gülle in die Ackerbauregionen transportiert wird. Das kann – wenn überhaupt – nur eine Zwischenlösung sein. Langfristig geht es darum, wieder einen Bezug zwischen Fläche und Anzahl der Tiere herzustellen.

Heldt: Natürlich ist das Verursacherprinzip nicht richtig angewendet. Die Landwirte tragen nicht die alleinige Schuld an der Nitratproblematik. Aber wir haben es hier mit einem sehr komplexen System zu tun. Zum einen wollen die Verbraucher in Deutschland möglichst wenig Geld für Lebensmittel ausgeben. Zum anderen trägt auch der Lebensmit-



Mit der richtigen Technik bei der Gülleausbringung – hier mittels Schleppschläuchen – lässt sich der Eintrag von Nitrat in Gewässer verringern.

teleinzelhandel mit seinen Preiskämpfen die Verantwortung dafür, dass die Landwirte ihre Produkte viel zu billig anbieten müssen. Mindestpreise kann man dem Einzelhandel jedoch nicht vorschreiben, das wäre Planwirtschaft. Deshalb liegt der einzig mögliche Hebel, um hier zu einer gerechten Lösung zu kommen, in einheitlichen, strengeren Vorgaben zur Düngemittelausbringung, die sich dann hoffentlich auch in den Produktpreisen widerspiegeln.

Reicht aus Ihrer Sicht die neue Düngegesetzgebung aus, um die erhöhten Nitratgehalte in den Griff zu bekommen?

Specht: Das eigentliche Ziel der neuen Düngegesetzgebung mit ihrem Kernstück, der Stoffstrombilanzverordnung, wird nach unserer Einschätzung verfehlt. Was wir bekommen haben, ist ein Schweizer Käse – eine Regelung mit vielen Schlupflöchern. Vor allem große Betriebe könnten letztlich sogar mehr düngen als vorher. Das aktualisierte Dünge-recht, das die Bundesebene vorgibt, bietet den Bundesländern weitere Möglichkeiten, Einträge zu verhindern. Die Länder sind dadurch jetzt in der Pflicht, in belasteten Gebieten beispielsweise Düngeverbote auszuweiten oder Gewässerrandstreifen, auf denen nicht gedüngt werden kann, zu vergrößern. Meine Sorge ist aber, dass die Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft werden.

”

Wir brauchen die Kopplung der Tierhaltung an die Fläche, um langfristig Verbesserungen zu erreichen.“

Heldt: Die neue Düngegesetzgebung ist ein ganz guter Schritt in die richtige Richtung, aber verbesserungswürdig. Die Obergrenzen für die Stickstoffausbringung sind immer noch zu hoch angesetzt und es müsste regelmäßiger Kontrollen geben. Wir brauchen die Kopplung der Tierhaltung an die Fläche, um langfristig Verbesserungen zu erreichen. Und man muss sich die Frage stellen: Brauchen wir beispielsweise Gülleimporte aus den Niederlanden? Hier muss man unbedingt etwas tun. Außerdem sollte es strengere Vorgaben bei der Ausbringetechnik geben – Gülle sollte nur noch über Schlitztechnik in den Boden eingebracht werden.

Was tut Ihr Verband, um zu dieser Thematik aufzuklären und Lösungen zu finden?

Specht: Wir weisen seit Jahren in den betroffenen Regionen auf die Nitrat-Probleme hin. Im Rahmen von Wasserkooperationen finanziert die kommunale Wasserwirtschaft zahlreiche Maßnahmen, um die Stickstoffeffizienz zu erhöhen und die Reduktion von Nitratreinträgen zu erreichen. Dies reicht jedoch in vielen Fällen nicht mehr aus. Wir brauchen weiterhin den ernsthaften Dialog von Wasserwirtschaft und Landwirtschaft.

Heldt: Unser Bundesverband hat 2014 zusammen mit dem Umweltbundesamt Handlungsempfehlungen für umweltfreundlichere Lebensmittel herausgegeben. Hier fordern wir zum Beispiel die stärkere Förderung des Ökolandbaus, der weniger negative Auswirkungen auf die Grundwasserqualität hat. Wir klären Verbraucher dazu auf, weniger Fleisch zu essen, und wenn, dann solches aus ökologischer und möglichst regionaler Haltung. Auf Veranstaltungen, aber auch bei unserem Lebensmitteltelefon ist Nitrat im Trinkwasser ein ganz häufiges Thema, mit dem Verbraucher auf uns zukommen und zu dem wir informieren.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.

Mehr Ärzte aufs Land

Die Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg nimmt Medizinstudierenden mit einem besonderen Projekt die Angst vor dem Land.

[VON THOMAS DÖRRER, SUSANNE MITTMANN UND THOMAS FRESE]

300 Allgemeinmediziner mehr, als in den letzten Jahren hier ausgebildet wurden: Etwa so viele benötigt Sachsen-Anhalt laut Kassenärztlicher Vereinigung und Ärztekammer in den nächsten zehn Jahren. Vor allem auf dem Land gibt es schon jetzt einen eklatanten Ärztemangel. Die Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg will diese Lücke mit dem Lehrprojekt „Klasse Allgemeinmedizin“ im südlichen Bereich Sachsen-Anhalts schließen.

Hausärztliche Fertigkeiten trainieren

Das Besondere dabei: Die Studierenden nehmen zusätzlich zu ihrem normalen Curriculum an drei weiteren Seminaren im Semester teil. Das Seminar „Fertigkeitstraining“ lehrt, wie sie mit ihren Sinnen eine zielführende und sinnvolle Diagnostik

betreiben, fernab der technischen Untersuchungsmethoden. In einem zweiten Seminar, der „Integrierten Medizin“, werden taktische allgemeinmedizinische Vorgehensweisen besprochen und Krankheitsbilder entsprechend diagnostisch und therapeutisch vermittelt. Dabei kommen auch Probleme aus dem Praxisalltag zur Sprache – also all das, was einen Hausarzt und das typisch hausärztliche Arbeiten ausmacht. Auch Ängste und Vorurteile der Studierenden hinsichtlich einer Tätigkeit als Facharzt für Allgemeinmedizin werden hier diskutiert. Im „Kommunikationstraining“ schließlich üben die Studierenden das wichtigste Instrument eines Arztes – die Kommunikation. Sie ist unerlässlich für die persönliche Patientenbetreuung. Deswegen vermittelt eine Pädagogin gezielte Kommunikationstechniken für das



Arzt-Patienten-Gespräch. Auch praktische Übungen sind Teil dieses dritten Seminars.

Seit dem Wintersemester 2011/2012 können pro Jahrgang 20 Medizinstudierende ab dem ersten Semester am Projekt teilnehmen. Es wird von der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt, dem Hausärzterverband Sachsen-Anhalt e.V. und der Deutschen Apotheker- und Ärztebank gefördert.

Praxisalltag auf dem Land

Jeder Studierende erhält außerdem einen Mentor. Das sind Fachärzte für Allgemeinmedizin, vor allem aus ländlichen Gegenden. Sie stehen den Studierenden in fachlichen Fragen bei und vermitteln den Praxisalltag. Studierende erhalten so nicht nur Unterstützung, sondern erleben auch ein positives Rollenmodell, den oft erfüllenden Alltag in einer Praxis und die positiven Aspekte des Lebens außerhalb einer Großstadt. Sie verbringen mindestens zwei Tage im Semester in der Praxis ihres Mentors und können hier das Erlernte direkt anwenden. Zusätzlich betreuen sie erstmals in ihrer Medizinerlaufbahn einen Langzeitpatienten – idealerweise über sechs Jahre. Derzeit begleiten 70 Mentoren in 65 Lehrarztpraxen die Studierenden durch den Praxisalltag.

Teil des Studiums sind außerdem jährliche Exkursionen unter Schirmherrschaft eines Mentors. Dabei

lernen die Studierenden das ländliche Sachsen-Anhalt mit seinen medizinischen Versorgungseinrichtungen und seinem historischen und kulturellen Angebot kennen.

Projekt kommt an

Der Anklang des Lehrprojektes war von Beginn an enorm und reißt nicht ab. Entsprechend wurde die Teilnehmerzahl ab dem Wintersemester 2017/18 auf 40 pro Jahrgang erhöht. Auch im Masterplan 2020, also der Reform des Medizinstudiums, spiegelt sich dieses Pilotprojekt wider. Es soll Teil des allgemeinen Curriculums werden und für jeden Studierenden zugänglich sein. Hierzu sucht das Team der Klasse Allgemeinmedizin weiter nach ärztlichen Kollegen, die sich als Mentor einbringen wollen. Dies kann langfristig die Nachbesetzung mancher allgemeinmedizinischen Praxis erleichtern. Im Jahr 2017 wurden die ersten Studierenden in die Facharztausbildung verabschiedet. Mit Erfolg: Alle bis auf einen absolvieren die Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin. Das zeigt, dass es der Klasse Allgemeinmedizin gelingt, die Vorurteile gegenüber dem Fachgebiet zu relativieren. Auch nimmt die frühe Prägung zu Beginn des Studiums und die Anbindung an niedergelassene Ärzte den jungen Menschen die Angst vor der Tätigkeit in der Praxis.

Auch Stipendien sollen helfen

Hinzu kommt: Seit 2010 vergibt die Kassenärztliche Vereinigung



Sachsen-Anhalt auch Stipendien an Studierende, die nach dem Abschluss für mindestens zwei Jahre in einem unterversorgten Bereich auf dem Land arbeiten. Mehr als die Hälfte der über 100 vergebenen Stipendien erhalten Studierende der Klasse Allgemeinmedizin. Sie bekommen für die gesamte Regelstudienzeit 800 Euro pro Monat, wenn sie sich anschließend mit ihrer Praxis im ländlichen Sachsen-Anhalt niederlassen.

Im Moment befinden sich 125 Studierende in der Klasse Allgemeinmedizin. Nicht alle von ihnen werden wohl Allgemeinmediziner, aber jeder bekommt einen Einblick in die ambulante Versorgung, deren Vorteile und Nachteile. Egal, wo sie später arbeiten werden: Diese Erfahrung wird ihnen in ihrer Tätigkeit und in ihrer Kollegialität anderen Ärzten gegenüber nutzen.■

Die Klasse Allgemeinmedizin am Universitätsklinikum Halle (Saale): Der jüngste Jahrgang ist im Wintersemester 2017/2018 mit 40 Teilnehmern an den Start gegangen.



KONTAKT:

Medizinische Fakultät der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
Institut für Allgemeinmedizin
Telefon: 0345 557-5338
lisa-marie.klix@uk-halle.dev

Abgehängt?

Insgesamt sind die Menschen in Brandenburgs ländlichen Räumen zufrieden. Doch die Entwicklung der kleinen Gemeinden und Dörfer ist Anlass zur Sorge.

[VON ALEXANDRA TAUTZ]

Nach der deutschen Wiedervereinigung hat sich Brandenburgs Bevölkerung verändert: Viele, vor allem junge Menschen zogen weg, nur wenige hielt es vor Ort. Für die, die geblieben sind, stellt sich die Frage danach, wie es in den kommenden Jahren weitergeht mit ihrer Heimat. Wie schätzen sie die Lebensqualität außerhalb der großen Städte ein und welche Zukunftserwartungen hinsichtlich regionaler Entwicklung haben sie? Dazu hat die Enquetekommission des Brandenburger Landtages zur Zukunft der ländlichen Räume die Bürger des Bundeslandes befragt. Die seit 2015 bestehende Kommission setzt sich für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung der ländlichen Regionen in Brandenburg ein – und identifiziert so die konkreten Handlungsfelder und Potenziale vor Ort (siehe dazu auch Interview auf Seite 48).

Bürgerumfrage im ländlichen Raum

Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage: Die Lebensqualität im ländlichen Raum rangiert auf einem hohen Niveau. Bewohner von Dörfern und Kernstädten bewerten jedoch einzelne Bereiche der Daseinsvorsorge sowie die Entwicklung von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe sehr unterschiedlich. Insgesamt 1 031 Brandenburgerinnen und Brandenburger über 15 Jahre haben dazu ihre Meinung abgegeben. Die Telefoninterviews führte das von der Kommission beauftragte Meinungsforschungsinstitut „Info GmbH“ im Juli 2017 durch. In den je 30-minütigen Gesprächen ging es vor allem um den Stellenwert der Daseinsvorsorge und deren Wirksamkeit für die regionale Entwicklung, um lokale Demokratie und bürgerschaftliches Engagement. Die Befragten wurden auf Gemeindeebene durch eine repräsentative Zufallsauswahl bestimmt und stammen aus dem weiteren Metropolenraum des Landes, in dem derzeit rund 62 Prozent der Brandenburger Bevölkerung leben. Das ist der Teil Brandenburgs, der nicht zum Berliner Umland gehört.



Gefälle zwischen Stadt und Dorf

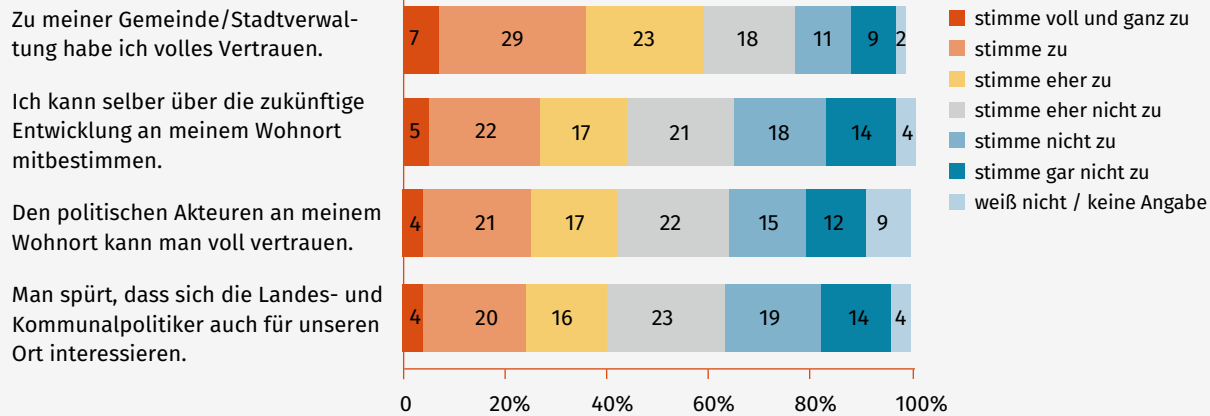
75 Prozent der Befragten bewerten die Lebensqualität positiv; die Hälfte von ihnen würde einem guten Freund empfehlen, in ihren Wohnort zu ziehen. An den Lebensbedingungen vor Ort schätzen die Befragten besonders die Natur und gesunde Umweltbedingungen, Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf sowie die Verfügbarkeit von Hilfen im Notfall. Als „gut“ bis „sehr gut“ bewerten sie auch die Versorgung mit Ganztagskinderbetreuung, Schulen und Betreuungsbeziehungsweise Pflegeangeboten für Ältere. Unzufrieden sind die Menschen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, der medizinischen Versorgung und dem Internet. Am schlechtesten fühlen sich die Befragten mit Kulturangeboten und Orten, die das soziale Zusammenleben fördern, versorgt. Auf die Frage, was sich in den nächsten zehn Jahren ändern muss, damit das Leben in ihrer Region attraktiv bleibt, regen sie mehrheitlich an, die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Auffällig ist, dass Bewohner kleinerer Gemeinden mit weniger als 10 000 beziehungsweise 5 000 Einwohnern und Bewohner in Gemeinden ohne zentralörtlichen Status (nach Landesentwicklungsplanung) fast alle Leistungen der Daseinsvorsorge schlechter bewerten. Zudem weichen die Einschätzungen der Befragten in Dörfern deutlich von den Einschätzungen der Bewohner der Kernstädte ab. Bewohner der Dörfer sind mit dem Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln, den Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf, der Versorgung mit Schulen und der Stabilität des Mobilfunknetzes deutlich unzufriedener.

Vertrauen schwindet

In ihrer Arbeit wurde die Kommission mehrfach mit der Aussage konfrontiert, dass vor allem der Verlust der lokalen Selbstbestimmung die Entwicklung der

Beurteilung der politischen Mitbestimmung, Politik und Verwaltung vor Ort



Basis: alle Befragten n = 1 031

Quelle: INFO GmbH

dörflichen Infrastruktur hemmt. Abgefragt wurde bei den Bürgern daher auch, wie sie ihre politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten einschätzen und ob sie den lokalen politischen Akteuren vertrauen (siehe Grafik). Die Befragten bewerten beide Aspekte mehrheitlich verhalten bis negativ. Nur 25 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu: „Den politischen Akteuren an meinem Wohnort kann man voll vertrauen.“ 27 Prozent der Befragten lehnen dies sogar ab. Jeder Fünfte hat demnach kein Vertrauen in die kommunale Verwaltung. Auch bei der Einschätzung, dass die örtlichen Interessen von den Landes- und Kommunalpolitikern berücksichtigt werden, überwiegen die negativen Zustimmungswerte.

In kleineren Orten mit weniger als 5 000 Einwohnern ist das Gefühl, über zukünftige Entwicklungen des eigenen Ortes mitbestimmen zu können, am geringsten ausgeprägt. Nur 16 Prozent der Menschen dort glauben, dass die Landes- oder Kommunalpolitik ihre örtlichen Interessen wahrnimmt und vertritt.

Mitgestaltung stärken

Mitsprachemöglichkeiten für Bürger können dabei helfen, Strukturen der Daseinsvorsorge und das gesellschaftliche Leben in ländlichen Räumen zu erhalten und fortzuentwickeln. Das ergab sich aus Expertenanhörungen, Ortsbesuchen und Diskussionen im Dialogportal. Dies ist auch der Kerninhalt kommunaler Selbstverwaltung. Die Kommission formulierte im Zwischenbericht unter anderem konkrete Vorschläge zur Änderung des Brandenburger Rechts und der Rechtspraxis, die die kommunale Ebene stärken sollen. Dabei empfiehlt sie unter anderem mehr Mitwirkungsrechte für die Dörfer – zum Beispiel über selbstverwaltete Ortsteilbudgets und die Einbeziehung von Ortsvorstehern in die Gemeindevertretungen. Die Befragung zeigt außerdem, dass der Schlüssel für

ein gutes Leben auf dem Land auch eine moderne Infrastruktur mit Ganztagskinderbetreuung, guter Verkehrsanbindung und leistungsfähiger Breitbandversorgung ist.

Der Zwischenbericht, der auf der Homepage der Kommission veröffentlicht ist, enthält daher auch Handlungsempfehlungen für eine moderne Infrastruktur. Zudem greift er Schlussfolgerungen eines Gutachtens auf, das bereits vorhandene Expertisen mit Bezug zum Arbeitsauftrag der Enquete zusammenfasst. Mit der Erstellung dieses Metagutachtens war das Unternehmen SPRINT beauftragt.

Ihren Abschlussbericht wird die Kommission im Frühjahr 2019 vorlegen. Bis dahin wird es darum gehen, wie mehr Wertschöpfung im ländlichen Raum erzielt und die finanziellen Spielräume für die kommunale Ebene verbessert werden können. Denn viele Gemeinden in Brandenburg sind verschuldet. Das grenzt auch die Möglichkeiten bürgerschaftlicher Akteure ein, weil sie von ihren Gemeinden kaum bis gar nicht unterstützt werden können. ■



KONTAKT:

Alexandra Tautz
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Telefon: 0331 966-1719
alexandra.tautz@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.ek-laendliche-regionen.landtag.brandenburg.de

Wo können wir noch mitgestalten?

In Brandenburg setzt sich eine Enquetekommission dafür ein, dass ländliche Regionen zukunftsfähig werden. Denn fehlender Gestaltungsspielraum und bürokratische wie finanzielle Hürden stellen Dörfer vor große Herausforderungen.



Alexandra Tautz ist Referentin für die Enquetekommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag.

www.gruene-fraktion-brandenburg.de

Frau Tautz, in Brandenburg gibt es seit 2015 die Enquetekommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“. Wie kam es zu ihrer Gründung?

Der Bevölkerungsrückgang war in Brandenburg immer ein Thema. Nach der politischen Wende 1989 ist die Bevölkerung durch die hohe Abwanderung junger Menschen besonders schnell gealtert und geschrumpft. Als das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2008 empfahl, in bestimmten Regionen die Absiedlung zu forcieren, war das Thema auf landespolitischer Ebene verbrannt. Erst 2014 wurde der ländliche Raum im Landtagswahlkampf wieder thematisiert und auf Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde durch einen gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE dann im Juni 2015 die Enquetekommission vom Landtag eingesetzt.

Wie ist die Enquete-Kommission aufgebaut?

Die Kommission besteht aus zehn parlamentarischen Mitgliedern. Vier davon hat die SPD benannt, CDU und DIE LINKE benannten jeweils zwei und die AfD-Fraktion sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils eines. Jede Fraktion benannte zusätzlich einen Sachverständigen – in der Regel Wissenschaftler – sodass es zudem fünf nicht-parlamentarische Mitglieder gibt. Der Städte- und Gemeindebund sowie der Landkreistag Brandenburg haben zusätzlich je ein ständiges mitberatendes Mitglied ohne Stimmrecht entsendet. Es gibt insgesamt sechs thematische Arbeitsgruppen, etwa zur Wertschöpfung im ländlichen Raum sowie zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe.

Wie kann man sich Ihre Arbeit vorstellen und wie beziehen Sie die Bürger dabei ein?

Unsere Arbeit unterscheidet sich fundamental von der eines klassischen Ausschusses – man setzt nicht auf Konfrontation, sondern auf überparteiliche Zusammenarbeit. Einmal im Monat gibt es eine öffentliche Sitzung zu einem Fokusthema. Viele der Sitzungen finden im ländlichen Raum statt; hier werden Wissenschaftler, Praktiker und Kommunalvertreter angehört. In diesem Rahmen bieten wir auch eine Sprechstunde für Bürger an. Dabei hören wir oft von Ortsvorstehern und ehrenamtlichen Bürgermeistern Klagen über fehlenden Gestaltungsspielraum – auch finanziellen – und bürokratische Bevormundung von Bund und Land. Außerdem bearbeitet die Kommission viele Bürgerzuschriften. Hier geht es neben finanziellen Themen um die Frage: Wo können wir noch mitgestalten? Häufig fährt ein Kommissionsmitglied vor Ort, hört sich das Problem an und versucht, zu vermitteln und Lösungen zu finden. Schließlich gibt es ein Dialogportal, in dem Bürger ihre Anliegen online vorbringen können. Eine hohe Resonanz hatten wir bei unserer Umfrage zur Lebensqualität im ländlichen Raum in Brandenburg im Sommer 2017, bei der wir über 1 000 Bürger befragt haben.

Welche greifbaren Ergebnisse hat die Enquetekommission bereits erzielt?

Im jetzt vorliegenden Zwischenbericht finden sich Empfehlungen dazu, wie die Dörfer stärker mitwirken können – beispielsweise durch selbstverwaltete Ortsteilbudgets und die Einbeziehung von Ortsvorstehern in die Gemeindevertretungen. Zusätzlich forderten wir in einem Positionspapier an die Landesregierung, die Grundzentren zur Sicherung der Daseinsvorsorge wieder einzuführen. Die Landesregierung setzt sich zudem auf unsere Initiative hin auf Bundesebene für eine Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung ein. Eines unserer wichtigsten Ergebnisse ist aber: Der ländliche Raum ist in der Landespolitik wieder positiv besetzt, wir sind endlich weg vom Entsiedlungsprinzip!

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.

”

Wir sind endlich weg vom Entsiedlungsprinzip!“



DIE POSITION

EIP-Agri – erfolgreicher Brückenschlag oder viel Lärm um nichts?

Anita Beblek ist Geschäftsführerin von agrathaer, einer Transferagentur für Innovationen in der Landwirtschaft

”

Nationaler
Regulierungs-
drang
bremst
Innovationen
in der
Landwirtschaft.“



Stimmen Sie dem zu? Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

Die Landwirtschaft in Europa steht vor großen Herausforderungen, insbesondere soll sie „mehr mit weniger produzieren“ oder wie es auch in Fachkreisen heißt: Sie soll nachhaltig intensiviert werden. Innovationen wird für die Erreichung dieses Ziels eine Schlüsselrolle zugewiesen. Sowohl auf nationaler wie auch auf EU-Ebene besteht jedoch das grundsätzliche Problem, dass es zwischen der Forschung im Agrarsektor und der landwirtschaftlichen Praxis Lücken gibt, die dazu führen, dass das Innovationspotenzial hier nur unzureichend ausgeschöpft wird. EIP-Agri als neues Förderinstrument des ELER soll diese Lücke schließen und den Brückenschlag zwischen landwirtschaftlicher Praxis und Forschung vollbringen.

Seit 2015 werden in Deutschland EIP-Projekte über Operationelle Gruppen (OG) gefördert. Von der EU-Kommission angedacht war es als unbürokratisch schlankes Instrument, das den Besonderheiten von Innovationsprojekten Rechnung trägt – dass nämlich ihr Erfolg nicht garantiert und der Prozess nicht von vornherein hinreichend bestimmbar ist. Die Realität in Deutschland indes zeigt ein anderes Bild: Antragsteller müssen regelmäßig einen Umfang von mehr als 100 Seiten an Antragsformalien einreichen. Die Mehrzahl der von uns angefragten Landwirte aus ganz Deutschland meldet uns als Innovationsbroker und OG-Leadpartner zurück, dass sie weder zeitlich noch inhaltlich in der Lage sind,

so einen Antragsprozess zu managen. Laut DVS-Projektdatenbank treten Landwirte nur in circa zehn Prozent der EIP-Projekte als Leadpartner einer OG auf. Wenn Landwirte offen äußern, dass eine Teilnahme an einer OG für sie zu viel bürokratischen Aufwand verursacht, ist es an der Zeit, sich auf nationaler Ebene einer kritischen Bestandsaufnahme zu stellen. Vor lauter Regulierungsdrang hat man zwar viel Zeit und Geld in die perfekte und risikofreie Programmierung des Förderinstruments investiert, hat aber damit letztendlich den Wesenskern von EIP-Agri – Innovationen für die landwirtschaftliche Praxis breitenwirksam zu befördern – gleichzeitig zur Strecke gebracht. Probleme der Landwirte können nur dann einen Weg in die Wissenschaft und zurück finden, wenn das Förderinstrument nicht nur inhaltlich, sondern auch in der praktischen Umsetzung gerade für Landwirte – bei der Antragsstellung und der Umsetzung der Projekte – die Rahmenbedingungen dafür schafft. Gelingt dieser Abbau bürokratischer Hürden im Rahmen der Förderperiode ab 2020 nicht, werden die Landwirte die EIP-Agri-Community möglicherweise fragen: „Warum gab es eigentlich so viel Lärm um nichts?“

Agrathaer arbeitet als Innovationsbroker und Leadpartner von Operationellen Gruppen im Rahmen des Förderinstruments EIP-Agri.

www.agrathaer.de

LESERBRIEF

Leserreaktion auf den Leserbrief in LandInForm 4.17 zum Artikel „Keine Angst von der Vergabe“

Sehr geehrte Damen und Herren,
dem Leserbrief kann ich voll zustimmen. Leider fehlt mir der Glaube an einen „Bürokratieabbau“. Das Fördersystem wird getrieben und gehetzt von Prüfungsinstanzen, denen die Gesetzgebung keinen Riegel vorschiebt.

» Dr. Eberhard Pex, LEADER-Koordinator Niederbayern, AELF Regen

angelesen



Zuwanderung als langfristige Aufgabe

Nun, da die Zuwanderung nach Deutschland abgeebbt ist, hat das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) als Rückblick einen Band zum Thema herausgebracht. „Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen. Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben“ heißt die Publikation, die in über 20 Aufsätzen verschiedener Autoren die vielfältigen Bereiche anschneidet, die Kommunen betreffen: Sie geht auf den Akutfall und die Aufgaben im Jahr 2015 ein, die Kommunen zu bewältigen hatten, als eine große Zahl an Menschen zuwanderte. Genauso werden Erfahrungen verschiedener Institutionen und Kommunen in der Rückschau skizziert. Minderjährige Zuwanderer und notwendige Bildungsangebote werden ebenso thematisiert wie die kurz- und langfristige Unterbringung, die Rolle von Migrantenorganisationen, die Arbeitsmarktsituation und die Wohnsitzregelung. Auch die Kosten für Integration kommen zur Sprache.

An mehreren Stellen der Publikation kommen Praktiker zu Wort, die von ihren Initiativen und Erfahrungen erzählen. So wird als Praxisbeispiel die Willkommensinitiative der brandenburgischen Gemeinde Gransee mit 9 000 Einwohnern vorgestellt. Die Autorin berichtet aus der Perspektive einer Engagierten, welche Ideen der Initiative „Willkommen in Gransee“ umgesetzt wurden, welche bei den Zugewanderten nicht auf Interesse stießen und was sie gelernt hat: So ticken in manchen Ländern die Uhren anders und viele Geflüchtete erschienen zunächst nicht pünktlich zu den Sprachkursen. Durch persönliche Ansprache aber, so schreibt die Autorin, werde nun Verbindlichkeit zwischen Organisatoren und Neubürgern hergestellt. Die Publikation vereint auf rund 220 Seiten praxisnahe und wissenschaftliche Beiträge mit unterschiedlichem Fokus – eine Mischung, die viele Leser sicherlich zu schätzen wissen. [abb]

Holger Floeting, Gudrun Kirchhoff, Henrik Scheller, Jessica Schneider (Hrsg.): Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen. Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben, Difu-Impulse, 1, 2018, 220 Seiten, 23 Euro, ISBN 978-388118-588-2

Paradiese auf dem Land?

Menschen, die sich bereits für ihre Dörfer stark machen, dürfte dieses Buch vor den Kopf stoßen. Aber an sie richtet es sich nicht. Es sind Sinnsuchende, die der Autor dazu bewegen möchte, „Paradiese auf dem Land“ zu schaffen und mithilfe einer alternativen Landwirtschaft die Ernährung und Zufriedenheit in Stadt und Land zu sichern. Die Idee des „Neuen Dorfes“ ist, Lebens- und Arbeitsgemeinschaften aus maximal 300 Personen zu gründen, die viele hochproduktive Mini-Farmen betreiben und die Produkte in der Stadt vermarkten. Ermöglichen soll dies ein „biointensiver Anbau“, der Humus aufbaut. Die neue Gemeinschaft verfügt zudem über eigene Kleinstbetriebe, Dienstleister und Infrastrukturen.

Der Autor ist Professor an der Technischen Universität Hamburg und davon überzeugt, dass das „Neue Dorf“ notwendig und realisierbar ist. Für seine Argumentation nutzt er allerdings auch Romane und schreckt nicht davor zurück, referenzlos fragwürdige Fakten zu propagieren. So lehnt er Pestizide als „Agrokampfstoffe“ ab, schwärmt dann aber von einer großflächigen Umstellung der Landwirtschaft auf die pfluglose Bearbeitung – ohne zu erwähnen, dass diese aktuell in der Regel mittels Totalherbiziden praktiziert wird. Andere seiner Ansichten verursachen Befremden, beispielsweise, dass es derzeit für einen Ruhestand auf dem Land keine sinnvollen Betätigungsfelder gebe. Die als völkisch umstrittene Anastasia-Bewegung bezeichnet er unhinterfragt als eine bedeutende Bewegung für die ländliche Entwicklung.

Tatsächlich beginnt man bereits nach kurzer Lektüre, die Seriosität dieser Publikation aus dem Oekom Verlag anzuzweifeln. Das ist bedauerlich, denn die Idee einer kompromisslos nachhaltigen, gemeinsam getragenen und lokalen Landwirtschaft wäre durchaus ein visionärer Diskussionsstoff. Obwohl – oder vielleicht gerade weil – das vermeintliche Sachbuch vor allem auf unreflektierten Ansichten des Autors basiert, hat es stattdessen das Potenzial, von einer, sich als wahrhaft wissend, aber unverstanden inszenierenden Szene von Weltverbesserern idealisiert zu werden. [arh]

Ralf Otterpohl: Das Neue Dorf. Vielfalt leben, lokal produzieren, mit Natur und Nachbarn kooperieren, 2017, Oekom Verlag München, 184 Seiten, 20 Euro, ISBN 978-3-96006-013-0

angekündigt

Roadshow Nachhaltige Entwicklung

Die Veranstaltungsreihe „Roadshow Nachhaltige Entwicklung“ möchte Kommunen und Forscher zusammenbringen. Vorgestellt werden Lösungsansätze verschiedener Forschungs- und Entwicklungsvorhaben aus dem Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“ (FONA) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Die erste von vier Veranstaltungen findet am 22. und 23. März 2018 in Schwerin statt. Kommunen, die an einer der Roadshows teilnehmen, haben die Chance, als eine von 25 Modellkommunen ausgewählt zu werden. Diese Modellkommunen erhalten eine einjährige Vor-Ort-Beratung, bei der die lokalen Akteure gemeinsam mit Experten kommunale Nachhaltigkeitsprojekte erarbeiten können. [abb]

www.roadshow-nachhaltige-entwicklung.de

Bundestreffen der Regionalbewegung

Zwei Tage lang wird es beim 9. Bundestreffen der Regionalbewegung um Regionalisierung gehen. Zu den Themen, die am 4. und 5. Mai 2018 in Frankfurt am Main besprochen werden, gehört beispielsweise der Bürokratieabbau: Die Teilnehmer tauschen Ideen aus, wie bürokratische Hürden für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen reduziert werden könnten. Zudem wird die Frage diskutiert, was es braucht, um eine funktionierende Logistik für die Regionalvermarktung aufzubauen. Einblick in die Praxis erhalten die Teilnehmer bei einer Exkursion in die Ökomodellregion Wetterau zu Beginn des Bundestreffens und beim sogenannten Wissensmarkt, bei dem Praktiker über ihre Erfolgsrezepte berichten. [abb]

www.regionalbewegung.de/bundestreffen

Fachkongress für kommunales Energiemanagement

„Energiewende konkret!“ lautet der Untertitel des 23. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement am 9. und 10. April 2018 in Stuttgart. Die Veranstaltung fragt: Wie sieht die CO₂-Bilanz Deutschlands im Jahr 2050 aus? Welche Entscheidungen sollten Kommunen heute für die Zukunft treffen? Wie Kommunen konkret mit den Herausforderungen umgehen und welche Unterstützung sie dabei von Bund und Ländern erhalten, ist das Leitthema des diesjährigen Kongresses. Darüber hinaus werden 18 Workshops zu den Themenschwerpunkten Energie im Gebäudemanagement, Energieeffizienz, erneuerbare Energien sowie Kommunikation – Motivation – Partizipation angeboten. [abb]

www.difu.de/node/11566

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe ___ Exemplare.

☐ Ich möchte über Veranstaltungen der DVS informiert werden (Bitte E-Mail-Adresse angeben).

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

☐ Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail kündigen.

Name

Institution

Ggf. LAG-Name (LEADER)

Postanschrift

Telefon E-Mail

Funktion des Abonnenten Arbeitsfeld der Institution

Unterschrift

Unseren Newsletter landaktuell können Sie über www.landaktuell.de bestellen.

bitte
freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
Wie Landwirte mit Forschern zusammenarbeiten



Termine

19. bis 21. März	5. Netzwerkstreffen Dorf und NRN-Meeting ✳ Workshop und Tagung in Berlin und Brandenburg	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/nrn2018 DVS, European Network for Rural Development (ENRD)
9. und 10. April	23. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement Kongress mit Workshops in Stuttgart	www.difu.de/node/11566 Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
19. April	Ländliche Räume – Quo vadis?! Herausforderungen und Perspektiven Veranstaltung in Weidenbach	www.hswt.de/hochschule/hochschule/veranstaltungen Hochschule für angewandte Wissenschaften Weihenstephan-Triesdorf (HSWT)
20. bis 22. April	1. Internationales Fest der Dörfer Fest in Gostewitz (Riesa)	www.fest-der-doefer.com Erlebnisdörfer e.V.
23. und 24. April	Vom Aktions- zum Evaluierungsplan und Selbstevaluierungsmethoden im Detail ✳ Workshop in Koblenz	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/selbstevaluierung DVS

Weitere Termine finden Sie im DVS-Terminkalender auf: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Unser Fokuscartoon

von Mele

